

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zellungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteit täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühren
 Bezieht für die festgesetzte Anzahl Zeilen über deren Raum 30 Pf. für politische und gewerkschaftliche Berichte und Verordnungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 30 Pf. (zweiwöchige Zeilenbehalte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schiffsanfragen haben das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 30. Dezember 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Scharfmacher und Arbeiter.

Der Unternehmer ist alles, der Arbeiter nichts! Das ist der erste Hauptatz im Glaubensbekenntnis des Scharfmachers. Wie man ihn durch ein sogenanntes national-ökonomisches System „wissenschaftlich“ begründet, das haben wir in den Artikeln der Nr. 298 und 299 des „Vorwärts“ über den vierbändigen Wälzer des Herrn Dr. Alexander Tille: „Die Berufsstandspolitik des Gewerbe- und Handelsstandes“ gesehen. Nicht minder Interesse aber, als dieser ohnmächtige Versuch, den festen Bau der Marx'schen Mehrwertlehre zu erschüttern, den Nachweis der Ausbeutung der Arbeitskraft durch das Kapital umzustößeln durch die groteske Apotheose des Unternehmers als einziger Quelle des Wertes, sind jene Passagen des Tilleschen Buches, wo er die praktischen Konsequenzen aus seiner Theorie zieht, wo er darlegt, wie sich das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter im Scharfmacherkopfe malt. Tille läßt uns einen tiefen und lehrreichen Blick in die Gesinnung der Kreise tun, die es als erstrebenswertes Ziel betrachten, als Herrenmenschen über Massen wehrloser Lohnsklaven zu herrschen. Die ganze Gefährlichkeit dieser kleinen, aber höchst einflussreichen, wie die Krautjunker streupflos von ihrer Gewalt Gebrauch machenden Unternehmergruppe wird dem Proletariat hier im großen Strahl des Scheinwerfers gezeigt.

Tille gibt sich keine Mühe, die tiefe Mißachtung zu verbergen, die er und seine Gefinnungsgenossen für den Arbeiter empfinden. Zwischen Unternehmer und Arbeiter gähnt für sie ein Abgrund. Das gute und das böse Prinzip sind nicht weiter voneinander getrennt denn diese zwei. Und das gute und das böse Prinzip des Wirtschaftslebens sieht Tille denn wahrhaftig auch hier im Unternehmer, dort im Arbeiter verkörpert. Hier ist die Summe aller wirtschaftlichen Tugenden, dort die Verworfenheit. Jeder Tugend des Unternehmers entspricht eine Untugend des Arbeiters. Der Unternehmer ist fleißig, gewissenhaft, der Arbeiter faul, gewissenlos. Und so weiter.

Die Beweise? Tille ist nicht in Verlegenheit, sie zu erbringen. Besteht in Deutschland nicht eine reichsgesetzliche Zwangsversicherung der Arbeiter für Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter? Nun also? Da ist der Beweis für die Minderwertigkeit der Arbeiter. Denn hätten sie diese Zwangsversicherung wohl nötig gehabt, wenn sie Maß zu halten und zu sparen verstünden, wenn sie ihre Gesundheit und ihre Arbeitskraft gewissenhaft und verständlich in acht zu nehmen wüßten? Offenbar doch nicht!

Wer da glauben sollte, daß wir Herrn Tille unrecht tun mit der Unterschätzung solcher Anschauungen, dem sei folgende Stelle auf Seite 263 des 1. Bandes wörtlich vorgelegt. Es heißt da: „Andererseits kann der Staat jedoch auch dazu übergehen, die Handkräfte zu mehren, indem er für die Erhaltung der vorhandenen Arbeitskräfte sorgt. Wo eine spartwirtschaftliche Unfähigkeit weiter Lohnarbeiterkreise, tro Gewissenlosigkeit und Reichthümmigkeit im Umgehen mit ihrer Gesundheit, ihren Körperkräften und ihren Fähigkeiten vorliegt, da kann das eine Vergewandung von Volkskraft bedeuten, welche dem nationalen Wirtschaftsinteresse zuwiderläuft. . . .“ Tille findet also eine Art mildernden Umstandes für die ihm im Grunde durchaus verhasste Reichsversicherung der Arbeiter — in sein System der absoluten Raubtierökonomie paßt sie durchaus nicht hinein — in dem Gedanken, daß sie dem Unternehmertum Arbeitskräfte verschafft begünstigt. An der Verwüstung, die in der kapitalistischen Gesellschaft an Leib und Seele des Arbeiters, an Gesundheit und Arbeitskraft des Proletariats getrieben wird, sind nach seiner Ansicht lediglich die Unfähigkeit, die Gewissenlosigkeit und der Leichtsinns der Arbeiter schuld. Von Unternehmern, die die Arbeiter durch niedrige Löhne zwingen, in ungesunden Wohnlöchern zu hausen, sich und ihren Nachwuchs unzureichend zu nähren, die sie zum Raubbau an der Arbeitskraft pressen, zu überlanger Arbeitszeit, die gefährliche Gelegenheitsmacherin der Unfälle, von alledem weiß Herr Tille nichts. Ebensovwenig davon, daß die Versicherung das öffentliche Einkommen der unzureichenden Lohnverhältnisse ist, die dem Arbeiter nicht die Möglichkeit geben, aus eigener Kraft für Notfälle Vorsorge zu treffen. Das öffentliche Einkommen hat und ohne die Versicherung des öfteren der Armenlosse zur Last fallen müßte. Und doch ist dem Herrn Tille gelegentlich die Tatsache nicht unbekannt, daß Löhne gezahlt werden, die zum Bestreiten eines menschenwürdigen Daseins nicht ausreichen. Denn sonst hätte sein entrüsteter Protest ja keinen Zweck, daß man den Lohn überhaupt daraufhin ansehe, ob er zu solchem Zwecke reicht. Das ist ein ideologisch-moralistischer Maßstab, der in der Ökonomie nichts zu suchen hat. Tille beklagt es geradezu, daß der deutsche Unternehmer von solchen ideologisch-moralistischen Vorstellungen noch nicht frei genug sei. Dazu aber gehört alles, was den Unternehmer in der Ausbeutung und Knebelung der Arbeiter beschränken könnte, jegliche Rücksicht auf die Bedürfnisse, auf die Menschenrechte des Arbeiters, die nicht direkt durch die Konjunktur des Arbeitsmarktes geboten

wird. Der niedrigste Lohn, zu dem der Unternehmer noch brauchbare Arbeiter bekommen kann, wie er durch Angebot und Nachfrage erzielt wird, ist der natürliche, der angemessene — was darüber hinaus geht, das ist vom Uebel, das ist gewissermaßen Vergeudung. Und wenn die Arbeiter durch künstliche Zurückhaltung ihres Angebots vom Arbeitsmarkt den Preis der Arbeitskraft (Handkraft, sagt Tille) zu steigern versuchen, so ist das ein Verbrechen an den Gesetzen der Wirtschaft, eine strafbare Gewalttat, der Versuch der Erpressung! Das ist die Stellung des Scharfmachers zu Koalition und Streik!

Daß Unternehmer sich bei der Festlegung des Lohnes von ideologisch-moralistischen Vorstellungen bestimmen lassen würden, befürchtet Tille natürlich nicht. Aber daß sie die „unausgesetzte Aufsehung der Träger der Handkraft gegen das ertragswirtschaftliche Unternehmertum“ den Arbeitern noch nicht gründlich ausgetrieben, d. h. ihnen das Fördern und das Streifen nicht abgewöhnt haben, das ist sein Schmerz und das schreiet er auf die Wirkung der ideologisch-moralistischen Vorstellungen. Die gesamte Unternehmerschaft gegen diese Vorstellungen unempfindlich zu machen, das ist sein eifriges Bestreben. Das Verhältnis des Unternehmers zum Arbeiter soll ein rein wirtschaftliches, nur durch die bare Zahlung vermitteltes sein. Ob die Arbeiter mit ihren Löhnen ein halbwegs menschenwürdiges Dasein führen können, ob die Länge der Arbeitszeit ihre Gesundheit und ihre Sicherheit vor Unfällen nicht beeinträchtigt, ob sie ihnen Zeit läßt, Gatte, Vater und Staatsbürger zu sein, das hat den Unternehmer bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen nicht zu kümmern — die Moral hat in der Wirtschaft, im Geschäft nichts zu suchen. Für den Unternehmer hat der Arbeiter nichts als „die Handkraft“ zu sein, eins der notwendigen Mittel, um einen Ertrag aus der Unternehmung herauszuwirtschaften, was nach Tille der Unternehmung einziger Zweck ist. Wie der Unternehmer, um diesen Zweck zu erreichen, um Profit einzusacken, Kapital, Naturkraft und ertragswirtschaftlichen Geist, entweder in eigenen Köpfe oder in denen von Angestellten, gebraucht und über sie als Werkzeuge gebietet, so soll er auch die Handkraft lediglich als Werkzeug betrachten, das er zum Marktpreise kauft. Und erst dann sind die Wirtschaftsgesetze zur vollen Geltung gekommen, erst dann ist die Produktion sozusagen „wissenschaftlich richtig“, wird der Unternehmer, die einzige Quelle des Wertes, mit dem vollen Ertrag seiner Unternehmung für seine höchst sorgenvolle Tätigkeit entschädigt, wenn „die Handkraft“ ihm ebenso widerstandslos untergeben ist wie die anderen Werkzeuge, das tote Geld, die vom Menschengestalt gebändigte, in den Dienst der Maschine gezwungene Naturkraft und der ertragswirtschaftliche Geist (der übrigens neuerdings, soweit ihn der Unternehmer vom Angestellten mietet, auch Neigung zur „Aufsehung“ zu verraten beginnt). Bedauernd schreibt Tille: „Während der neuzeitliche Unternehmerville hinsichtlich der Beherrschung von Kapital, Naturkraft und ertragswirtschaftlicher Geisteskraft große Siege aufzuweisen hat, kann er hinsichtlich seiner Herrschaft über die Handkraft nicht sonderlich stolz sein. Und deutlich gibt der „wissenschaftliche“ Wortführer des Scharfmachertums so zu erkennen, daß sein Ziel die völlige Knebelung der Arbeiterklasse, ihre Verflachung zum willenlosen Werkzeug der Unternehmer ist. Wie er dies Ziel im einzelnen zu erreichen gedenkt, das wird noch näher zu betrachten sein.“

Zentrum und Militarismus.

Die Zentrumspresse, voran die Erzberger'sche, behauptet immer wieder, die Zentrumsführer seien die alten geblieben und nichts liege diesen mehr am Herzen als das Wohl der Armen und Bedrückten.

Sehen wir uns das, soweit die deutsche Rüstungswut in Frage kommt, etwas näher an. Zuerst die Worte und dann die Taten.

Worte des Zentrums:

„Ermäßigung der finanziellen Belastung des Landes, insbesondere durch Verminderung der Ausgaben für Militärwesen.“ („Kölnische Volkszeitung“ in einem Wahlartikel am 11. Juni 1870.)

„Beschränkung der öffentlichen Lasten, der persönlichen wie der materiellen, auf das unabweisbar erforderliche Maß.“ (Wahlaufruf der Zentrumsfraktion des Reichstages, 24. Juni 1873.)

„Beschränkung der Reichsausgaben, die vor allem beim Heerwesen durch angemessene Verkürzung der Dienstzeit und Verminderung der Präsenzstärke im Frieden zu erreichen ist.“ (Wahlaufruf der Zentrumsfraktion des Reichstages, Dezember 1876.)

„Finanzwirtschaft, die vor allem eine Beschränkung der Reichsausgaben und zwar an erster Stelle beim Heerwesen ins Auge faßt. Wir wollen nicht die Vermehrung von Steuern und Lasten, vielmehr nach Möglichkeit deren Verminderung.“ (Wahlaufruf der Zentrumsfraktion des Reichstages, Juni 1878.)

Dieselbe Forderung befindet sich im Aufrufe von 1881. . . . nicht die Vermehrung der Steuern und Lasten, sondern deren gerechte Verteilung und tatsächliche Verminderung. Beschränkung der Ausgaben, an erster Stelle beim

Heerwesen. . .“ (Wahlaufruf der Zentrumsfraktion des Reichstages, September 1884.)

„Die nämlichen Grundsätze werden auch in Zukunft für uns maßgebend sein.“ (Wahlaufruf der Zentrumsfraktion des Reichstages, Januar 1887.)

„Wir werden auf allen Gebieten nachdrücklich auf die größte Sparsamkeit dringen.“ (Wahlaufruf der Zentrumsfraktion des Reichstages, Januar 1890.)

„Wir können für die Wehrkraft des Vaterlandes nur Bewilligen, was sich mit der Steuerkraft des Volkes und dem Budgetrecht des Reichstages vereinigen läßt.“ (Wahlaufruf der Zentrumsfraktion des Reichstages, Mai 1893.)

„Wir wollen weise Sparsamkeit auf allen Gebieten des Reichshaushalts, namentlich auch bei dem Heere und der Flotte.“ (Wahlaufruf der Zentrumsfraktion des Reichstages, Mai 1898.)

„Weise Sparsamkeit auf allen Gebieten des Reichshaushalts zu üben, erachten wir für unsere strengste Pflicht. Zu Auswendungen für Heer und Marine darf die Steuerkraft des Volkes nicht weiter in Anspruch genommen werden, als die Sicherheit und die Wohlfahrt des Landes gebieterisch erfordert.“ (Wahlaufruf der Zentrumsfraktion des Reichstages, Mai 1903.)

Taten des Zentrums.

Militärvorlage von 1874. Das Zentrum stimmte dagegen.

Militärvorlage von 1880. Das Zentrum stimmte dagegen.

Militärvorlage von 1887. Das Zentrum stimmte dagegen.

Militärvorlage von 1888. Das Zentrum enthält sich

auf ausdrückliches Eingreifen des Papstes — der von Bismarck darum gebeten wurde — der Stimme, und verhilft der Vorlage so zur Annahme.

Militärvorlage von 1890. Das Zentrum stimmt in der Mehrheit dafür.

Militärvorlage von 1893. Das Zentrum stimmte erst dagegen. Es erfolgt Reichstagsauflösung. Nach der Neuwahl stimmte das Zentrum dafür!

Artillerievorlage von 1897. Das Zentrum stimmte dafür.

Militärvorlage von 1898. Das Zentrum stimmte dafür.

Erste Flottenvorlage 1898. Das Zentrum stimmte dafür.

Zweite Flottenvorlage 1900. Das Zentrum stimmte dafür.

Militärvorlage von 1905. Das Zentrum stimmte dafür.

Dritte Flottenvorlage 1906. Das Zentrum stimmte dafür.

Das Zentrum fiel auch bei den Kolonialforderungen um, ebenso bei allen Zollforderungen und Steuerangelegenheiten! Das Zentrum wird deshalb auch die kommenden neuen Flotten-, Militär- und Luftschiffvorlagen glatt bewilligen!

Zur Reichstagswahl.

„Vaterlandlose“ Gesellen.

In der reaktionären Presse, die nationalliberale eingeschlossen, wird ein neues Mandat versucht, um die Wähler von der Hauptaufgabe des 12. Januar, dem Sturz der schwarz-blauen Herrschaft, abzulenken. Es wird die Sozialdemokratie des Vaterlandsvereins und der verhassten Wehrlosmachung Deutschlands angeklagt, weil sie gegen die heutigen wahnsinnigen Rüstungen auftritt. Daß die kolossalen stehenden Heere und die Flottenrüstungen nicht eine Gewähr, sondern eine Gefährdung des Friedens sind, ist längst auch von einsichtigen Staatsmännern anerkannt, die für gegenseitige Rüstungsbeschränkungen eintreten — die allerdings bisher an dem Widerspruch des junkerlich-militaristisch regierten Deutschland scheiterte. Die Sozialdemokratie will zudem gar nicht die Abrüstung im Sinne der „Weltfriedensfreunde“. Sie will die Heranziehung aller Wehrfähigen zum Landesverteidigungsdienst: die allgemeine Volksbewaffnung, die Volkswehr! Aber das ist eben der Kern der Sache: Das heutige Heer ist ein Mittel gegen das Volk — den „inneren Feind“ —, ein Herrschaftsinstrument der herrschenden Klassen. Für das stehende Heer mit seiner Klassengliederung, seinen Abteilprivilegien, seinem Paradebrill, seiner Geheimjustiz, seinem Bürokratismus und nicht zuletzt seinen körperlichen und geistigen Soldatenmißhandlungen haben wir allerdings keinen Mann und keinen Groschen übrig.

Zentrumsfitten.

Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet aus Worms: In einer Zentrumerversammlung, die im benachbarten Ronzernheim abgehalten wurde, und in der Rechtsanwalt Vogheimer aus Worms sprach, ereignete sich eine wüste Kabaalenszene. Der Redner behauptete, die katholischen Schwärmer ständen unter einem Ausnahmengesetz, an dem die Sozialdemokraten mit schuld seien. Der sozialdemokratische Parteisekretär Luß-Worms bezeichnete die Bemerkung in einem Zwischenruf als Lüge, was einen Sturm der Entrüstung auslöste. Die Sozialdemokraten wurden mit Flaschen beworfen und mit Stöcken und Schirmen bearbeitet!

Vielleicht ist auch das rote Terrorismus!

Parlamentarische Zentrumsgesandte.

Von den bisherigen 103 Zentrumsgesandten des Reichstags kandidierten, nach der „Köln. Volksztg.“, 23 nicht wieder: Gamscher

(Noll-Land), Karl Freigen (Mörs-Nees), Alois Freigen (Kempen), Stupp (Eunick), Frhr. v. Wolff-Rettendorf (Wittlich-Bernkastel), Euler (Trier), Dr. Opfert (Heinsberg-Erfeleng), Herzog von Arenberg (Lüdinghausen-Barendorf-Bedum), Professor Dr. Spahn (Warburg-Höxter), Graf v. Oppertsdorf (Glab-Habelschwerdt), v. Strombeck (Heiligenstadt-Worbis), Dr. Witter (Osnabrück-Berkesfeld), Bed (Köln), Frhr. v. Freyberg (Ingolstadt), Spindler (Gerresheim), Frhr. v. Pletten (Regensburg), Dr. Heim (Reutdorf am Walde), Holzappel (Schwöbich), Kallhof (Kugsburg), Schneider (Kalen-Eltmannen), Dr. Wunderscheer (Schleifstadt), Höen (Saargemünd), Orlovski (Kleinstein).

Armenunterstützung und Reichstagswahlrecht.

Ueber diese Materie hat der Stadtmagistrat Fürst i. V. einen bemerkenswerten Beschluß gefaßt. Es handelte sich darum, festzustellen, ob zwei im Krankenhaus liegende Wähler, deren Angehörige infolge der Krankheit der Ernährer Armenunterstützung beziehen, Anspruch auf das Reichstagswahlrecht besitzen. Die Armenverwaltung hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß die in Frage kommende Armenunterstützung derart sei, daß den Kranken kein Anspruch auf das Reichstagswahlrecht zustehe. Der Stadtmagistrat stellte sich auf den gegenteiligen Standpunkt und sprach den beiden Kranken das Wahlrecht mit folgender Motivierung zu: „Nach dem bürgerlichen Gesetzbuch sind zur Unterhaltspflicht jene Personen resp. Familienväter gehalten, die die Mittel dazu haben (Vermögen, Arbeitskraft, Einkommen usw.). Dies trifft in diesem Falle nicht zu; es seien im vorliegenden Falle die Frauen der erkrankten Wähler als jene Personen zu betrachten, denen die gesetzliche Unterhaltspflicht obliegt. Den Frauen und nicht den im Krankenhaus weilenden Männern sei die Armenunterstützung, die die Angehörigen der Kranken erhalten, anzurechnen. Es sei also den beiden Wählern das Wahlrecht zuzusprechen.“

Zur Abstimmung über das deutsch-französische Abkommen.

Paris, 28. Dezember. (Fig. Ver.)

Die Geschlossenheit, womit die sozialistische Fraktion der Deputiertenkammer während der Marokkodebatte und besonders während der großen Rede Jaurès der streupförmigen Raub- und Schacherpolitik der bürgerlichen Regierungen und dem professionellen Chauvinismus der bürgerlichen Parteien entgegengetreten war, ist bei der Abstimmung über das Abkommen in die Brüche gegangen. Von den Mitgliedern der Fraktion stimmten 47 für das Abkommen, 2 dagegen und 24 enthielten sich der Abstimmung. Diejenigen, die dagegen stimmten, sind Lagrosillière, der bekannte Deputierte der Kolonien, der die Rechte der Farbigen mit Temperament und Sachkenntnis vertritt — er ist selbst Mulatte — und Souhey-Alleg, ein Eigenbrötler, dessen Motive weniger klar sind als die seines, der kapitalistischen Kolonialpolitik unbedingt opponierenden Kollegen. Die Gruppe der Abstentionisten besteht vor allem aus Jules Guéde und seinen Freunden, Delory, Chesquière usw., aber auch aus Extremreformisten wie Poulain, Grouffier und Weber. Ihr gehören endlich Vertreter verschiedener und nicht immer ganz ausgesprochener Tendenzen an wie der Pariser sozialrevolutionäre Deputierte Collin und die Pariser Vorortbezirke vertretenden Deputierten Messier und Billim. Vor der Abstimmung verlas der Guesdist Genosse Compère-Morel folgende Erklärung:

„Ich erkläre in meinem Namen und im Namen einer großen Anzahl meiner Kollegen, daß wir uns der Abstimmung über das unten unterzeichnete Abkommen enthalten. Wir wollen unseren regierenden Bourgeois die ganze Verantwortung für ihre Politik überlassen, indem wir weder für noch gegen Verträge stimmen, die ohne unsere Mitwirkung abgeschlossen worden sind — Verträge, die, wenn sie für den Augenblick einen zweifelhaften Krieg vermeiden, ihn morgen entfesseln können und uns in jedem Fall völlig in eine Politik der isolierten Eroberung verstricken, die unheilvolle Menschen und Geldopfer fordert und die wir nie aufgeben haben, vor dem Lande anzuliegen.“

Es ist kaum zu bestreiten, daß diese grundsätzlichen Darlegungen den Anschauungen entsprechen, die auf den Kongressen der Internationalen zur Anerkennung gekommen sind. Sie stimmen aber auch durchaus mit den Ausführungen der drei sozialistischen Redner der Marokkodebatte überein, die gleichwohl für die Annahme des Abkommens eingetreten sind. Die ohne Wissen und Mitwirkung der Wähler operierende Geheimdiplomatie ist von Baillant ausgezeichnet kritisiert worden. Sembat hat, in die Details des Abkommens eingehend, die Reime künftiger Konfliktsmöglichkeiten aufgezeigt; Jaurès hat aber nicht nur diese Argumente bereits verurteilt und in einem mächtigen Protest gegen die brutale Raubpolitik der kapitalistischen Staaten zusammengefaßt, sondern überdies noch ausgeführt, daß die Hingabe der Kongressgebiete für das marokkanische Protektorat auch vom Standpunkte der Machtstellung und der allgemeinen Wirtschaftspolitik Frankreichs nicht vorteilhaft sei. Hat er doch auch in seinem am Morgen nach der Abstimmung in der „Humanité“ veröffentlichten Artikel erklärt, daß alle Mitglieder der Fraktion darin einig seien, das Abkommen nur als ein Mittel zu betrachten, den dringendsten Konflikt beizulegen und eine geordnetere und friedlichere europäische Politik vorzubereiten.

Daraus geht hervor, daß das Verhalten der sozialistischen Deputierten bei der Abstimmung von ihrem Urteil über die Tragweite des Abkommens zur Beilegung der augenblicklichen Kriegsgefahr und zur Befestigung des Friedens in der Zukunft, namentlich durch die Annäherung der französisch-deutschen Annäherung herzutragen, entscheidend beeinflusst war. Es ist darum vollkommen begründet, daß die Deputierten, die von dieser Tragweite eine geringere Meinung hatten, sich nicht entschließen konnten, für einen Vertrag zu stimmen, gegen den so viele prinzipielle und praktische Bedenken vorliegen, und es wäre sehr irrig, schon in der Tatsache der Stimmenthaltung in einem solchen Fall den Ausdruck der Heigheit, irgend einer Scheu, eine Verantwortung zu übernehmen, zu sehen. Die Sozialisten hatten in dieser Frage überhaupt keine Verantwortung zu übernehmen. Von einer solchen wäre höchstens dann die Rede gewesen, wenn von ihren Stimmen die Annahme des Abkommens abhängig gewesen wäre, da in der augenblicklichen Situation die Ablehnung sicher eine gefährliche Verwickelung der internationalen Lage zur Folge gehabt hätte. Aber darum bleibt es doch fraglich, ob für den Entschluß, aus prinzipiellen Gründen Stimmenthaltung zu üben, eine so lakonische Motivierung empfehlenswert war, da doch durch das Auftreten dreier Parteirechner die Fraktion während der Diskussion für das Abkommen engagiert schien. Der Meinungsunterschied wäre durch eine ausführliche Rede eines Vertreters der Minderheit nicht mehr eklatant geworden, als er es durch die Abstimmung geworden ist. Und bedauerlich ist es jedenfalls, daß die Erklärung Compère-Morels nicht die Namen derjenigen, die sich ihr angeschlossen hatten, enthalten hat. Denn es wäre nicht nur von einem über den gegebenen Anlaß hinausreichenden Interesse, die grundsätzliche Stellung der sozialistischen Vertreter zum Kolonialproblem möglichst präzisiert zu sehen, sondern die in Frage kommenden Deputierten hätten nur auf diese Weise der Verzichtigung der Bezirkspolitik und des Opportunismus vorbeugen können, die unter den gegebenen Verhältnissen auch in der Partei selbst

kaum ausbleiben wird. Gerade weil es unter den Abstentionisten auch Deputierte gibt wie den als Vertreter der Kongo-Schanga oft angegriffenen Billim, bei dem man die grundsätzlichen Bedenken, die in der Erklärung Compère-Morels zum Ausdruck kommen, schmerzlich wirksam glauben kann, und andere, bei denen eine direkte oder indirekte Beeinflussung durch die nationalistiche Hochflut dieses Jahres nicht ausgeschlossen erscheint, hätte eine unterzeichnete Kollektivklärung gegenüber der Reichstagsabstimmung der Rücksichtnahme auf die nationalistiche Stimmung bürgerlicher Wähler eine vielleicht nicht ganz überflüssige Beweiskraft bekommen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Dezember 1911.

Das Zentrum als katholische Partei.

Trotz der Ablehnungen, daß das Zentrum eine konfessionelle Partei sei, versucht es immer wieder, die Wahl von Parteikandidaten als Gewissenspflicht für die Katholiken hinzustellen. Daß es damit teilweise, besonders bei den ärmeren Volksschichten, noch Erfolg hat, ist bekannt. Ganz anders aber sieht es aus bei den „besseren Katholiken“. Der „Kölnischer Stadtanzeiger“ veröffentlicht in seiner Nummer vom 27. Dezember eine Berechnung, wonach bei der Stadtverordnetenwahl in Köln in der 2. Abteilung von den 4400 Stimmen, welche die liberalen Kandidaten erhielten, circa 200 von Katholiken stammen! In der 1. Abteilung ist das Bild noch viel schöner. Dort standen 506 Wähler katholischer Religion 370 Andersgläubigen gegenüber. Aber trotzdem wagt es das Zentrum gar nicht, in der ersten Abteilung Kandidaten aufzustellen, in der sicheren Erwartung, daß es damit kläglich abschneiden würde! Man sieht, diese Kreise sind nicht so dumm, auf den religiösen Schwund der Schwärzen hineinzufallen, wie es leider noch Hunderttausende armer Arbeiter tun!

In welchem Maße das angeblich „interkonfessionelle“ Zentrum sich im Wahlkampf mit der katholischen Kirche und selbst der christlichen Religion im allgemeinen identifiziert zeigt folgender Weihnachtspostkarte des in Münster erscheinenden ultramontanen „Westf. Merkur“:

„In die Zeit der Wahlvorbereitung fällt in diesem Jahre das Weihnachtsfest. Die Stille der heiligen Tage wird gestört durch den Lärm und die Aufregung, die mit der üblichen Agitation verbunden sind. Hier das Friedensfest, dort der Meinungsstreit und Interessenkampf. Und doch gibt es einen inneren Zusammenhang zwischen Weihnachtsfeier und der Wahlhandlung. Was ist der politische Kampf im letzten Grunde und im innersten Kern? Das Ringen der Weltanschauungen. Jede Partei will das öffentliche Leben und die Welt überhaupt nach ihrem Ideal gestalten, und das Ideal gestaltet sich für den, der Gottes Offenbarung und Gottes Gebot als die Grundlage der Weltordnung betrachtet, ganz anders, als für den, der den selbstherrlichen Menschenwillen und Menschenwillen allein maßgebend machen will. Eine Unmasse von „Fragen“ werden hier erörtert. Die entscheidende Frage ist aber schließlich: Was dankt euch von Christus? Die Stellung zu dem Kindlein in der Krippe und seinem Heilswerte bestimmt die Grundierung der Menschen in zwei große Lager. Hier die gläubigen und pflichtbewußten Christen, dort die „Aufgeklärten“ und Freigeister. Jene folgen dem himmlischen Stern von Bethlehem, diese den schillernden Freileuchtern aus der Erde Gräben. Siehe, dieser ist gesetzt zum Falle und zur Anfechtung vieler in Israel, und als ein Zeichen, dem man widersprechen wird; und ein Schwert wird seine Seele durchdringen, damit die Gedanken vieler Herzen offenbar werden.“ So prophezeite Simeon, und heute stehen schärfer als je die Verehrung und der Widerspruch, die Auferstehung und der Abfall einander gegenüber. Die innersten Gedanken und Willensmeinungen der Herzen werden offenbar, wenn sie sagen sollen, was sie von Christus halten. Religion und Politik soll man trennen, fordern die Gegner. Das ist unmöglich, denn die Politik ist die Veräußerung sittlich-religiöser und sittlicher Heberzeugungen und Interessen. Und es lag nicht im Plane Gottes, daß seine Offenbarung und sein Heilswort auf das stille Kämmerlein beschränkt, dem öffentlichen Leben entzogen bleiben soll...“

Der Anbändige am Weihnachtsfest und der Abstimmende am Wahltag ist einer und derselbe. Auf dem Gottesdienst an der Krippe folgt der der Urne; denn die Betätigung der Bürgerrechte im christlichen Sinne ist auch ein Dienst vor dem Herrn und für den Herrn des Himmels und der Erde. Was ist natürlicher, selbstverständlicher als die Mahnung, daß kritisch gesinnte Wähler christlich gesinnte Abgeordnete wählen sollen!

Solche albernen Tiraden hindern die Zentrumsprelle natürlich nicht, nach vorgezogener Reichstagswahl wieder gegen eigenes Besseres zu behaupten, das Zentrum sei eine interkonfessionelle, rein politische Partei.

Die Herren Deutschlands!

Während Millionen Menschen nichts, gar nichts besitzen und nicht wissen, wo sie ihre Glieder austrecken sollen, erhaschen einige auf der Gesellschaft Höhen Wandelnde in unermesslichem Reichtum. Mancher, der einen Raubritter zum Vorfahren hatte, besitzt mehr Grund und Boden als Millionen derer, die, wie ihre Väter, nützliche Arbeit verrichten. In Schlesien gibt es zum Beispiel heute 248 Großgrundbesitzer, darunter 64 gewöhnliche Adelige, 14 Barone und Freiberren, 32 Grafen, 7 Fürsten, 3 Herzöge und 8 Könige —, die insgesamt 419 939 Hektar mit herrlichen Wäldern, prächtigen Häusern und Gärten sowie prunkvollen Schlössern besitzen. Die größten Grundherren sind:

Herzog von Lieft	mit 42 000 Hektar
Fürst von Pleh	40 437
Herzog von Ratibor	33 304
Fürst Stolberg-Wernigerode	26 617
Prinz Hohenlohe-Ingelfingen	21 642

Diese fünf Grundbesitzer demnach einen Komplex von 164 290 Hektar!

Neben den reichen Grundbesitzern hat sich aus der Industrie ein Raubgeschlecht entwickelt, das geradezu märchenhafte Reichtümer ansammelt. Hier einige Hauptrepräsentanten derer, die aus der Arbeit anderer Menschenhände sammeln:

	Vermögen	Einkommen
	in Millionen Mark	
	1908	1908
Herzog von Lieft	151	7
Fürst von Pleh	84	2
Prinz Hohenlohe-Ingelfingen	40	4
Franz Beria Krupp-Wolken	214	17
Fürst Hensell-Donnersmard	177	12
Freiherr von Goldschmidt-Wolfschlä	107	4
Graf Zieles-Windler	74	6-8
Kommerzienrat Henckel	46	8-4
Ernst von Mendelssohn	43	3,27
Freiherr von Stumm	32	2-3
Stinnes	30	1
Thyssen	45	2,6

Diese zwölf verfügten über ein Vermögen von rund 1 043 000 000 M. Ihr Einkommen belief sich im Jahre 1908 auf

rund 63 000 000 M. und dank der Politik der Lebensmittelpreiser und Schutzzölner schmilzt das Einkommen und der Reichtum der Reichen noch immer weiter an, während Millionen Volksgenossen darben!

Ein Wahlprüfungsgericht

wird vom Oberlandesgerichtsrat Dr. Rölcke-Hamburg in der „Vossischen Zeitung“ einer Untersuchung unterworfen. Er macht auf den Skandal aufmerksam, daß der letzte Reichstag über die Gültigkeit der seit 1907 laufenden Mandate der Abg. Böhme, Kölle, Rieseberg und v. d. Wense überhaupt nicht entschieden hat. Allerdings sind das bis auf Böhme Schützlinge des schwarzblauen Blocks, und Böhme war wenigstens bis zur Hälfte der Legislaturperiode ein Parteigenosse der Ueberpartei von der Rechten. In dem Artikel wird die Notwendigkeit einer Reform des Wahlprüfungsverfahrens hervorgehoben und für die Einsetzung eines eigenen Wahlprüfungsgerichtshofes Stimmung gemacht. Am dem Reichstage einen Einfluß auf die Besetzung des Gerichtshofes einzuräumen, soll ihm die Wahl der Mitglieder dieses Gerichts, etwa nach einer Vorschlagsliste, die von den Präsidien der höchsten Gerichte aufgestellt wird, übertragen werden. Es wird auch darauf hingewiesen, daß das reichsständische Oberlandesgericht in Colmar, dem bekanntlich die Wahlprüfung der elfah-lotbringschen Landtagswahlen obliegt, die Erhebungen durch einen eigenen Ausschuss des Gerichts vornehmen läßt, während bekanntlich der Reichstag doch immer auf die Erhebungen vom Regierungsbeamten angewiesen ist. Die Errichtung eines Wahlprüfungsgerichtshofes ist gewiß eine Frage unserer Zeit. Aber die deutsche Wählererschaft kann sich vor einer planmäßigen Verschleppung der Wahlprüfungen am besten dann schützen, wenn sie gleich am 12. Januar für die Opposition stimmt, die alles Interesse daran hat, unkeusche und heilige Wahlschwünделеien nicht durchgehen zu lassen

Löhne und Lebensmittelpreise!

Großen Unmut begehrt die Brotwunderpresse, indem sie allerlei tendenziös zurechtgeschneidene und unwahre Behauptungen über Lohnsteigerungen und Lebensmittelpreiserhöhungen aufstellt. So behauptet die „Germania“ (Nr. 206) nach anderen agrarischen Blättern, der Lohn der Bergarbeiter habe sich innerhalb 30 Jahren verdoppelt. Wie steht es damit? Die amtliche Statistik reicht bis 1886 zurück. Sie ist, wie selbst Unternehmenskreisläufer zugeden, als Vergleichsmöglichkeit mißbrauchbar, weil in diesen Jahren die Löhne ganz außerordentlich niedrig standen. Genaue Angaben enthält das Jahrbuch für den Oberbergamtsbezirk Dortmund von einzelnen Bergwerksunternehmen. Als typisch nehmen wir die Angaben vom Gelsenkirchener Bergwerksverein. Danach betrug der Lohn pro Mann und Schicht:

Jahr:	1878	1888	1900	1907	1909
Mark:	4,41	2,97	4,40	5,09	4,76

Angelehnt solcher Entwicklung von einer Verdoppelung der Löhne zu reden, bringen nur stumpfsinnige Volksschwünделеier fertig. Weiter wird behauptet, die Lebensmittelpreise seien weniger stark als die Löhne gestiegen. Dabei schiebt man sich auf Verrechnungen Calwers. Auch diese Behauptung stimmt nicht. Verwenden wir Calwers Berechnung über den wöchentlichen Konsumverbrauchsbedarf für eine vierköpfige Familie, dann ergeben sich folgende Summen (in Mark):

	1900	1905	Januar	November
	20,44	21,38	23,50	24,64

Danach ist, wenn man für 1911 mit einem Durchschnitt von nur 24 M. rechnet, der Lebensmittelaufwand um 20,8 Proz. gestiegen, dagegen macht die Lohnsteigerung für die Bergarbeiter in derselben Zeit nur 8,2 Proz. aus. Mit den Phantastengängen über Löhne will man die Nichtbergarbeiter aufheben! (Wahlmache!)

Eisypthnarbeit der Germanifiktoren.

Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ sind seit dem Herbst vorigen Jahres in ganz Ostpreußen gegen 13 000 Morgen Land aus dem deutschen Besitz in polnische Hände übergegangen. — Die Polen können ja nichts Besseres tun, als mit dem von der Anfielungskommission erhaltenen Gelde Land Spekulation zu treiben und neue Grundstücke zu erwerben.

Was nützen Panzerschiffe?

Eine Zuschrift an die „Times“ stellt die Frage zur Erörterung, ob man in Zukunft nicht auf den Panzerschutz für Kriegsschiffe ganz verzichten sollte. In dem Westkrieg zwischen Belgien und Panzer sei das erstere unbesrittener Sieger geblieben. Schon heute durchschlägt das 30,5-Zentimetergeschütz auf Entfernungen unter 7000 Meter jeden vorhandenen Schiffpanzer, auf 2500 Meter sogar 430-Millimeter-Kruppstaßl. Diese Leistung werde noch übertroffen durch das neue englische 34,3-Zentimeter-Geschütz, das 805-Millimeter-Kruppstaßl auf 10 000 Meter durchschlägt, während dem neuen deutschen 35,5-Zentimetergeschütz sogar eine Durchschlagskraft von 1250 Millimeter Stahl nahe der Mündung zugesprochen werde. Außerdem stehe die Einführung noch schwererer Geschützkaliber bevor. Der stärkste vorhandene Schiffpanzer sei aber nur 805 Millimeter. Es habe daher keinen Zweck, die Schiffe mit dem schwereren Panzer zu beladen, wenn sie trotz seines Vorhandenseins durch das Feuer der schweren Artillerie in fünf Minuten in einen Trümmerhaufen verwandelt werden könnten.

Zentrumsfanatiker.

Von seinen Mitarbeitern blutig geschlagen wurde ein freigelegteschäftlich organisierter Arbeiter, der auf einer Pilsener in Zimmern beschäftigt war. Seine Mitarbeiter, strenge Katholiken und Anhänger der zentrumsheiligen Gewerkschaften, hatten ihn schon lange mit ihrem Dohn verfolgt und auf alle Art und Weise schikaniert. Als sie nun am vorletzten Mittwoch die Frage an ihn richteten, ob er Weibschäften auch zur Kirche ginge und er diese Frage verneinte, fielen einige Arbeiter über ihn her und schlugen so unbarmerzig auf ihn ein, daß er aus mehreren Kopfwunden blutete. Wahrscheinlich wollten die Fanatiker dem Mißhandelnden die Lehre von dem „Best der Liebe und des Friedens“ auf diese Art beibringen.

Die Führer dieser verheerenden, fanatisierten Arbeiter sind es aber bekanntlich, die sich fortwährend über den angeblich sozialdemokratischen Terrorismus entrichten und nach Ausnahmegerichten gegen die moderne Arbeiterbewegung rufen.

Ein neues zentralasiatisches Abenteuer Rußlands.

Die russischen Kriegsheter und Imperialisten haben gegenwärtig Oberwasser erlangt. Das Programm, das die beutehungrigen Bureaukraten in der „Rokowo Wremja“ und die expansionistischen Großkapitalisten in dem ostbrissischen „Golos Moskwy“ entwickelt haben, nähert sich seiner Verwirklichung. In Persien, wo Rußland im Verein mit England die Zentralregierung zur Unterwerfung genötigt, und in Tadschik, der wichtigsten und vorgezogensten Stadt des Reiches, einen Volksaufstand heraufbeschworen hat, herrscht jetzt ein Zustand, den selbst Professor Schiemann als „Völkermord“ zu bezeichnen sich gezwungen sieht. Der Türkei gegenüber wird die Haltung der Zarenregierung immer herausfordernder, und es ist sehr wahrscheinlich, daß die russische Diplomatie, um Konzeptionen für sich zu erzwingen, in den Kampf zwischen der Türkei und Italien aktiv eingreifen wird. Nun kommt auch noch der letzte, von langer Hand vorbereitete Vorstoß Rußlands in Zentralasien — der offiziell zwar

dementierte, tatsächlich aber erfolgte Einmarsch russischer Truppen in die Mongolei. Mit den übrigen Aktionen der russischen Diplomatie steht dieser Vorstoß in engster Beziehung, als das Vordringen der russischen Macht in der Mongolei, die an das unter englischen Einfluß stehende Tibet grenzt, England zum Nachgeben in Persien zwingen kann. So muß der durch und durch faule, auch in militärischer Hinsicht morsche russische Staat sowohl die Ereignisse der europäischen Staaten untereinander (namentlich die deutsch-englischen Gegensätze), wie die gefährdete Stellung seines englischen „Bundesgenossen“ in Indien und die gewaltige Umwälzung im „Reich der Mitte“ in der raffiniertesten Weise aus, um zu den früher geraubten Ländern und Provinzen noch neue hinzuzufügen.

Hinsichtlich des Einmarsches der russischen Truppen in der Mongolei hat der russische Minister des Auswärtigen Sazonow zum chinesischen Gesandten in Petersburg erklärt, die Truppen seien lediglich zum „Schutz der russischen Interessen“ dorthin marschirt. Wie sehen nun die „russischen Interessen“ in der Mongolei aus? Die Moskauer Fabrikanten hatten kürzlich den Oberst Popow nach der Mongolei entsandt, um an Ort und Stelle zu untersuchen, weshalb die Moskauer Fabrikate in der Mongolei keinen Absatz fanden. (Insgesamt beträgt die russische Einfuhr in der Mongolei sechs Millionen Rubel jährlich.) Die Expedition Popows stellte nun fest: daß die englischen, amerikanischen und japanischen Waren besser und billiger seien als die russischen; daß die ausländischen Konkurrenten günstigere Kreditbedingungen gewährten als die Russen; daß die russischen Handelsagenten dümmere seien als die chinesischen; daß auf zehn amerikanische, englische und japanische Handelsfirmen höchstens eine russische entfalle; und daß die ausländischen Banken immerfort neue Filialen in der Mongolei eröffneten, während die russisch-asiatische Bank die ihrigen schloße. Dieser Mangel des russischen Handels in der Mongolei — trotz der enormen Privilegien, die Rußland im Jahre 1881 von China erpreßt hat — war denn auch der Hauptgrund, weshalb die russische Regierung im verflochtenen Fehlschlag an China ein Ultimatum richtete und neue Privilegien in der Mongolei für sich in Anspruch nahm. Die Unnahsichtigkeit der chinesischen Zentralregierung, noch mehr aber die einsetzende Revolution in China veranlaßten die russische Diplomatie, ihre Wirksamkeit in der Mongolei zu vergrößern. Ihre Agenten veranlaßten den Vertreter des nach Indien geflüchteten Dalai Lama, des geistlichen Oberhauptes der Mongolen, und eine Anzahl mongolischer Fürsten, die mit der chinesischen Oberhoheit unzufrieden waren, die Mongolei als einen von China unabhängigen Staat zu proklamieren und den Fürsten Chondanow nach Petersburg zu entsenden, um den „Schutz“ Rußlands zu erbitten. Wie die chinesischen Zeitungen schon damals meldeten, entsandte die russische Regierung sofort ein Detachement von 300 Soldaten nach Urga, der Hauptstadt der Mongolei.

Das Mitglied des Reichsrats, der Vorsitzende der Exportkammer Denisow, begab sich angedächts dieser Sachlage zum Premierminister Kowzew mit dem Ersuchen, das Protektorat über die Mongolei anzunehmen. Herr Kowzew winkte den Beauftragten des Großkapitals mit der Bemerkung ab, man müsse auf diesem Gebiete „sehr vorsichtig“ sein, da dieses Unternehmen „im gegebenen Moment“ eine „gefährliche Aventure“ sein würde. Das geschah vor etwa einem Monat, als die „Aventure“ im nahen Osten sich noch in ihren Anfängen befand. Nun scheint der Moment für die russische Regierung günstiger zu sein. Der Minister des Auswärtigen Sazonow hat zwar offiziell erklärt, Rußland plane keine Okkupation der Mongolei, aber die Oeffentlichkeit hat sich nachgerade schon gewöhnen müssen, von den russischen offiziellen Erklärungen das direkte Gegenteil zu glauben. Im gegebenen Falle ist um so mehr Anlaß zum Mißtrauen gegeben, als der Chef der Sibirischen Bahn, General Chorwat — wie Politikus in unserem Petersburger Varietebblatt „Snedda“ schreibt — den mongolischen Fürsten gegenüber dieselbe Rolle zu spielen beginnt, wie Komarow und Alchanow im Jahre 1884 gegenüber den Chanan von Bukhara, die unter dem Einfluß des russischen Goldes ihr Land an Rußland verrieten. Die mongolische Aventure zeigt noch in der Hinsicht eine vollkommene Aehnlichkeit mit den früheren asiatischen Unternehmungen Rußlands, namentlich mit dem koreanischen Abenteuer, als auch schon einzelne hungrige Kapitalisten-Gruppen in Aktion treten. Wie der oben zitierte Autor mitteilt, haben die russisch-chinesische Bank und die Ostchinesische Eisenbahngesellschaft mit dem Bogdchan, dem Oberhaupt der Mongolei, einen Vertrag geschlossen, wonach die Ausbeutung der Mineralvorkommen der Mongolei ausschließlich dem russischen Kapital überlassen wird.

Oesterreich.

Sozialdemokratische Aeußerungen über die anwärtige Politik.

Wien, 29. Dezember. Oesterreichische Delegation. Delegierter Baron Fuchs (Christlich-sozial) erklärte, von den Darlegungen des Ministers des Aeußeren nicht ganz befriedigt zu sein, weil der Minister über wichtige aktuelle Fragen, insbesondere über die notorischen Unstimmigkeiten zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland andererseits keine Aufklärungen erteilt habe. Die Christlich-Sozialen würden trotzdem für das Budgetprovisorium stimmen, weil dessen Votierung nicht ein Vertrauensvotum, sondern eine Staatsnotwendigkeit sei.

Delegierter Dr. Ellenbogen (deutscher Sozialdemokrat) führte aus, obwohl die Sozialdemokraten eine oppositionelle Partei seien, müßten sie die Haltung des Wankers des Aeußeren in der Frage der Erhaltung des Friedens durchaus billigen. Es sei nicht wahr, daß die Völker Oesterreichs eine Antipathie gegen die Bewohner Italiens hegten, und Italien möge sich durch gewissenlose Agitationen nicht in eine Stimmung der Gereiztheit hineinreiben lassen. Redner legte entschiedene Verwahrung ein gegen die Einflußnahme unverantwortlicher und nach dem Gesetze unbenutzter Faktoren auf die äußere Politik. Die Sozialdemokraten seien bereit, ein starkes Heer, aber nur ein Volksheer, auf die Beine zu stellen. Redner sprach schließlich die Hoffnung aus, daß sich alle der Vernunft zuwenden und mit beitragen würden, gegen die Kriegshetze Stellung zu nehmen.

Delegierter Remec (tschechischer Sozialdemokrat) erklärte, Deutschland habe damit, daß es Oesterreich-Ungarn in der Annexionstrife den Rücken deckte, nur seine Pflicht erfüllt und sich dies sehr gut bezahlen lassen, denn es habe in den Balkanstaaten seinen Markt erweitert. Die Sozialdemokraten seien natürlich für das Bündnis mit Deutschland, denn ihnen wäre es am liebsten, wenn ein Bündnis mit allen Staaten der Welt zustande käme. Das aber widerspreche den Interessen der kapitalistischen Schichten. Seine Partei könne das Budgetprovisorium nicht bewilligen, weil die Politik, die aus diesen Quellen fundiert werden soll, den Interessen der Arbeiterschaft nicht entspreche.

Delegierter Kiofac (radikaler Tscheche) erklärte, er habe gar keine Leitung des Auswärtigen Amtes kein Vertrauen. Die Tschechen seien Gegner der Politik Kuchentals, weil sie es nicht verstanden habe, das verlorene Vertrauen und die Liebe der Balkan-

böller zu gewinnen, und weil sie ein fort und fort gespannter werdendes Verhältnis zu Rußland zur Folge habe.

Verichterstatter Dr. v. Grabmayer konstatierte in seinem Schlußwort, daß gegen das Exposé des Ministers des Aeußeren keinerlei Opposition erhoben worden sei und daß die allgemeine Ueberzeugung dahin gehe, daß Oesterreich-Ungarn territorial saturiert sei und daher jede aggressive Politik absolut ausgeschlossen sei. Auch gegen die konsequente Bündnispolitik des Auswärtigen Amtes würde keine Einwendung erhoben, aber so wie Oesterreich-Ungarn treu zum Bündnis halte, erwarte es auch Treue um Treue. Redner wies auf die einmütig ausgesprochene Ueberzeugung hin, daß ein Angriffskrieg seitens Oesterreich-Ungarns absolut ausgeschlossen sei, weshalb die Rüstungen Italiens an der Südgrenze unverständlich seien. Der Verichterstatter sprach die Hoffnung aus, daß die öffentliche Meinung Italiens zu einer richtigeren Würdigung der Haltung Oesterreich-Ungarns gelangen werde. — Das Budgetprovisorium wurde angenommen.

Frankreich.

Das Marokkoabkommen vor der Senatskommission.

Paris, 28. Dezember. Nach der Wahl Poincarés hörte die Kommission Ribot, der wünschte, daß dem Parlament gleichzeitig mit dem französisch-deutschen Vertrag eine Entente mit dem Sultan hinsichtlich der Errichtung des französischen Protektorats vorgelegt werde. Nach einigen Worten des Ministerpräsidenten Caillaux verlas Minister des Aeußeren de Selves sein Exposé und die Dokumente, deren Mitteilung die Kommission gefordert hatte. Die Dokumente betreffen erstens den Marsch auf Fez. Es geht daraus hervor, daß die französische Intervention stattfand nach genau präzisierten Schritten nicht nur des französischen Konsuls, sondern auch der Konsuln Englands, Spaniens und Italiens, nachdem diese Konsula sowie der deutsche Konsul wegen des Grades der Lage ihren Landesleuten geraten hatten, Fez sobald wie möglich zu verlassen. Der deutsche Konsul hatte nicht eine Intervention seitens Frankreichs gefordert, war aber bei der Ankunft der Mahalla Desmond in Fez einer der ersten, der den Kommandanten wegen seiner Verschuldung beglückwünschte. Daraus bereitete sich de Selves über die Besprechungen mit Deutschland. Als Cambon in Berlin eine Unterredung bezüglich Marokkos mit dem Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg begonnen hatte, verwies ihn dieser an den Staatssekretär des Aeußeren v. Alderlen-Wachter, der damals in Riffingen war. Alderlen-Wachter war anfangs außerordentlich zurückhaltend und stellte unannehmbar hohe Forderungen, zum Beispiel die Besetzung von Mogador durch Deutschland. Als Cambon diese Forderungen zurückgewiesen hatte, kam v. Alderlen-Wachter schließlich darauf, ihm zu sagen, daß, wenn Frankreich wirklich eine Entente wolle, es nötig sein würde, mit Deutschland von etwas anderem als von Marokko zu sprechen. Er sprach das Wort Kompensation zuerst, wie es scheint, in einem Briefe aus, den er im Juni an Crappi richtete. Cambon ließ durchblicken, daß er nach den Direktiven handele, die ihm der Minister gegeben habe.

Die wichtigsten der von de Selves vorgelesenen Dokumente waren die Berichte Cambons über seine Unterredungen mit dem deutschen Reichskanzler in Berlin und mit dem Staatssekretär in Riffingen. Die Unterredungen seien sehr höflich gewesen, der Reichskanzler habe großes Entgegenkommen gezeigt. Die Unterredungen zwischen dem Votschaffler und dem Staatssekretär hätten sich auf die Häfen, die Zölle, die Eisenbahnen, die bezüglich des Marokkos nach Fez abgegebenen Instruktionen, die allgemeinen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland und die Ausführung des Abkommens von 1909 erstreckt. Der Staatssekretär habe in einer Unterredung anerkannt, daß unter der Voraussetzung wirtschaftlicher Gleichberechtigung dieses Abkommen eine Verzichtleistung der deutschen Politik in sich schließe. Der Staatssekretär habe dem Votschaffler gesagt, daß die zwischen den beiden Ländern schwebenden Fragen gelöst werden müßten. Der Votschaffler habe festgesetzt, daß auch die Politik der Rabelische dann aufhören müsse. Daraus habe der Staatssekretär erwidert: Ja, das ist wahr, aber dann wollen wir unsere Unterhaltung nicht auf Marokko beschränken; ein Uebereinkommen über diesen Punkt allein erscheint unmöglich. Cambon erwiderte: Sie haben in Mogador nichts zu tun, die öffentliche Meinung Frankreichs würde das nicht zulassen. Eine bessere Methode wäre es doch, anderswo zu suchen.

Eine Aktion für die Freilassung Herbés.

Paris, 29. Dezember. Das Blatt „Guerre sociale“ veröffentlicht eine Anzahl Briefe politischer Persönlichkeiten und Schriftsteller, welche die Freilassung des Antimilitaristen Professors Herbé verlangen. Unter den Unterzeichneten befinden sich Anatole France, Jaurès, Rochefort, Frédéric Passy, Lucien Dedebed, Frau Séverine usw.

Marokko.

Die Kämpfe der Spanier im Riffgebiete.

Im Norden Marokkos, im Gebiete der unabhängigen und freiheitsliebenden Rifflahnen hat sich der unaußersichliche Kriegszustand in den letzten Tagen wieder zu erbitterten Kämpfen entwickelt. Die Spanier haben in den letzten Tagen mehrere Gefechte mit den sehr starken Abhyanangehörigen gehabt und die Verluste sind auf beiden Seiten sehr groß gewesen. Das ausgelegene spanische Volk muß diese neue Episode des afrikanischen Eroberungszuges wieder mit neuen Opfern an Gut und Blut hängen, denn einige tausend Mann Verstärkung werden nach Melilla geschickt.

Beachtenswert an diesen Kämpfen ist, daß ein Teil der spanischen Presse die Franzosen beschuldigt, die Eingeborenen zum Angriff auf die Spanier aufgehetzt, ja sogar Stämme aus dem Innern Marokkos nach dem Norden geschickt zu haben. Die Regierungen Spaniens und Frankreichs bemühen sich zwar, diese Behauptungen als unzutreffend hinzustellen, immerhin ist die durch solche Gerüchte und durch einige andere Zwischenfälle dokumentierte gereizte Stimmung einem friedlichen Abschluß der spanisch-französischen Marokkoverhandlungen nicht gerade günstig.

Persien.

Die russische Gewalt Herrschaft in Tabriz.

Tabriz, 29. Dezember. (Telegramm der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das nach der Flucht des stellvertretenden Generalgouverneurs Amanullah Mirza in das englische Konsulat ohne Aussicht gebliebene Kronvermögen wurde heute von Vertretern des russischen Generalkonsulats und des persischen Ministeriums des Auswärtigen in dem von einer Säkularkompanie besetzten Gebäude des Generalgouverneurs verpackt.

Tabriz, 29. Dezember. (Telegramm der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach zweitägiger Beschießung des Stadtbereichs umschloß das 3. Schützenregiment umgeben in die Stadt ein, wo jetzt die Ruhe (d. h. die Ruhe des Kirchhofs. D. Red. d. B.) wiederkehrt.

Der Ueberfall auf den englischen Konsul Smart.

Teheran, 28. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Es bestätigt sich, daß der britische Konsul Smart unverfehrt nach Karferum gebracht worden ist.

Der persische Minister des Aeußeren hat dem britischen Gesandten sein tiefes Bedauern über den Angriff auf den Konsul ausgesprochen und erklärt, es seien strenge Maßnahmen getroffen, um die glückliche Ankunft Smarts in Schiras zu sichern und die Angreifer exemplarisch zu bestrafen.

Die Revolution in China.

Die heute vorliegenden Nachrichten lassen auf einen vollständigen Sieg der Revolution und der Anhänger der Republik schließen. So hat Juanschikai einen längeren Urlaub nachgesucht, weil ihm die Situation zu verfahren ist. Der Hof soll Peking verlassen haben, um vielleicht nie wieder dahin zurückzukehren. Der Führer der Revolution Sunyatsien ist nach einer Meldung aus Nanjing zum Präsidenten der Republik China gewählt worden. Die verschiedenen Depechen, aus denen der Sieg der Republik hervorgeht, lauten:

London, 29. Dezember. Nach in London eingetroffenen Nachrichten aus Peking heißt es, daß die Revolutionäre nach und nach den Sieg davonzutragen scheinen. Der kaiserliche Hof habe gestern nachmittag um 3 Uhr Peking verlassen. 8000 Revolutionäre sind von Schanghai in der Richtung nach Nanjing abgegangen.

London, 29. Dezember. „Daily Telegraph“ meldet aus Peking, daß der Regierungskommissar Chang Tso Jim, der kaiserliche Beauftragte bei der Friedenskonferenz in Schanghai seine Demission gegeben habe, mit der Begehrung, daß er nunmehr zur republikanischen Sache übergehe.

München, 29. Dezember. Der Vizekönig hat die verlangte Entsendung von Schutztruppen nach Peking verweigert, mit der Erklärung, daß die Ruhe in der Mandchurei nicht gesichert sei.

Göteborg, 29. Dezember. Die Delegierten der Mandchurei haben aus Schanghai telegraphiert, daß die republikanische Strömung auf der Friedenskonferenz endgültig die Oberhand gewonnen habe.

Nanking, 29. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Sunyatsien wurde einstimmig zum Präsidenten der Republik China gewählt.

Sammlungen für die chinesische Republik.

Amsterdam, 29. Dezember. Die Sporthäuser aus Niederländisch-Indien mitgeteilt wird, werden unter den dortigen Chinesen Jukalare der chinesischen Republik verbreitet, in denen dringend von Geldsammlungen aufgefodert wird, da die Republik vollständig von allen Geldmitteln entblößt sei. In Batavia sind allein 100 000 Taels aufgebracht worden, in Semarang über 200 000 Gulden. Die meisten Chinesen in Niederländisch-Indien haben bereits ihre Köpfe abschneiden lassen.

Die Organisation des chinesischen Revolutionsheeres.

Man hat in Europa anfangs kaum an die überraschenden Erfolge des chinesischen Revolutionsheeres glauben wollen, wußte man doch, daß den Kämpfern der Revolution eine anscheinlich enorme modern ausgebildete reguläre Truppen gegenüber steht. Erst nachdem die ersten Schlachten geschlagen und die ersten Erfolge errungen waren, gingen nach und nach größere Teile des kaiserlichen Heeres zu den Revolutionären über, die selbst die Kerner der Verhältnisse durch die streng durchgeführte Organisation ihrer Bewegung in Erfahrung gesetzt hat. Man hatte nicht geahnt, mit welcher Gründlichkeit Dr. Sunyatsien der geistige Führer der Erhebung gegen die Mandschu-Dynastie, seit Jahren in der Stille die Organisation eines revolutionären Heeres bis in die kleinsten Einzelheiten vorbereitet hatte. In einem interessanten Aufsatz des „Temps“ macht Francis Borret zum erstenmal genauere Mitteilungen über dieses plötzliche Entstehen der Revolutionsarmee. Bei den Umsturzplänen war Sunyatsien von Anfang an darauf bedacht, die Schaffung eines republikanischen Heeres vorzubereiten und gemeinsam mit dem Zentralkomitee der chinesischen Einheit wurden diese Pläne in der Stille ausgearbeitet und durchgeführt. Jeder Chinese, der dieser nationalen Armee beitreten will, muß wenigstens 18 und höchstens 40 Jahre alt sein. Die künftigen Rekruten waren vorher bereits zum Dienste verpflichtet, hatten einen schriftlichen Eid abgelegt und erhielten an der Junifeste der Gongfänge ein kleines Zeichen, das sie im Falle der Mobilisierung als berechtigte Rekruten des Nationalheeres erkennbar machte. Die ursprünglichen Pläne erstreckten sich nur auf Infanterie. Die Kompagnien sollten aus vier Abteilungen zu je 25 Mann bestehen, jede Abteilung sollte von einem Unterleutnant befehligt werden, der wiederum drei Unteroffiziere befehligte. An der Spitze der Kompagnie steht ein Hauptmann, dem als Adjutant ein Leutnant beigegeben ist. Die Kompagnie des Nationalheeres besteht insgesamt aus 107 Mann, wobei zwei Fahnenträger und zwei Cornisten mitgezählt sind. Aus vier Kompagnien wird ein Bataillon gebildet. Seine Führung übernimmt ein Kommandant, dem zwei Hilfskommandanten und acht Trommler, drei Fähnriche, ein Pfortmeister und ein Sekretär beigegeben sind, so daß das Bataillon ohne die Lastträger 44 Mann zählt. Vier Bataillone bilden ein Regiment. Der Generalstab des Regiments besteht aus einem Oberst, zwei Oberleutnants, sechs Offizieren, 12 Meldereitern, einem Pfortmeister und zwei Sekretären. Jedem Regiment wird eine bestimmte Anzahl von Batterien beigegeben, außerdem eine Genielompagnie, eine Trainkompagnie und eine Anzahl Ärzte. Der Organisationsplan macht bei der Festsetzung der Regimentsstärken Halt; die Regimenter werden je nach den Bedürfnissen dann zu Brigaden und Divisionen zusammengeschlossen, denn der Plan sah Brigadegeneräle, Divisionsgeneräle und sogar kommandierende Generale vor. Jeder Mann des Nationalheeres empfängt monatlich 10 Pfaster Sold, der Unteroffizier 15, der Sergeant 20, der Unterleutnant 40, der Leutnant 60, der Hauptmann 100, der Bataillonchef 300, der Generalstabs-offizier 400, der Oberleutnant ebensoviele und der Oberst 500. Auch die Bestimmungen über die Erteilung von Auszeichnungen sind genau geregelt, ebenso die Strafbestimmungen. So werden mit dem Tode bestraft: Verrat, Ungehorsam, Raub, Desertion, Diebstahl, Brandstiftung, Mord und falsche Meldung. Ebenso verfallen dem Tode alle Soldaten, die sich dem Feinde unterwerfen, die sich an Frauen vergreifen, die Gotteshäuser zerstören und die Ausländer töten. Truppen der kaiserlichen Armee, die zum Nationalheer übergehen, werden ohne weiteres nach Ableistung eines Eides unter den gleichen Bedingungen in das Heer eingeordnet. So verfügt die revolutionäre Bewegung heute über eine einheitsmäßig organisierte starke Heeresmacht, die durch den Uebergang von rund 100 000 Verursoldaten aus dem kaiserlichen Heere eine willkommene Verstärkung ihrer Kampftruppe erhalten hat.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Protest der Straßenbahner.

Wie wir am Donnerstag mitteilten, hat die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn zum Weihnachtstfest sieben Angestellte, die dem Transportarbeiterverbande angehören und viele Jahre im Dienst der Straßenbahn standen, ohne Angabe von Gründen entlassen. Den Umständen nach müssen diese Entlassungen als Maßregelungen angesehen werden. Gegen diesen Akt terroristischer Unternehmerrückgriffe protestierte eine sehr stark besuchte Versammlung der Straßenbahner, die der Transportarbeiterverband am Donnerstag nach der Brauerei Friedrichshain einberufen hatte.

Eingeleitet wurde die Versammlung durch ein wirkungsvolles Referat des Genossen Dr. Moses über die Bedeutung der Reichstagswahlen. Der lebhafteste Beifall, den der Vortrag fand, ließ erkennen, daß das Vorgehen der Direktion einen für die Aufnahme der Ideen des proletarischen Klassenkampfes sehr geeigneten Boden in den Reihen der Angestellten geschaffen hat. -- Nach dem Vortrage forderte der Verbandsvertreter Niesel die Straßenbahner auf, am 12. Januar den Kandidaten der Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben. Die Aufforderung fand begeisterte Zustimmung und wird von den organisierten Straßenbahnern befolgt werden.

Drthmann besprach hierauf

die Maßregelung.

Er erinnerte daran, daß es nicht das erste Mal ist, wo die Direktion in dieser Weise gegen Mitglieder des Transportarbeiterverbandes vorgeht. Schon 1906 und 1907 erfolgten Maßregelungen in größerer Zahl und jetzt, nachdem sich die Direktion durch die Agitationsarbeit des Verbandes genötigt gesehen hat, Gehaltsaufbesserungen zu bewilligen, sind ausgerechnet zum „Fest der Liebe“ wieder einige Verbandsmitglieder rückwärts auf die Straße gesetzt worden. Die Direktion glaubt wohl, durch die Maßregelungen ihre Angestellten einzuschüchtern und so zu verhindern, daß in naher Zukunft weitere Forderungen auf Verbesserung der Arbeitsverhältnisse gestellt werden. Der Verband hat festen Fuß gefaßt unter den Angestellten der Großen Berliner. Sie sind nicht, wie in früheren Jahren, nach der Lohnbewegung dem Verbands anreue geworden, sondern es ist ein fester Stamm geblieben. Das veranlaßt den gelben Verein, in seinem Organ eine Hege gegen den Verband ins Werk zu setzen und die Direktion geradezu anzuspüren, daß sie gegen die Verbandsmitglieder vorgehe. Die Gelben forderten unverblümt eine Maßregelung ihrer dem Verbands angehörenden Arbeitsbrüder. Diesem schändlichen Verlangen ist die Direktion nun gefolgt. Die betreffenden Bahnhofsverwalter erklärten, sie hätten keine Schuld an den Maßregelungen. Ueber ihre Köpfe hinweg sind die Entlassungen vom Direktionsbureau aus erfolgt. Doch das Vorgehen der Direktion wird den beabsichtigten Zweck nicht erreichen. Die Angestellten werden sich ihre Rechte nicht nehmen lassen. Trotz Beispielung durch die Gelben halten sie fest an ihrer Organisation und sie verlangen, daß den Entlassenen ihr Recht wird, daß die Angelegenheit untersucht und die Gemäßigten wieder eingestellt werden.

Nachdem noch einige Redner in demselben Sinne gesprochen hatten, wurde die nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung erklärt in der Entlassung einer Anzahl Mitglieder des Verbandes eine Maßregelung. -- Die Versammelten betonen, daß die Maßnahmen der Direktion ein Schlag gegen das Koalitionsrecht der Angestellten sind. Sie sind der Meinung, daß die Maßregelungen nur erfolgt sind auf Grund von Denunziationen seitens der Mitglieder des gelben Vereins, und bedauern, daß sich Arbeitnehmer gefunden haben, die zur Anbelung der eigenen Kollegen und zur Vernichtung des Koalitionsrechts der Direktion die Hand geboten haben. -- Ferner erhebt die Versammlung Protest dagegen, daß die Vereinszeitung „Die Straßenbahn“ durch ihre verhetzenden Artikel erneut den Weg der Denunziation beschritten und dafür gesorgt hat, Angestellte brotlos zu machen.

Gegen alle diese Maßnahmen, die eine Gefährdung der persönlichen Freiheit der Straßenbahngestellten darstellen, protestiert die Versammlung auf das entschiedenste und verpflichtet sich, dahin zu wirken, daß die durch Gesetz festgelegten Rechte aller Arbeitnehmer in jeder Beziehung gewahrt bleiben. -- Die Versammelten erwarten, daß die Direktion bezuglich der Entlassungen eine Nachprüfung anordnet und sämtliche gefndigte Kollegen wieder einstellt. Geschieht dies wider Erwarten nicht, so werden die Versammelten dahin zu wirken suchen, daß durch den Ausbau der Organisation die Vereitigung des Ueberwachungskomitees und die Gewährung voller Koalitionsfreiheit für alle Angestellten ermöglicht und dadurch eine Vermeidung weiterer Maßregelungen geschaffen werde.

Zur Lage in der Damenkonfektion.

Der Verband der Damen- und Mdchenmntelfabrikanten ist sehr eifrig bemüht, den Schneidermeistern etwas von dem aufzuzwingen, was die Fabrikantenvertreter während des Streiks für eine „absolute Unmöglichkeit“ erklärt. Die Konfektionäre oder Fabrikanten, wie sie sich nennen, haben nämlich in letzter Zeit den einzelnen Meistern einen Vertrag zur Unterschrift vorgelegt, der, wie behauptet wird, nach langwierigen Verhandlungen mit den Vertretern der Meister vereinbart worden ist. Es sind nämlich die Leute vom gelben Meisterverband, mit denen die Konfektionäre das Ding geschoben haben. In diesem Vertrage sind auch einige Minimalpreise samt Prozentzuschlgen festgesetzt, jedoch nur für die Meister, nicht für die Heimarbeiterinnen. Als Minimalpreis soll z. B. gelten: für einen Paletot 1,25 M. und 20 Proz., für einen Rock 60 Pf., für einen Rodentragen 1,20 M., beides ebenfalls mit 20 Proz. Zuschlag, für ein Kinderjackett 1 M. samt 10 Proz. Auf alle bisher gezahlten Preise bis zu 2 M. sollen 20 Proz., bis zu 25 M. 10 Proz., auf alle Kinderjackets dardrueber ebenfalls 10 Proz. Zuschlag gesetzt werden. Den Heimarbeiterinnen soll bei Sünden bis 1,10 M. 20 Proz., bis 12,50 M. 10 Proz. Zuschlag gewährt werden. Zur Ueberwachung der Vertragsbestimmungen soll eine Kommission von drei Fabrikanten und drei Meistern mit einem unparteiischen Obmann eingesetzt werden und, soweit die Verhältnisse der Heimarbeiterinnen in Frage kommen, eine andere Kommission aus einem Fabrikanten, zwei Meistern und drei Heimarbeiterinnen. Gelten soll der Vertrag bis zum 31. Dezember 1916, also auf fünf Jahre. Er soll jedoch nur unter der Bedingung in Kraft treten, daß bis zum 10. Januar 1912 mindestens 1000 Meister ihn unterschrieben anerkannt haben. In die erwähnten Kommissionen können nur Meister gewählt werden, die den Vertrag unterzeichnet haben, oder Heimarbeiterinnen, die bei solchen Meistern arbeiten. Im übrigen enthält der Vertrag noch die Bestimmung, daß das Kopieren der Muster nur dann zulässig sein soll, wenn der Meister, der das Muster gemacht hat, erklärt, daß er nicht in der Lage ist, in gegebener Zeit das Stück in genügender Quantität herzustellen, und daß bei Massenauftrgen, welche billiger gemacht werden müssen, erst mit dem Meister, der das Muster gemacht hat, Rücksprache genommen werden muß. Außerdem will der Fabrikantenverband seine Mitglieder verpflichten, die Preise nicht zu drücken.

Wenn die Konfektionäre nun diesen Vertrag durchzuführen suchen, so ist das zunächst ein Beweis dafür, daß der als ergebnislos abgebrochene Streik seine Wirkung getan hat. Die Herren haben eben Angst, daß der Kampf zu einer ihnen sehr unangenehmen Zeit von neuem ausbrechen wird. Es haben wohl eingesehen, daß sie eine große Dummheit machten, als sie alle Verhandlungen über die

Festsetzung irgendwelcher Minimalpreise mit ihrem Vercede von der Unmöglichkeit einer tariflichen Regelung in der Damenkonfektion ablehnten. Nun geben sie sich der Hoffnung hin, durch den mit den gelben Meistern gemachten Tarif den Gefahren ihrer rchtlichen Haltung aus dem Wege gehen zu können. Ob ihnen das gelingen wird, ist jedoch mindestens sehr fraglich. Die eifrig organisierten Meister werden sich jedenfalls keinen Tarif aufzwingen lassen, der weit hinter dem zurückbleibt, was sie verlangten, der auf flschem Wege zustande gekommen ist und somit keine Garantien für die Durchführung der Bestimmungen bietet und ja auch keinerlei Regelung der Heimarbeiterinnenlhne enthält. Besonders dieser Umstand ist es, der allein schon jeden verständigen Meister abhalten mchte, den Vertrag zu unterzeichnen, denn mit der Unterzeichnung wäre er in jeder Saison der Gefahr ausgesetzt, daß seine Arbeitnehmer mit ollem Nachdruck Forderungen an ihn stellen, für die er sich dann in keiner Weise durch Erhöhung seiner Preise schadlos halten könnte.

Diese Auffassung von der Vertikositt und Gefährlichkeit jenes gelben Vertrages kam denn auch einmchtig in einer Mitgliederversammlung zum Ausdruck, die der Arbeitgeberverband für das Damenschneidergewerbe am Donnerstag in „Alt-Berlin“ in der Blumenstraße abhielt. Der große Saal war berfllt und zwar von Meistern. Ihnen allein sollte in diesem Falle die Entscheidung über Anerkennung oder Ablehnung des Tarifs überlassen bleiben, und von Arbeitnehmerseite nahmen nur als geladene Gäste der Schneiderverbandsvertreter Knoop und die Vertreterin des Gewerkschaftsvereins der Heimarbeiterinnen Fr. Behm an der Versammlung teil. Herr Drews, der Vorsitzende der Meister, referierte und legte aus den im wesentlichen oben schon angeführten Gründen dar, daß es trchtlich wäre, wenn die Meister sich durch Unterschrift an jenen Vertrag binden wlten. Htten die Konfektionäre damals, als sie mit der ordnungsgemäß eingesetzten Kommission verhandelten, Vorschläge über Minimalpreise gemacht, so wäre es wohl möglich gewesen, auf Grund dessen weiter zu verhandeln und vielleicht zu einem annehmbaren, den Frieden sichernden Ergebnis zu kommen. Aber nun, wo sie den Meistern gleichsam mit Gewalt das geben wollen, was die Herren für gut befinden, müssen die Meister es ablehnen, sich darauf einzulassen. Sollten die Konfektionäre es wirklich fertig bringen, 1000 Unterschriften zu sammeln, so würde damit keineswegs gesagt sein, daß 1000 Meister das Ding unterschrieben haben, denn es werden sich natürlich manche finden, die bei verschiedenen Konfektionren und somit doppelt und dreifach ihre Unterschrift geben. Jeder, der es eifrig mit den Interessen des Berufes meint, kann diesen Vertrag nicht unterschreiben, und wer schon so trchtlich war, es zu tun, sollte seine Unterschrift zurückziehen. Zu rechter Zeit werden die Meister und Arbeitnehmer der Damenkonfektion der Kaufmannschaft schon zeigen, daß sie nicht mit sich spielen lassen. -- Im selben Sinne äußerten sich sämtliche Disziplinordner, und schlielich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung erkennt in dem vorgelegten Vertrag des Verbandes der Damenmntelfabrikanten eine schwere Schädigung an, insofern, als der Vertrag eine Anbelung für die Meister bildet. Es ist in dem Vertrage auch nicht angeführt, was die rechtliche Lage der Meister wie der Arbeiter und Arbeiterinnen sicherstellt. Die, welche einen derartigen Vertrag unterschreiben, haben allem Anschein nach das Bestreben, die alten Zustände von vor 1896 wiederherzustellen. Die Versammlung lehnt alle derartige Zumutungen ab und macht es allen Verbandsmitgliedern zur Pflicht, diesen Vertrag nicht zu unterschreiben, sowie alle an sie herantretenden Angebote der Kaufmannschaft der Verbandsleitung zur Regelung zu überweisen. Ferner beauftragt die Versammlung die Leiter der Organisation, nach wie vor mit dem Fabrikantenverbande wegen einer gesunden Lohnregelung weiter zu verhandeln.“

An der Versammlung nahm auch ein Vertreter der Damenkonfektionsmeister aus Breslau teil und berichtete unter anderem über die dort an die Konfektionäre gestellte Forderung auf freie Lieferung der Leinwand. Die Konfektionäre haben die Forderung abgelehnt und behaupten, daß in Berlin, obwohl die Leinwand geliefert wird, immer noch weit billiger gearbeitet werde als in Breslau.

Deutsches Reich.

Zur Tabakarbeiter-Aussperrung.

Noch immer sind die vom Landrat v. Borries in Hertford und Oberbürgermeister Hhland in Lango geleiteten, aber wegen des geringen Entgegenkommens der ursprünglich bestreikten Firmen stndenden Vermittlungsverhandlungen nicht vorwärts gebracht, so daß der Kampf auch ins neue Jahr hinein noch anhalten wird. Immer wieder behaupten die Fabrikanten, die Lage der Zigarrenindustrie lasse keine Lohnerhöhungen in nennenswertem Mae zu; sie wlten allerdings damit nur ihre Unnachgiebigkeit verdecken. Die Behauptung der Unternehmer stimmt aber nicht. Ein großer Teil Fabrikanten zählt höhere Löhne für Zigarren in derselben Preislage und derselben Art, als sie von den westfälisch-lippischen verkauft werden. Selbst im Ausperrungsgebiet haben im letzten Jahre eine Anzahl Firmen nennenswerte Zulagen gemacht und sind deshalb mit den Arbeitern sehr gut ausgekommen. Das Florieren ihres Geschäftes zeigt, daß es ihnen nicht zum Schaden gewesen ist.

Wenn die Fabrikanten die Summen, um die sie durch die Aussperrung geschädigt werden, zu Lohnaufbesserungen benutzten, hätten sie hätte es schon ein Weiches erreicht; sie hätten jedenfalls in ihrem eigenen Interesse vernunftiger gehandelt. Ein Teil der Fabrikanten z. B. besitzt ungeheure Vorräte an Zigarren, die aber nicht an die Kundschaft gebracht werden können, weil sie nicht verkaufsfertig gemacht werden können; es fehlt an Sortier- und Versandpersonal. Große Kapitalwerte gehen dadurch verloren. Andernteils mangelt es bei einer großen Zahl Fabrikanten wieder an Zigarren; denn der Produktionsausfall ist durch den langen Kampf und die große Zahl der Beteiligten natürlich ein ganz enormer. Auch hier entsteht den Fabrikanten, da das investierte Kapital brach liegt, ein ungeheurer Schaden; namentlich trifft es die kleineren, weniger kapitalkräftigen Unternehmer sehr schwer, was freilich eine beabsichtigte Nebenwirkung der im Fabrikantenverband dominierenden Großfabrikanten zu sein scheint. Die Situation, auch von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, zeigt aber, daß die Fabrikanten sich vorgenommen haben, die Organisation zu vernichten, trotz der Möglichkeit befriedigender Lohnzulagen und trotz des ungeheuren Schadens, den die Aussperrung ihnen bringt. Aber die Tabakarbeiter hatten aus.

Ausland.

Eine Lohnstatistik wird von der Union der Textilarbeiter Oesterreichs unter ihren Mitgliedern veranstaltet. Jedes Mitglied erhält vorgedruckte Lohnstatistikarten und wird aufgefordert, fortbausehend Eintragungen zu machen. Es wäre der Arbeiterfrage gewiß sehr nchlich, wenn die Statistik gelänge.

Wiedereinstellung der französischen Eisenbahner abgelehnt.

Paris, 20. Dezember. (W. T. V.) Die Deputiertenkammer lehnte den von dem Sozialisten Collin eingebrachten Beschluantrag zugunsten der Wiedereinstellung der entlassenen Eisenbahner mit 312 gegen 140 Stimmen ab. Augagneur legte dar, was die Regierung alles für die Eisenbahner getan habe und führte aus, daß ein Streik in Staatsbetrieben nicht gebudet werden dünne.

Letzte Nachrichten.

Die Massenvergiftungen der Obdachlosen.

Die Erkrankungen unter den Asylisten wollen kein Ende nehmen, immer noch gehen Meldungen über Neuerkrankungen ein, und die Zahl der Todesfälle steigt in erschreckendem Mae. Wie aus dem Nachrichtenamt des Magistrats noch mitgeteilt wird, wurden gestern in der Zeit von 2 Uhr mittags bis 8 Uhr abends weitere acht unter den bekannten Vergiftungserscheinungen Erkrankte in das Krankenhaus Friedrichshain eingeliefert. Die Gesamtziffer der Erkrankten beträgt einhundertelf. Gestorben sind im Laufe des gestrigen nachmittags fünf Personen (Gesamtzahl der Toten: 55).

Unter den neuen Fällen sind einige sehr schwer. Auch ist bei einigen Erkrankten festgestellt worden, daß sie Bücklinge und auch Pferdefleischbuletten, die sie in einem Geschäft in der Danziger Straße gekauft haben wollen, vor der Erkrankung genossen haben.

Eine Veröffentlichung der türkischen Post.

Gegenüber den italienischen Ablehnungen der Meldungen über einen türkischen Sieg in Tobruk teilt die hiesige kaiserlich-ottomanische Post folgende offizielle Telegramme des Kommandanten in Tobruk mit: In der Nacht vom 20. Dezember griffen wir die befestigten Stellungen des Feindes an. Trotz des Feuers der Kriegsschiffe und der Batterien des Forts drangen wir in das Fort ein, dessen Befestigung vernichtet wurde. Munition, Lebensmittel, Kriegsmaterial und ein Maschinengewehr wurden in unser Lager gebracht. Im Verlaufe des Angriffs schritt einer unserer Flgel die Rückzugslinie des Feindes ab, der sich nach der Rste hin geruete. Während des Rückzugs verlor der Feind die Hälfte seiner Streitkräfte. Der Kampf dauerte den ganzen Tag und die Nacht. Unter den Gefallenen auf gegnerischer Seite befanden sich drei Offiziere. Unsere Verluste betragen sieben Tote und einige Verwundete. Der Scheik Meri, der mit seinen fünf Söhnen an der Spitze seines Stammes gekommen war, fand ebenfalls den Tod. Der Mut unserer Offiziere und Mannschaften war musterhaft. Leutnant Redjib Bey trat als erster das Fort, zerstörte die Maschinengewehre und nahm das eine, das in unser Lager gebracht wurde.

Eine italienische Meldung.

Rom, 20. Dezember. (Meldung der Agenzia Stefani.) Wie vom 20. Dezember aus Perna gemeldet wird, marschierten am Vormittag dieses Tages vier und ein halbes Bataillon Infanterie mit sechs Feldgeschtzen und vier Maschinengewehr-Abteilungen den Vernaflu aufwärts, um die Ausbesserungsarbeiten an der Wasserleitung zur Stadt zu schhen. Die Truppen stieen bald auf den Feind, der über bedeutende Streitkräfte mit 75-Millimeter-Geschützen verfügte und sich in einen lebhaften Kampf einließ, währenddessen die italienischen Pioniere die Ausbesserungen vornehmen konnten. Da sich alsbald auf der rechten Seite der italienischen Truppen ein feindlicher Angriff entwickelte, machten die seit Beginn des Kampfes bereitgehaltenen Reservertrouppen einen Gegenangriff, um den Feind zum Stehen zu bringen und den mit der Dedung der Ausbesserungsarbeiten betrauten Truppen Luft zu schaffen. Dieser Gegenangriff brachte die türkischen und arabischen Truppen zum Weichen und gestaltete es den Italienern, nachdem die Pioniere ihre Arbeiten ausgeführt hatten, sich in ihre Verschanzungen zurückzuziehen gemäß den Instruktionen, die sie erhalten hatten. Auf italienischer Seite sind drei Tote und 77 Verwundete zu verzeichnen.

Die ungarische Delegation über die auswärtige Politik.

Wien, 20. Dezember. (W. T. V.) In der ungarischen Delegation führte Delegierter Nagy aus: Was die Erklärung des Kriegsministers betreffe, so hätten er und gewiß auch die ganze Delegation gewünscht, der neue Kriegsminister hätte in dem schweren Kampfe, den der ungarische Reichstag führe, die Majorität mit seiner Erklärung unterstützt. Der Kriegsminister möge einen Weg finden, seine nicht ganz glücklichen Ausführungen durch Taten auszugleichen. Delegierter Graf Batthyanyi erklärte, in Ungarn wolle keine Partei einen Krieg, er verlange von Deutschland, daß es den nationalen Bestrebungen Ungarns sympathisch gegenüberstehe und die Interessen Ungarns auf dem Gebiete des auswärtigen Handels nicht kreuze. Er bedauere, daß der Minister des Aeeren Deutschland als Dank für seine Haltung in der Annexionskrise nicht wirksamer in der Karofffrage unterstützt habe.

Ministerpräsident Graf Thun Hederbary stellte mit Befriedigung die volle Uebereinstimmung des Grafen Apponyi mit der Mehrheit der Delegation hinsichtlich der auswärtigen Politik fest und betonte, der Kriegsminister habe selbstverständlich auch die Wehrvorlage seines Vorgängers akzeptiert. Der Ministerpräsident erklärte entschieden, daß die Kosten der Wehrreform nicht überschritten würden. -- Die ungarische Delegation nahm schlielich das Budgetprovisorium mit dem Vertrauensvotum für den Minister des Aeeren an.

England nimmt seinen Teil der persischen Beute.

Kalkutta, 20. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Regierung zieht die Entsendung von Truppen nach dem persischen Golf in Erwägung.

Ein englisch-portugiesisches Abkommen.

Lissabon, 20. Dezember. (W. T. V.) Zwischen Portugal und England ist über die noch zu verteilenden Inseln auf den Flüssen Ruo und Shir ein Abkommen getroffen worden. Danach gehören die Inseln fortan entweder zur Kolonie Mozambique oder zu Britisch-Zentralafrika.

Macedonische Revolutionäre.

Sofia, 20. Dezember. (Meldung der V. G.) Die Tätigkeit der macedonischen Revolutionäre ist wieder sehr reger. Die Agitatoren sind lebhaft bei der Arbeit und verteilen Handchriften, um die Bevölkerung für sich zu gewinnen. Eine Reihe von Dynamitattentaten ist von den Revolutionären geplant. In Sofia kam man gestern einem großen Komplott, das sich gegen die Regierung richtete, auf die Spur. 20 Mann wurden verhaftet. Das revolutionäre Komitee sucht durch Gewalttaten die Aufmerksamkeit der Mchte auf Macedonien zu lenken, damit diese eine Klärung der Lage vornehmen.

Amerika und die chinesische Republik.

Washington, 20. Dezember. (W. T. V.) Vomir des Staatsdepartements erklärt, daß die Vereinigten Staaten die chinesische Republik nicht anerkennen, und daß dies auch nicht geschehen werde, solange die Kaiserlichen imstande sein würden, sich in der Macht zu behaupten. Es wird jedoch angedeutet, daß diese Haltung die Vertreter der Vereinigten Staaten nicht daran hindern werde, in Verhandlung mit der provisorischen Republik einzutreten zur Währung der amerikanischen Interessen und zur Wiederherstellung des Friedens.

Zur Lage der Kleinbauern und landwirtschaftlichen Arbeiter.

Allgemeines, Art der Verwaltung, Abwälzung der Unfallast auf die Gemeinden.

Wie bereits in früheren Jahren erwähnt, geben uns auch die Berichte mancher landwirtschaftlicher Berufsvereinigungen interessante Einblicke in die soziale Lage der Arbeiter und Kleinbauern auf dem flachen Lande.

kratisch sie dann sein müssen, merkt man aus den Ausführungen von „Rheinland“:

„Die laufenden Geschäfte des Genossenschaftsvorstandes wurden bis zum 1. Oktober 1910, wie bisher, von einem Landesrat und einem als Hilfsarbeiter bei der Landesdirektion tätigen Assessor — neben dem sonstigen Dezernat der betr. Herren — wahrgenommen.

Der „Herr Major!“ — jetzt wird alles „Kappen“! Widerlich ist auch in manchen Berichten die Lobhudelei auf verstorbenen oder zurückgetretene Vorstandsmitglieder.

„zum ehrenden Andenken und als Zeichen des Dankes das Bildnis des Herrn Greiner im Beratungslokal des Genossenschaftsvorstandes auf ewige Zeiten auszuhängen.“

Während bisher preussische Behörden den Krankenkassen verboten hatten, Delegierte auf Kostenlisten zu Kongressen beschickenden Zweckes usw. zu entsenden, melden uns die landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen ganz kaltsblütig, daß sie sogar 5-6 Delegierte zu den Jubiläumseinfahrten der Berufsvereinigungen nach Berlin entsandten.

„Der größere Teil der Beschlüsse in jenen Angelegenheiten, in denen keine persönliche Aussprache notwendig war, wieder im Birkularwege gefaßt wurde.“

Dies meldete z. B. „Oberfranken“, „Lippe“, „Strelitz“ usw. Da auch „Mittelfranken“ dazu gehört, so hatte deren technischer Aufsichtsbearbeiter wenig verstanden, der ärgerlich brummt:

„Da die statistischen Angaben der Berufsvereinigungen wertlos, meistens veraltet sind oder auf „Schätzung“ beruhen, so ist natürlich die Angabe über die Zahl der verschiedenen landwirtschaftlichen Betriebe ohne große Bedeutung.“

Kleines feuilleton.

Fisch, Wurst und Fleischvergiftung. Das große Sterben unter den Armen in städtischen Obdach zu Berlin, das wohl zweifellos, wenn auch bis zur Stunde ein schlüssiger Nachweis noch nicht geführt ist, die Folge einer Massenvergiftung durch verdorbene Nahrungsmittel ist, stellt sich nach der Zahl der Opfer wie nach der Festigkeit der Erkrankungen als eine der verhängnisvollsten Katastrophen dieser Art dar, von denen die Geschichte der Hygiene zu berichten weiß.

wert wäre. So sieht es fest, daß zahlreiche exotische Völker fleischliche Nahrung zu sich nehmen, die nach unseren Begriffen völlig ungenießbar, total faul und stinkig ist.

Nach der Art der Erkrankung unterscheidet man drei verschiedene Formen der Fischvergiftung. Die erste, die durch meist tropische Fische verursacht wird, die in ihrem lebenden Organismus Giftstoffe enthalten, kann, da sie bei uns kaum je vorkommt, außer Betracht bleiben.

Das Urbild des Sherlock Holmes. Einerlei, wie man sich zu der von Conan Doyle geschaffenen Gattung von Kriminalromanen stellen mag, sein Sherlock Holmes ist nun einmal eine populäre Gestalt und mehr als das: ein Begriff.

tigen zu halten, wir leider des öfteren feststellen müssen, daß in einzelnen Gemeinden wenig oder gar nichts für die Erzielung unseres Zweckes getan wird.

Eine solche Abwälzung der Berufsvereinigungsbeiträge auf die Gemeinden ist durchaus unzulässig. Bei Besprechung einer ähnlichen Erscheinung vor längerer Zeit gab das die Regierung zu. Sind der Regierung die eifrigsten Abwälzungen der Unfallast auf die Arbeiter unbekannt?

Staatsbürgerliche Erziehung und Kinematograph.

Die herrschenden Klassen haben stets die von ihnen beherrschten Klassen von den Quellen der Bildung, ihres wirtschaftlichen und politischen Herrschaftsmittels, fernzuhalten gesucht.

Edon äußerlich ist die Vereinigung dadurch gekennzeichnet, daß ihr Vorsitzender ein Staatsminister z. B. ist, und daß ihr geschäftsführender Ausschuss aus drei Regierungsräten, zwei Professoren, einem Kommerzienrat, einem Verlagsbuchhändler, einem Oberlehrer, einem Rechtsanwalt und einer Schriftstellerin (Helene Lange) besteht.

Sherlock Holmes — Conan Doyle selbst weiß wohl einmal darauf hin — sei in den Romanen Edgar Allan Poes zu finden, und in der Tat hat der unglückliche amerikanische Dichter mehrfach, so in der Erzählung „Der entwendete Brief“, Menschen mit derselben wunderbaren Kombinationsgabe gestaltet, wie sie unseren Sherlock Holmes auszeichnet.

Als dieser Abner eines Tages vor den Toren von Marokko spazieren geht, wird er von Stallknechten des Sultans bestaunt, ob er nicht ein entlaufenes Pferd gesehen habe.

Während sich ein Gezänz entspinnt, kommen schwarze Sklaven eilends herbei, die den Schoßhund der Kaiserin suchen.

„Ich spazierte in dem kleinen Gehölze; da gewahrte ich im feinen Sande zwischen den Palmen die Spuren eines Tieres; ich, dem die Spuren der Tiere überaus gut bekannt sind, erkannte sie alsobald für die Fußspuren eines kleinen Quides; seine langgezogene Furchen ließen über die kleinen Unebenheiten des Sandbodens zwischen diesen Spuren hin; es ist eine Hündin, sprach ich zu mir selbst, und sie hat hängende Ohren und hat Zunge geworfen vor so und so langer Zeit; andere Spuren neben den Vorderfüßen, wo der Sand leicht weggefegt zu sein schien, sagten mir, daß das Tier mit schönen, weit herabhängenden Ohren begabt sei; und da ich bemerkte, wie in längeren Zwischenräumen der Sand bedeutender aufgewühlt war, dachte ich: einen schönen, langbehaarten Schwanz hat die Kleine und er muß anzusehen sein als ein Federbusch, und es hat ihr beliebt, zuweilen den Sand damit zu peitschen; auch entging mir nicht, daß eine Wote sich beständig weniger tief in den Sand einbrückte; leider konnte mir da nicht verborgen bleiben, daß die Hündin etwas hübsche.“

Wie man sieht, ist das Zug für Zug die Verweissung des Sherlock Holmes. Ebenso erläutert Abner die Art, wie er die Eigenschaften des durchgegangenen Pferdes kennen gelernt hat.

auszuführen und Bekanntschaften von Studierenden ins Ausland zu lassen, deren Ergebnisse zur „Unterbreitung von ausführbaren Vorschlägen für die schulpädagogische Lösung der Frage der staatsbürgerlichen Erziehung bei den Unterrichtsvorgängen des Deutschen Reiches“ dienen sollen. Alle Regierungen haben denn auch schon selbstverständlich der Vereinigung ihr wohlwollendes Interesse für ihre Bestrebungen ausgesprochen.

Da die „Vereinigung für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung“ sich offenbar wenig Erfolg von einem direkten Einwirken auf die Massen verspricht, so sucht sie auf Umwegen an die heranzukommen. Wie die Regierungen, so will sie auch die Kinematographen ihren kühnen Zwecken dienstbar machen.

Die rasche technische Entwicklung der Kinematographie hat diese zu einem der wichtigsten Bildungsmittel von fast unbegrenzten Möglichkeiten gemacht. Ihre große Leistungsfähigkeit zeigen Unternehmungen der „L'Ornia“ und anderer wissenschaftlicher Institute, die das lebende Bild in den Dienst der Forschung und Volksbildung zu stellen suchen, und deren Bestrebungen einen Sammelplatz im Erken deutschen Bund für wissenschaftliche und unterrichtsmethodische „Kinematographie“ gefunden haben. Leider konnte bisher auf diesem Gebiet nur verhältnismäßig wenig erreicht werden, da fast die gesamte Kinematographie von einigen großen kapitalistischen Weltfirmen beherrscht wird, von denen die Firma Pathé frères, Paris, z. B. über 5000 Angestellte auf der ganzen Erde verfügt. Diesen Firmen ist es in erster Linie um einen möglichst hohen Profit zu tun, sie suchen daher die ödeste Sensationslust zu befriedigen. Das wenige Gute, das sie bieten, verschwindet hinter den die „Progromme“ beherrschenden, auf der Höhe der Schundliteratur stehenden Detektiv- und Verbrechenromanen und Darstellungen voll unwahrer Sentimentalität oder großer Situationskomik. Auch mit tendenziös gefärbten religiösen oder patriotischen Vorstellungen wird das Publikum terrorisiert.

Von den bisher in Deutschland vorgeführten Filmen waren acht Reumtel im Ausland hergestellt, doch beginnt sich jetzt die deutsche Kinematographenindustrie stark zu entwickeln. Auf diese sucht die „Vereinigung für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung“ in ihrem Sinne einzuwirken. In Nummer 9 der „Zeitschrift für Jugendwohlfahrt“ 1911 wird das Zusammenarbeiten der „Vereinigung“ mit der „Deutschen Gesellschaft für Lebensbilder“ angeündigt. Welcher Art dieses Zusammenarbeiten sein soll, geht aus den Ausführungen des Aufsatzes in der Zeitschrift hervor. Es wird dort betont, daß man es sich namentlich angelegen sein lassen müsse, Dinge des staatlichen und öffentlichen Lebens darzustellen. „Auf alle Fälle bietet der Kinematograph zur Belehrung über die kulturellen und staatlichen Zustände der Gegenwart ein Anschauungsmaterial von unmittlbarer und tiefgreifendster Kraft dar.“ Gegen eine objektive Darstellung wäre nichts einzuwenden, doch sie liegt durchaus nicht im Sinne der „Vereinigung für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung“, die betont: „Nicht nur wissenschaftliche Auffklärung über den Aufbau unseres Staats- und Wirtschaftslebens, sondern auch eine ethisch begründete staatsbürgerliche Gesinnung und Anregung zum staatsbürgerlichen Handeln.“ So zeigt denn auch ein in dem oben erwähnten Aufsatz zur Nachahmung empfohlenes Beispiel, welches Art die „Wirkung“ und „Anregung“ sein soll. „Andererseits benutzt man den Kinematographen in den Vereinigten Staaten um Rekruten für die Kriegsdienste heranzuziehen. Eine der Edison'schen Gesellschaften schlug der Regierung vor, anstatt durch leiblose Abbildungen von Uniformen und Kriegsdressen durch kinematographische Vorstellungen zu werden, in denen sich eine starke Handlung abspielt. Der John-meister G. D. schrieb darauf hin einige Stücke, von denen sogleich das erste großen Erfolg hatte. Es hieß „Die Tom Botvine emporkommt“. Ein junger Mensch vom Lande wird hier dargestellt, wie er in den Dienst der Flotte der Vereinigten Staaten tritt, wo er durch seine Tapferkeit nicht nur von Stufe zu Stufe emporsteigt, sondern auch eine wunderschöne Frau erlangt.“ So haben wir denn alle Aussicht, das Märchen vom Soldaten mit dem Fuchsberrschuß im Tornister nächstens auch im lebenden Bilde sehen zu können, nachdem schon jetzt der Kinematograph zu Sedanfeiern und nationalen Plakatenführungen mit hurratriotischer Tendenz gemißbraucht wird.

Das Proletariat ist an dem Inhalt der kinematographischen Vorstellungen im höchsten Maße interessiert, denn da ihm die Mittel zum Besuch der leeren Theater fehlen, werden von ihm, und besonders auch von seiner Jugend, die zahlreichen billigeren Kinematographen zur Unterhaltung, Anregung und Erholung benutzt. Die Kinematographie ist in ihrem bestehenden Umfange fast ausschließlich auf die Großen des Proletariats angewiesen, und doch

Gumor und Satire.

Zweimal drei Kultur-Zatsachen.

Dreißig Musikschreier listeln dreißig Jahre lang an einem Brief von Beethoven herum. Wen er wohl gemeint hat mit der „Beliebten Fremdin“?

Fünfzehn Gelehrte schreiben fünfzehn Abhandlungen über die Genese eines Spinnwebbeines in dem Sinne, daß... und fünfzehn andere Gelehrte schreiben fünfzehn andere Abhandlungen darüber in dem Sinne, daß nicht...

Die Forschungen des berühmten Geographen X ergaben, daß Kamasch der Zweihunddreißigste der Gebrauch des Geräts unbekannt war.

Das sind kulturelle Forschungsergebnisse. Und es ist verständlich, daß der Mensch in diesem Sinne tätig ist. Hunderttausend lebenswarme Tiere werden täglich für uns getötet. Einfach aus dem Grunde, weil wir Messer haben und sie keine.

Dreißigtausend Näherinnen müssen täglich mit gebeugtem Rücken sitzen, auf daß eine Handvoll Strohpflanzen mit den Roben durch die Massen fliegen.

Hunderttausend Millionen Menschen werden täglich durch Despechen und Geldschaffnotizen an des Meisters Sännde gekettet, ob sie sich morgen wegen einer Interessensphäre in Marokko ihre Wajonette durchs Gebirge rennen müssen.

Und auch dieses sind Kulturgesetze. Und es ist verständlich, daß der Mensch in diesem Sinne tätig ist. (Aus dem Januarheft des „Klammers“.)

Notizen.

Die Volksvorstellungen der Bühnengenossen-schaft beginnen am 1. Januar — unter Leitung von Friedrich Solthaus, der Konzeptionssträger ist. Gespielt wird in folgenden Sälen: Wörners Hof, Kopenstr. 29; Praxissäle des Ostend, Frankfurter Allee 151/152; Theater Alti-Gerlin, Blumenstr. 10; Sophiensäle, Sophienstr. 18; Dohens-Kaufensäle, Kottbuser Damm 76; Pharusäle, Mäckerstr. 141/143 und Dubertusäle, Schönholz. Der erste Spielturnus umloht folgende Stücke, die abwechselnd in allen Sälen zur Aufführung gelangen: „Nabale und Liebe“, „Minna von Barnhelm“, „Nachmann als Erzieher“, „Raub der Sabinerinnen“ und „Bild im Winkel“.

Vorträge. Im Charlottenburger Schilleraal wird Prof. Paul Schubring einen zehnständigen Vortragszyklus halten über das Thema: „Eine Reise nach Florenz und die Kunst Toscanas“ (Mit Lichtbildern.) Die Vorträge finden Dienstags abends von 9-10 Uhr statt und beginnen am 9. Januar. Abonnementhefte für die zehn Vorträge zum Preise von 3,50 M. im Schillertheater.

Die Humboldt-Akademie veröffentlicht ihr Vorlesungsverzeichnis für das erste Wintersemester 1912, das 212 Vorträge-reihen und 7 Sonderzylinder enthält. Die Vorlesungen umfassen die Gebiete sämtlicher Wissenschaften und ihrer praktischen Anwendung. Neu hinzugekommen sind Vorlesungen über die Frauenfrage, Schiff-fahrt, Verkehrswissenschaft. Die Kurse beginnen am Montag, den 16. Januar. — Vorlesungsverzeichnisse und Vorkarten im Haupt-bureau, Kurfürstent. 104, I (1-3), bei Wertheim und in zahlreichen Bureau und Buchhandlungen.

hat es auf die Darstellungen dieser auf ihm beruhenden Industrie nicht den geringsten Einfluß. Nicht genug, daß es sich die Billür der einzelnen Firmen gefallen lassen muß, es soll jetzt auch ein verlogener Demagogie im chaotischsten Interesse ausgeliefert werden, durch die es in seinen Lebensinteressen direkt getroffen wird. Die organisierte Arbeiterkraft hat demnach alle Ursache, mit größter Wachsamkeit und schärfstem Mißtrauen die Entwicklung der Kinematographie, insbesondere der deutschen, zu beobachten und gegebenenfalls durch entsprechende Abwehr-mittel die Verfalls zu seiner staatsbürgerlichen Erziehung im Sinne der Schärsmacher, Volksbewahrer und Kriegshörer abzu-schlagen.

Wahlbewegung in Groß-Berlin.

Im zweiten Wahlkreis sprach vor einer öffentlichen Wähler-versammlung, die am Donnerstagabend in den Kreuzberg-Festhallen, Kreuzbergstraße, stattfand, Emil Eichhorn über das Thema: Die Reichstagswahl und wen wählen wir? — Der Redner schilderte die große Umwälzung im Aufmarsch der Parteien, die seit der Wahl vom Jahre 1907 vor sich gegangen ist. Deute erörtert der Schlußruf: Die Front gegen rechts! Auf die Sozialdemokratie kann man sich dabei unbedingt verlassen, sie ist bereit, jede Hülfe zu leisten, um den schwarz-blauen Bloß zu zertrümmern, sogar mit einer Selbstentäußerung ihrer eigenen Interessen, die einige Bedenken erwecken könnte. Dagegen ist der Liberalismus durchaus nicht so zuverlässig als Bundesgenosse in der Frontstellung gegen rechts. Es fehlt ihm die prinzipielle Grundlage, und die vielen schlimmen Erfahrungen, die die sozialdemokratische Partei gemacht hat, wenn sie dem Liberalismus einige Energie und Kraft zu-trauete, nötigen zum Mißtrauen. Der Vortragende legte aus-führlich dar, welche Rolle der Liberalismus als Teilnehmer am Bündnis gespielt hat und wie er durch die Entwicklung der Dinge in Deutschland zum Hüter von Klasseninteressen bestellt ist, die ihn hindern, einen ernsthaften Kampf gegen Konervative und Zentrum zu führen. Diesen Kampf muß in der Hauptsache die Sozialdemokratie allein führen. Aufgabe der Wählerkraft, die dem wirklichen Fortschritt die Bahn frei machen will, ist es, die Sozial-demokratie im nächsten Reichstag zu stärken und Männer von Grundhaft und festem Charakter als Volksvertreter zu wählen. (Großer Beifall.)

Der Vorsitzende forderte die Gegner in der Versammlung zu einer freien Aussprache heraus, aber niemand wünschte das Wort.

Unter Kandidat Richard Fischer hielt dann eine längere Ansprache, in der er im Anschluß an die Ausführungen des Referenten die große Bedeutung und Wichtigkeit des Wahlkampfes hervorhob und an das Wort Herbeibrands erinnerte: „Es geht diesmal auf's Ganze!“ Die Heiligen und die Ritter, die Junker und die Pfaffen strengten sich gewaltig an, die Macht der Re-aktion zu festigen in Deutschland. Diese Macht habe einen solchen Umfang gewonnen, daß es sogar dem bürgerlichen Freisinn unheimlich wird. In seinen Wahlaufrufen begegnen wir vielen be-lannten Redewendungen, die der Sozialdemokratie früher als Aus-drücke wider Verheißung von denselben Freisinnigen vorgeworfen wurden. Hier im zweiten Kreise gelte der Kampf nicht dem ge-meinsamen Feind, hier steht der Freisinn als Gegner da, und nun mühen die Wähler die Wertung der Parteien nach zwei Gesicht-spunkten vorzunehmen, nach dem politischen und nach dem wirtschaft-lichen, um zu wissen, welcher Partei sie ihre Stimmen zu geben haben. Nicht nach dem, was die Freisinnigen sagen und ver-sprechen und in ihren Flugblättern schreiben, dürfen die Wähler urteilen, sondern stets sollte zuerst die Frage aufgeworfen werden: Was haben sie getan? Was haben die Freisinnigen getan, um in politischen Fragen die Rechte des Volkes zu schützen und zu mehren? Was haben sie in wirtschaftlichen Fragen getan, bei der Zoll- und Steuerpolitik, oder wo es sich um Arbeiterrechte und Arbeiterschutz handelte? An der Hand eines reichen Materials bewies Fischer, wie die Freisinnigen elend versagten, wie sie ihr Programm verleugneten, wenn Taten von ihnen erwartet wurden, und wie sie mitschuldig geworden sind an der Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik.

Nebst geht dann auf die Behauptung der „Freisinnigen Zeitung“ ein, wonach die Sozialdemokraten eine „perfide, verlogene“ Kampfweise führen, weil nämlich in einem Flugblatt eine irrtüm-liche Behauptung aus einem Buche über die Reichsfinanzreform gegen den Freisinn enthalten war. Der Redner bedauerte diesen Irrtum; von einer absichtlichen falschen Darstellung könne natürlich keine Rede sein. Er schloß mit einem Hinweis auf die Situation im zweiten Kreise, die uns gewiß keine Sorge einzusprechen brauche, aber man dürste auch nicht glauben, hier sei die gebratene Taube für uns schon fertig. Jeder Wähler müsse ausgerüstet werden, um zum Bewußtsein seines Rechtes und seiner Pflichten zu kom-men. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Jakob wandte sich an die anwesenden Frauen mit der Aufforderung zur regen Mitarbeit im Wahlkampf.

Der Vorsitzende Schröder forderte in seinem Schlußwort dazu auf, die Zeit nach besten Kräften auszunützen, um mit Eifer vor der Partei am 12. Januar zu bestehen und unseren alten be-währten Vertreter Richard Fischer mit einer größeren Majori-tät als vorher in den Reichstag zu senden. Unter Hochrufen auf die Partei löste sich die Versammlung auf.

In einer liberalen Wählerversammlung.

die am Donnerstag im dritten Reichstagswahlkreis Berlin abgehalten wurde, kam es aus Anlaß großer Ausfälle gegen die Sozialdemokratie zu erregten Ausritten. Der Saal des Feuersteinschen Lokals (Alte Jakobstraße) war besetzt zum größten Teil von Liberalen, zum kleineren von Sozialdemokraten, die unangenehm dabei sein wollten und nun dem Referenten Stadtverordneten Cassel sowie dem liberalen Wahlkandidaten Rechtsanwalt Rosbach sich als willkommene Diestische darboten. Da mehrere unserer Genossen nicht über diejenige Selbstbeherrschung verfügten, die ein Besucher gegnerischer Versammlungen haben muß, so ließen sie bei Angriffen auf die Sozialdemokratie sich zu ent-rüsteten Zwischenrufen hinreißen. Das gab dann den Angreifern die erwünschte Gelegenheit zu noch heftigeren Ausfällen, durch die sie Leben in ihre Versammlung brachten und ihre liberalen Zu-hörer zu wütenden Protesten gegen die ungeborenen Gäste auf-peitschten.

Der Herr Cassel kennt, der weiß, wie provokatorisch er gegen die Sozialdemokratie aufzutreten pflegt — und wie sehr ihm mit Abwehrversuchen sozialdemokratischer Zuhörer gedient ist. Er geht auf ihre Zwischenrufe gern ein, wenn er sich dabei als der „forsche Herr“ zeigen kann, der einen unvorsichtigen Zwischenrufer erbarmsungslos abschlägt. In seinem Referat pries Herr Cassel zunächst die Grobpartigkeit des liberalen Gedankens, sodann be-jammerte er die Ohnmacht des liberalen Bürgertums, aus der es durch die bevorstehenden Reichstagswahlen herausgerissen werden müsse, und schließlich erging er sich in seinem bekannten giftigen Geschimpfe über die Sozialdemokratie. Keine von den drohenden Gefahren, mit denen er seit einer langen Reihe von Jahren auf sein Publikum zu wirken sucht, blieb den Zuhörern vorenthalten. Er höhnte, in dem „Junkertum“ der Sozialdemokratie werde „nicht der göttliche Odem der Freiheit, sondern die schwüle Luft des Buchstabenstaates“ herrschen; er zeterete, für die Sozialdemokratie sei tonangebend das Wort Bebel's, der ein „Todfeind der bürger-lichen Gesellschaft“ sein wolle; er lobte, ein Sozialdemokrat habe Eugen Richter einen „Stroch noch im Sterben“ genannt. Die Zwischenrufe, die Herr Cassel, als willkommenen Anlaß benutzte, all

diese abgedroschene Nöhren aufs neue vorzutragen, wurden ihm immer wieder von einigen unserer Genossen geliefert.

Nach ihm sprach Herr Rosbach, der diesmal sich für den dritten Reichstagswahlkreis als Durchfallskandidat der Liberalen hergegeben hat. Sein „Liberalismus“ wird gekennzeichnet durch eine Äußerung, die weiteren Kreisen bekannt zu werden ver-dient. Als er davon redete, daß er als Liberaler die Gleichberech-tigung aller fordere, allen den Zutritt zu allen Ämtern wünsche usw., fragte ein Zwischenrufer: „Auch für die Sozialdemokraten?“ Herr Rosbach erwiderte ihm wörtlich: „Ein Sozialdemokrat eignet sich, wenn er gesinnungstreu ist, nicht zum Beamten.“ Um den Sozialdemokraten die Vaterlandsliebe abzusprechen, sagte er „Vater-land“ gleich „bürgerliche Gesellschaft“. W-ebel habe doch, fügte er auf einen Zwischenruf erläuternd hinzu, offen erklärt, daß er ein Todfeind dieser Gesellschaft sein wolle. In Probationen der Sozialdemokratie leitete Herr Rosbach fast noch mehr als Herr Cassel, und leider taten auch ihm einige unserer Genossen den Ge-fallen, sich durch seine Angriffe außer Fassung bringen zu lassen. Zu heftigen Unterbrechungen kam es, als er die in einem sozial-demokratischen Flugblatt enthaltene Angabe, daß bei der Finanz-reform Zwösfünfte bereit gewesen seien, für 400 Millionen Mark indirekte Steuern zu bewilligen, eine direkte Unwahrheit nannte. Als er noch behauptete, die Sozialdemokratie dränge die den Wahlen fern gebliebenen Arbeiter aus ihren Arbeitsstellen, entstand ein so andauernder Lärm, daß die Versammlung vertagt wurde, bis die Erregung sich gelegt und mehrere unserer Genossen den Saal verlassen hatten.

Den Referaten eine Diskussion folgen zu lassen, dazu werde man wohl keine Lust mehr haben, meinte der Vorsitzende Herr Rosenow. Die Liberalen lehnten dann ab, in eine Diskussion ein-zutreten. Die Hochrufe auf den liberalen Kandidaten, mit denen die Versammlung schloß, wurde beantwortet mit Hochrufen auf den Kandidaten der Sozialdemokratie, Genossen Wil-helm Pfannkuch.

Glauben die Liberalen im Ernst, daß — der Vorsitzende hatte das in seiner Begrüßungsansprache hervorgehoben — bei den dies-maligen Reichstagswahlen sich der Volkswille für den Liberalismus erklären werde? Der Volkswille wird sich für die Sozial-demokratie erklären — das muß das Ergebnis dieser Wahlen, wie andernwärts, so auch im dritten Reichstagswahl-kreis Berlins sein! Dazu bedarf es aber noch sehr angestrengter Agitationsarbeit.

Durch sie können unsere Genossen sich nützlicher betätigen als durch den Besuch gegnerischer Versammlungen, in denen sie sich provozieren lassen und ohnungslos nur dazu dienen, die langsam kappernden Röhren der Führer des Liberalismus wieder ein bißchen in Gang zu bringen. Der Zentralvorstand des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins hat schon vor Wochen den Wunsch ausgesprochen, daß die Genossen den gegnerischen Versammlungen überhaupt fern bleiben, und das ist auch im „Vordwärts“ bekanntgegeben worden. Was empfehlen es nochmals zur Beachtung.

Das böse Gewissen der Nationalpolen.

Das Wahlkomitee der Nationalpolen fordert in dem Blatte „Niemi-Dezinski“ die Polen auf, nicht in die von den Sozial-demokraten veranstalteten Versammlungen zu gehen. Die Ver-treter der Nationalpolen wissen, was sie auf dem Kirchhof haben und fürchten, daß in den sozialdemokratischen Versammlungen ihre Volkserwählter aufgefodert wird. Bei der Wahl 1907 erklärten sie, daß sie für keine weitere Belastung des armen Volkes durch in-direkte Steuern zugunsten einer kapitalistischen Regierung zu haben sein würden. Bei der Reichstagsreform haben sie jedoch gerade entgegengesetzt gehandelt.

Die polnische Reichstagsfraktion war von jeher fanatische An-hängerin der Schutzzölle, der indirekten Steuern und der Liebes-gabenpolitik der Agartier und Zusekbrenner. Diese national-polnischen Vertreter und deren obgenanntes Blatt, welches auch stark in Antisemitismus macht, aber von jüdischen Annoncen lebt, wollen die polnischen Arbeiter als Stimmvieh benutzen. Ihre Poli-tik läuft darauf hinaus, die polnischen Arbeiter in Armut und Unterdrückung zu erhalten.

Am Sonntag, den 31. Dezember, nachmittags 2 Uhr, findet in den „Andreas-Festhallen“, Andreasstr. 21, eine polnische Wähler-versammlung statt, in der mit den polnischen Volksvertretern gründ-lich abgerechnet werden soll. Genosse J. Winickiewicz-Kattowiy hat das Referat übernommen.

Su einer wichtigen Demonstration

gestaltete sich die am Donnerstag für Charlottenburg und Spandan einberufene Gewerkschaftsversammlung im Spandauer Vod. Obgleich der Saal weit abwärts beider Städte liegt, strömten die Arbeiter in dichten Scharen heran. Wohl an 2500 Männer und Frauen füllten den geräumigen Saal. Nachdem die Liebertafel Charlottenburg zwei Arbeitergesänge zum Vortrag gebracht hatte, ergriß Genosse Dr. Karl Diebl nicht das Wort, um über: „Die Aufregung der Gegenwart“ zu sprechen. Sonderbar scheint das Thema gewählt in einer Stunde, da uns noch die Friedensfeier des Weihnachtstages in den Ohren klingen. Der Menschheit zum Wohlgefallen soll das Christentum verbannt sein — aber es hat seine Versprechungen nicht erfüllt. Wenn heute das Lied vom Frieden auf Erden ertönt, dann klingen es wie ein Hohn. Mir-gends herrscht der Friede. Keine Zeit kann aufregender sein als die unsere. In Asien, in Afrika ballt der Kriegslärm wieder, in Europa werden von Tag zu Tag die Kriegsrüstungen ge-steigert. Kann man da von einem Frieden reden, ohne der Wahr-heit ins Gesicht zu schlagen? Wer ruft diese Aufregungen herbor? Es ist der Kapitalismus. In ihm spalten sich die Interessen. Der Großgrundbesitzer, der durch Zölle die Lebenshaltung der Arbeiter immer mehr verteuert, zwingt dadurch die Arbeiterschaft, in der Industrie auf höhere Löhne zu dringen. Das paßt aber den Herren Industriekritiken nicht, darum können sie sich mit der großartigen Zolpolitik nicht befunden. Wohl sind die Arbeitslöhne gestiegen — aber die Kaufkraft des Geldes hat sich vermindert; die Steuern werden immer höher, die Preise für Lebensmittel (schon immer mehr an. Zwischen dem Proletariat und dem Großkapital steht der Mittelstand, der sich bald dem Proletariat, bald der Reaktion an-schließt. In Wahrheit gehört der Mittelstand zum Proletariat, denn die größte Schädigung erwischt ihm aus dem Druck des Kapitalismus. Unsere Ritter und Velligen, die Stützen von Thron und Altar, haben ihren Hauptstützpunkt in dem preussischen Drei-lassenwahlrecht. Wer viel Geld hat, hat auch Rechte.

Wie kann das Volk sich wehren? Dadurch, daß es sich ver-gegenwärtigt, mit welcher Schamlosigkeit, mit welcher Brutalität ihm die Regierung entgegenritt. Der alte Reichstag war ein Par-lament nach dem Willen der Herrschenden. Den Höhepunkt der vorkapitalistischen Gezele bildete die Reichsfinanzreform. Als der konservative Kandidat des Kreises Spandau-Chiyowelland, Ober-bürgermeister Vohberg, dieser Tage um seine Stellung zur Finanz-reform befragt wurde, erklärte er: „Die Reichsfinanzreform gehört der Vergangenheit an.“ Wein, die Finanzreform ist nicht vergessen worden, kann nicht vergessen werden. Wenn der kleine Mann, der Arbeiter, der Handwerker, der Beamte, in sein leeres Portemonnaie sieht, dann wird er sich sagen: Am 12. Januar werde ich den Volks-plünderern heimzahlen, daß ihnen Dären und Schen vergeht. (Stürmischer Beifall.) Was die Fortschrittlichen betrifft, so sind sie unermessbar Antonsisten. Sie waren bereit, vier Fünftel der Lasten dem Volke aufzubürden, sie sind also auch nur um ein Fünftel besser als die schwarz-blau Gesellschaft. (Heiterkeit und Beifall.) Sie haben sich bisher als unzuverlässig erwiesen und werden sich wohl auch in Zukunft nicht ändern. Der neue Reichstag aber

braucht Männer, die unentgeltlich für das Volk eintreten. Es gilt vor allem, die Volkswirtschaft zu erweitern, die geplanten Attentate auf das Konstitutionsrecht der Arbeiterklasse zu vereiteln, dem Volke billigeres Brot zu schaffen, den kleinen Beamten vor dem Terrorismus zu schützen. Nur die Sozialdemokratie wird das Volk weiterbringen auf dem Boden der Gleichheit und Wohlfahrt. Es geht uns ganz, hat der Junfer v. Hedenbrand jüngst gesagt. Diesen Schlußsatz wollen wir Sozialdemokraten aufnehmen. Ein Volksgericht, eine Völkerversammlung muß der 12. Januar werden, eine deutliche Dokumentierung des Volkswillens. Drauf und dron, Männer und Frauen! Sie haben die Klinge in der Hand, mögen Sie die Klinge gut führen.

Als Genosse Liebnacht endete, brauste ein minutenlanges Beifallsturm durch den Saal. Ja, wir wollen die Klinge gut führen, las man auf allen Gesichtern. Unter stürmischem Hoch auf die Sozialdemokratie sowie auf den Genossen Liebnacht wurde die Versammlung geschlossen.

Neuendorf 6. Teupitz. Am 2. Weihnachtsfeiertag sollte auf dem Grundstück des Herrn Tischlermeisters Lehmann eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel stattfinden. Da der Besuch ein sehr guter und die Witterung recht ungünstig war, kühlte sich der Gastwirt Böring veranlaßt, den Versammelten sein Lokal zu empfehlen. Im Saale hielt der Referent, Genosse Käfer, unter lebhaftem Beifall der Anwesenden Abrechnung mit den bürgerlichen Parteien. In der Diskussion sprachen Genosse Horbke-M. Veeren und Genossin Widert-Schönberg im Sinne des Referenten. Am Schluß der impetuos verlaufenden Versammlung forderte Genosse Jakubasch zum Beitritt in die Organisation und zum Abonnement auf die Arbeiterpresse auf.

Adlerhof. In einer impetuos Volksversammlung, wie sie Adlerhof wohl noch niemals gesehen hat, sprach der Kandidat des Kreises, Gen. Zubeil. In seinem fast zweistündigen Referat legte er die Schäden und Sünden des vergangenen Reichstages bloß. Die Rede fand stürmische Zustimmung, Diskussion fand nicht statt. Gen. Adolt forderte zum Schluß zur kräftigen Mitarbeit auf. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die impetuos Versammlung.

Aus der Partei.

Aufruf des Internationalen Sozialistischen Bureaus.

In der russischen Parteipresse wird der folgende Aufruf des I. S. B. veröffentlicht:

An die Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Bureaus,
An die Sekretäre der sozialistischen Parteien,
An die Sekretäre der Interparlamentarischen Kommission.

Am 5. Dezember 1907 begann in Petersburg der Prozeß gegen die Parlamentsfraktion der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands.

Auf die Anklagebank waren 37 Abgeordnete der zweiten Duma und 15 andere Personen gesetzt worden.

Die Abgeordneten wurden zu einigen Jahren Zwangsarbeit oder zur lebenslänglichen Deportation nach Sibirien verurteilt.

Dieses Urteil wurde hinter geschlossenen Türen gefällt.

Indes haben die Verhandlungen in der Duma vor kurzem aufgedeckt, daß unsere Genossen den Machinationen der russischen Geheimpolizei, der berüchtigten „Ohrana“ zum Opfer gefallen sind. Nicht genug damit. Ein Teilnehmer dieser Polizeioffensive hat W. W. W. eingekerkert, daß er im Verein mit anderen Agenten der Polizei die Dokumente angefertigt hat, die bei der Verurteilung unserer Freunde eine entscheidende Rolle gespielt haben.

Seitdem dieses ungeheuerliche Urteil gefällt worden ist, haben die Proteste dagegen nicht aufgehört; diese Proteste sind aber ohne Erfolg geblieben.

Gegenwärtig erscheint uns der Augenblick geeignet, diese Proteste nicht nur zu erneuern und zu verstärken, sondern auch eine energische Kampagne zugunsten der Revision des Prozesses und der Einsetzung der unschuldig verurteilten Leute in ihre Rechte einzuleiten.

Alle Mittel müssen zum Erfolg der Bewegung ausgenutzt werden. Veranlaßt Volksversammlungen. Bringt Petitionen in Umlauf. Veröffentlichung von Petitionstexten in den Zeitungen. Sucht bei den Mitgliedern aller Parlamente das Interesse für ihre Kollegen aus der zweiten Duma wahrzunehmen.

Die russische Sektion verspricht uns, genauere Angaben über den Prozeß und die Aufhebung der wirksamen Verurteilung zu liefern. Diese Angaben werden wir Euch unverzüglich übermitteln. Die französische Sektion und die französische Parlamentariergruppe haben bereits beschlossen, eine energische Kampagne einzuleiten. Wir hoffen, daß Ihr diesem Beispiel folgen werdet.

142 sozialdemokratische Gemeinderäte!

Das ist das Gesamtergebnis der diesjährigen Ergänzungswahlen zum Gemeinderat in Württemberg. Vielleicht kommen aus den letzten Dezembertagen in kleinen Gemeinden noch einige Gewinne hinzu. Vor zwei Jahren (bekanntlich wird in den württembergischen Gemeinden der Gemeinderat alle zwei Jahre zu einem Drittel neu gewählt) hatten wir im ganzen 110 Mandate davongetragen, davon 82 neuer Gewinn, 28 alter Besitzstand. Die diesjährige Gewinne war also viel reichlicher. Sie wiegt auch schwerer, weil eine große Zahl bedeutender Gemeinden nunmehr ständige sozialdemokratische Fraktionen bekommen haben und in verschiedenen Gemeinden sogar sozialdemokratische Mehrheiten erzielt wurden. So sitzen jetzt in der großen Arbeitergemeinde Birkfeld bei Forstheim im Gemeinderat und Bürgerausschuß zusammen 18 Sozialdemokraten und vier bürgerliche Vertreter. Ähnliche vier Gemeinderäte, die hier zu vergeben waren, wurden erobert und ebenso drangen unsere Parteigenossen bei der Bürgerausschuwahl, die durch die Wahl mehrerer Bürgerausschuwahlmitglieder in den Gemeinderat notwendig geworden war, mit ihrer Liste vollständig durch. Auch in mehreren anderen Arbeitergemeinden ergaben sich erstmals sichere sozialdemokratische Mehrheiten. In Feuerbach, dem großen Stuttgarter Vorort, fielen uns von den zehn zu vergebenen Mandaten durch den Proporz sechs zu, die sämtlich neuen Gewinn darstellen, da kein Sozialdemokrat ausgeschieden war. Mit der diesjährigen Wahl hat sich unser Besitzstand um 100 Rathmannse vergrößert. In vielen Gemeinden hat der erste Sozialdemokrat seinen Einzug in die Verwaltung. Mögen diese Erfolge von guter Vorbedeutung für die Reichstagswahlen sein!

Jugendbewegung.

Die freie Jugendbewegung und der preussische Lehrertag.

Zu interessanten Auseinandersetzungen über die sozialdemokratische Jugendbewegung kam es auf dem 6. Preussischen Lehrertage, der am Donnerstag in Ammerkeim von 1800 Lehrern in Hannover abgehalten wurde. Im Mittelpunkt der Verhandlungen, zu denen diesmal zum erstenmal auch der preussische Kultusminister einen Vertreter entsandt hatte — bisher pflegte die Unterrichtsverwaltung die Lehrertage ebenso zu ignorieren, wie das Reichsamt des Innern die Zusammenkünfte der Gewerkschaften — stand ein Vortrag des Rectors Peters über die Jugendpflege. Bekanntlich haben die Erfolge der sozialdemokratischen Jugendbewegung die bürgerlichen Kreise aller Schattierungen auf den Plan gerufen und Gründungen der merkwürdigsten Art geschaffen wie Pilze aus dem Boden. Nunmehr haben diese Gründungen mit ihrem vielfach stark militärischen Einschlag — es sei nur an die Jugendwehren erinnert — die Aufmerksamkeit der Lehrerschaft auf sich gelenkt. Alle diese neuen Organisationen, so unferlig und lausig sie sonst sein mögen, haben das eine gemeinsam, daß ihre Tendenz sich ausgesprochen gegen die Sozialdemokratie richtet. Ohne diese

Tendenz hätten sie jede Existenzberechtigung verloren. Hierauf knüpfte das nach wärtigen Richtungen hin recht beachtenswerte Referat des Rectors Peters an, der sich natürlich mit der durch sein Amt gebotenen Reserve, aber doch mit einer gewissen Bestimmtheit gegen die Absicht wandte, die Jugendpflege als ein Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie zu benutzen. Ja, er versetzte sich zu dem für einen preussischen Rector immerhin mutigen Satze, daß es für einen jungen Mann besser sei, er gehöre einem sozialdemokratischen Jugendverein an, als gar keinem. Damit der Rector aber keineswegs gesagt haben wollte und was auch niemand von ihm verlangen wird, daß damit eine Anerkennung der sozialdemokratischen Ziele ausgesprochen sein soll.

Diese an sich durchaus vernünftigen Ausführungen stießen aber in der Versammlung auf lebhaften Widerspruch. Zum Vorkämpfer der Opposition machte sich der Rixdorfer Lehrer Konrad Agard, der sich durch gute Schriften für einen weitgehenden Kinderzuschuß und durch sein mannhaftes Auftreten gelegentlich der Erledigung des Kinderzuschusses dieser auch in sozialdemokratischen Kreisen einen guten Namen zu machen verstanden hatte. Hier zeigte er sich von einer ganz anderen Seite und tat höchst entrüstet über den Rectorschen Satz, daß die jungen Leute in sozialdemokratischen Jugendvereinen besser aufgehoben seien, als daß sie auf der Straße herumlaufen und verkommen. In einer höchst verworrenen Rede suchte Herr Agard nachzuweisen, daß damit die Jugendpflege auf das politische Gebiet geschoben würde, wofür er von Herrn Peters die Abfertigung einforderte, daß gerade derjenige, dem die Jugendvereine von Anfang an weiter nichts sind als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie, sie zu politischen Instrumenten macht.

Der Magdeburger Lehrer Stark nahm sich die Pfadfindervereine, die Jugendwehren und die famose Gründung des Freireichs v. d. Goltz „Jungdeutschland“ aufs Korn. Er versprach sich von diesen meist von militärischen Kreisen begünstigten Veranstaltungen nicht nur nichts, sondern er meinte sogar, daß sie Schaden stifteten und anderen nützlichen und notwendigen Vereinen auf pädagogischem Boden das Wasser abgraben. Herr Stark war dann objektiv genug anzuerkennen, was die Arbeiterturnvereine und ihre Jugendabteilungen für die Heranzüchtung eines kräftigen Nachwuchses leisten und auch er zog die Jugendrichtigkeit eines jungen Mannes zu einem sozialdemokratischen Jugendverein der Bummellei und der Sumpfperei vor. Er beklagte die in bürgerlichen Kreisen und bei zahlreichen städtischen Verwaltungen noch vorhandene Interesslosigkeit an einer durchgreifenden Jugendpflege und hob als vorbildlich die weitgehende Unterstützung hervor, die die sozialdemokratische Partei ihrer Jugendbewegung zuteil werden läßt.

Als ein „schlauer Politiker“ entpuppte sich ein Lehrer Noebel aus Wehmer. Er sprach in seiner kurzen Rede immer und immer wieder von den „Rückwärtigen“, die die Lehrer auf die sie umgebenden Strömungen und Richtungen nehmen müßten und er will mit der Ablehnung jeder Anerkennung sozialdemokratischer Erziehungsbestrebungen den Gegnern des preussischen Lehrervereins — offenbar meint er damit den vom Bunde der Landwirte ausgehaltenen Neuen Preussischen Lehrerverein — die Waffe aus der Hand nehmen, der Preussische Lehrerverein sei antikirchlich, antireligiös oder gar antimonarchisch. Daher sein ein im schönsten Kriegervereinstil abgelegtes Veremnis: „Wir stehen auf dem Boden des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und daher wollen wir uns das Unkraut nicht erst großziehen, um es nachträglich ausjäten zu müssen“.

Ein Lehrer Sauerbrech aus Celle, Mitglied der Militärkommission seines Bezirks, verlangte die Unterstützung der Jugendpflege in jeder Form, auch wenn sie aus militärischen Kreisen komme. Er fand damit jedoch nur wenig Gegenliebe. Herrn Agard übertrug der Lehrer Schüttler aus Hannover. Seine Ausführungen waren jedoch durch Sachkenntnis in keiner Weise getrübt, denn nur völlige Unkenntnis der Materie kann zu der Behauptung führen, daß in sozialdemokratischen Jugendvereinen von Jugendpflege nichts zu finden sei. Aber auch den sozialdemokratischen Jugendvereinen suchte Herr Schüttler eins anzuhängen und so behauptete er frisch und led, es gebe in ihnen noch zu Beweise; ein paar junge Leute, die zuerst seinem Jugendverein angehört haben und vorübergehend einem sozialdemokratischen Jugendverein beitreten, hätten ihm erklärt, es gebe ihnen dort zu hoch zu. Mit Recht meinte Rector Peters in seinem Schlußwort, daß man sich auf das Urteil von ein paar ungründlichen Schülern nicht verlassen dürfe. In den christlichen Vereinen werde es auch nicht allen jungen Leuten gefallen.

Damit schloß die Aussprache und eine Reihe Peterscher Thesen fanden einstimmige Zustimmung, die erklären, daß die Notwendigkeit erhöhter Jugendpflege sich allein aus den veränderten sozialen Verhältnissen der schulentlassenen Jugend, nicht aber aus irgendwelchen parteipolitischen Rücksichten ergibt. Ein Zusatzantrag Voer-Wagdeburg: „Die Jugendpflege muß darum frei bleiben von jeder einseitigen Tendenz“ fand gleichfalls Annahme.

Soziales.

Die Entlassung wegen Heiratsabsicht.

Ein merkwürdiges Ansinnen stellte ein Prinzipal an seine Filialleiterin, wie sich aus einer Verhandlung vor der 8. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts ergab. Als sie wegen Verletzung den Dienstvertrag lösen wollte, verlangte der Chef, sie solle sich ärztlich untersuchen lassen. Sollte die ärztliche Untersuchung ergeben, daß sie etwa in anderen Umständen sei, so könne sie sich als sofort entlassen betrachten. Vor Gericht betonte der Arbeitgeber, sein Verdacht, daß es sich um eine „Ruhheits“ handele, stütze sich darauf, daß die Klägerin in dem von ihr bewohnten Zimmer, das zur Filiale gehörte, vielfach Herrenbesuche empfing und als eine Dame mit leichter Moral in der Gegend geschickert wurde. Eine Angestellte, die wegen der Folgen dieses lieberlichen Lebenswandels das Geschäft verlassen und heiraten müsse, könne er nach seiner Ansicht sofort entlassen. In der Verhandlung gab die Klägerin zu, in anderen Umständen zu sein, es wurde aber gleichzeitig festgestellt, daß der Beklagte von der leichteren Veranlagung der Filialleiterin seit langem wußte.

Das Gericht hielt nach dem Ergebnis der Verhandlung die sofortige Entlassung der Klägerin für unbegründet. Der Prinzipal habe schon längere Zeit gewußt, daß es im Geschäft toll hergehe und dennoch die Klägerin behalten. Daher genüge im vorliegenden Falle auch die Schwangerschaft nicht zur Entlassung. Der vom Beklagten der Klägerin zugesicherte Eid, daß sich der Jungverlobte nicht in den Geschäftsräumen abspielt habe, sei darum auch unerheblich.

Was wird bei Abgang eines Gehilfen aus dem noch anstehenden Vorkauf?

Wegen dieser Frage entziehen zwischen Chef und Angestellten häufig Streitigkeiten, insbesondere, wenn ratenweise Tilgung des Vorkaufes vereinbart worden war. Der Angestellte will meist in der oft gemachten Weise weiter abzahlen, der Prinzipal dagegen, der die Unmöglichkeit der Eintreibung der Restforderung fürchtet, hält mit dem Aufheben des Gehilfen die ganze Restsumme für fällig und will sich auf weitere ratenweise Tilgung nicht einlassen. Die Gerichte haben sich aus des öfteren der letzteren Auffassung angeschlossen, indem sie die ratenweise Tilgung mit dem Austritt für aufgehoben erklärten. In einem vor der 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts verhandelten Fall nahm jedoch die Kammer mit Recht einen anderen Standpunkt ein. Auch hier hatte der Chef seinem Reisenden ein Darlehn gegeben und sich Tilgung in bestimmten monatlichen Raten ausbedungen. Als das Dienstverhältnis gelöst wurde, stand noch ein größerer Betrag des Darlehens an, den der Reisende auch nach Austritt in monatlichen Raten tilgen wollte. Der Chef zog jedoch den ganzen Betrag vom Gehalt ab.

Das Kaufmannsgericht entschied, daß der Beklagte zum Abzug der ganzen Restsumme des Darlehens nicht berechtigt war. Ein Vorkauf oder Darlehn, dessen Tilgung ratenweise erfolgen sollte, kann nicht gegen den Willen des Darlehensnehmers beim Austritt in voller Höhe abgezogen werden. Durch das Aufheben eines Gehilfen aus dem Betriebe des Unternehmers werden die Amortisationsbedingungen nicht geändert.

Aus Industrie und Handel.

123,8 Millionen Steuerpflicht.

Die Reichsbank ist kurz vor dem Jahreswechsel, wie zu erwarten war, recht kräftig in Anspruch genommen worden. Nach dem Ausweis per 23. Dezember ist der Gesamtstatus um 148 Millionen günstiger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Steuerpflicht, die noch am 15. Dezember 4 Millionen Mark betrug, ist auf 123,8 Millionen Mark gestiegen. Besonders stark ist natürlich das Wechselkonto in Anspruch genommen worden. Hieran tragen neben den natürlichen Erfordernissen zum Jahresultimo der höhere Privatdiskont und der erhöhte Diskont der Sächsischen Bank die Schuld.

Lantienep, Dividenden and Löhne!

Das harmonische Verhältnis zwischen den „Löhnen“ der Aufsichtsräte, dem Verdienste der Aktionäre und dem Einkommen der Arbeiter illustrieren folgende Beispiele. Es betrug für das Jahr 1907/08:

Gesellschaft	Dividende Proz.	Lantienep pro Aufsichtsrat	Jahresdurchschnittslohn pro Arbeiter
Gußstahlwerk Witten	20	13 112 M.	1 282 M.
Locomotivfabrik Krauss u. Co., München	13	18 228	1 252
Vogauer Verein	16 1/2	21 520	1 478
Rheinische Stahlwerke	15	9 875	1 587
Wismarschütte D.-Schl.	25	26 214	1 109

Also jeder Aufsichtsrat bekommt für ein paar Sitzungen im Jahre gerade soviel Feinlohn als 6—25 Arbeiter an Lohn für ein ganzes Jahr angestrengtester Tätigkeit erhalten. Und jeder Aufsichtsrat kann die schwere Nebenbeschäftigung in einem oder mehreren Duzend Gesellschaften ausüben.

Aus der Frauenbewegung.

Bürgerlicher Friesang.

Eine Frage von weltanschaulicher Bedeutung beschäftigt wieder einmal die bürgerliche Frauenbewegung, man fragt sich, ob und wie die Frau zum „Soldatenspielen“ herangezogen ist. Wohl vorhanden, in der Zeit der Teuerung, in der Zeit der Hungerröt, in einer Zeit, wo Fragen von weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Bedeutung die gesamten Nationen durchzittert und bewegt, in einer Zeit, wo wir nicht vor den außerordentlich wichtigen Reichstagswahlen stehen, haben die bürgerlichen militärischen Damen keine anderen Schwärmer, als ihre „loftbare“ Zeit mit der Beratung und Erwägung totzuschlagen, wie man die Frau zum Kriegsspiel und blutigen Massenmord heranziehen könnte.

Wir sehen, wie gesagt, nicht vor den Reichstagswahlen. Der Gedanke und das Bewußtsein, daß die Frau in diesem gewaltigen Kampfe nur eine untergeordnete Rolle spielen, nur passiv mitwirken kann, mühe jede erwachsene, ernst und klar denkende Frau mit Scham und Empörung erfüllen, daß sie gar keine Zeit hätte, sich mit Friesangereien obengenannter Art zu befassen. Die Tatsache, daß die Frau im zwanzigsten Jahrhundert, wo Wissenschaft und Technik Wunderwerke des Geistes und des Gewerbes schaffen, nicht zum mindesten unter Mitwirkung und Beihilfe der Frau, diese selbe Frau noch unter die Unmündigen, unter Blöden und Kinder eingereiht wird, ist ein Schandfleck unserer vielgepriesenen Kultur. Die bürgerlichen Frauen sind sich der Lächerlichkeit ihres Tuns und Treibens vermutlich gar nicht bewußt. Genau wie der Spielbürger, der jederzeit die Forderung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung aller Geschlechter mit der stereotypen Phrase abtut: Solange die Frau nicht die Plinie auf die Schulter nimmt und mit in den Krieg zieht, hat sie auch keinen Anspruch auf gleiche Rechte. Die Erfahrung hat gelehrt, daß es vergeblich ist, solchen wunderlichen und verbotenen Klängen zeitgemäße Ansichten beibringen zu wollen. Viel eher könnte man erwarten, daß die Frauen aus der bürgerlichen Welt selbst das beschämende ihrer Rechlosigkeit einsehen würden. Aber sie tragen nun einmal die Binde bourgeois Vorurteils, die sie vor den Augen, so daß es ihnen unmöglich ist, die grandiosen gewaltigen Erschütterungen und Umwälzungen, die sich im Schoße der menschlichen Gesellschaft vollziehen, beobachten können.

Ein Jahr oder auch zwei eventuell soll die Frau ausgebildet werden im Kriegsdienst! Natürlich nicht als Richtschonier oder als Kavallerist, nicht mit Gewehr und Säbel, etwa als moderne Amazone, sondern nur zur Heilung und Linderung der grauenhaften Wunden, welche die heutige raffiniert und heimtückisch ersonnene Norddeutsche in einem kommenden Kriege schlagen wird.

Kriegsdienst soll die Frau leisten, als ob sie nicht heute schon im Kriege stände und Kriegsdienst ausübte! Steht nicht heute schon ein organisiertes, geschultes und untermühtliches Frauenheer im Kriege gegen Noheit und Unkultur, gegen Rückschritt und Entredung? Kämpfen nicht heute schon viele Tausende von Frauen an der Seite ihrer männlichen Genossen einen erbitterten Kampf gegen den verheerenden Kapitalismus mit seinen erschreckenden Begleiterscheinungen? Sind nicht viele Frauen in der Armen- und Waisenfürsorge tätig, wo sie einen segensreichen Krieg entfalten gegen physische, sittliche und wirtschaftliche Verfall und Entartung? Ist nicht der größte Teil aller Frauen gezwungen, einen erbitterten Kampf zu führen gegen Arbeitslosigkeit, Tuberkulose und andere unheimliche Mächte?

Den Frauen, die den ethischen Willen und den Mut haben, den Kampf gegen die Feinde des Volkes, gegen die Feinde der Kultur und des Fortschritts zu führen, bieten sich in der heuligen Zeit der Kampfobjekte in Hülle und Fülle. Vor allem unsere Steuer- und Zollpolitik, die Schäden der Heim- und Ainderarbeit, die Gesindordnung und das Klassenverhältnis in den einzelnen Körperschaften, sie sind schon des Einsehens aller Kräfte wert.

Brauchen die „latendürftigen“ Damen gerade auf eine Völkerschächterelei zu warten, um ihre „wertvollen“ Kräfte einsetzen zu können? Bietet nicht unsere Industrie und Landwirtschaft alljährlich ein grauenvolles Schlachtfeld dar? Steht nicht der gepanzerte Koloss Militarismus in seiner ganzen Größe und Jurdarbarkeit vor uns, verhängt er nicht in einem Jahre allein 1900 bis 1700 Millionen Mark, die fast ausschließlich aus den Erträgen der indirekten Steuern und Zölle bestritten werden? Zwingt er nicht alljährlich die Säbne des Volkes auf Jahre hinaus in die Kaserne zu unfruchtbarem sinnverlorenem Dasein, liefert sie der Noheit und Willkür brutaler Vorgesetzten aus? Steht nicht der waffenstrotzende Militarismus eine ständige Gefahr für den Völkerrfrieden dar?

Nicht zum Dienst im Kriege, sondern im Dienst gegen den Krieg wollen wir die Frauen ausbilden. Nicht Wunden heilen, sondern Wunden verhüten soll die Frau, sollen und wollen wir alle.

Deshalb rufen wir die Frauen und Arbeiterinnen auf zum Kriege gegen die herrschende Gesellschaft, zum Kampf gegen den Kapitalismus, von dem der Militarismus eine Teilercheinung ist.
Am 4. Januar finden zahlreiche Frauen-Versammlungen statt und ist den entrechteten Staatsbürgerinnen Gelegenheit gegeben, ihre Stimme laut und nachdrücklich zu erheben gegen das Kriegsgeheul der bürgerlichen Sippe. Darum auf zur Agitation für die Frauen-Versammlungen, auf zum frischen frühlichen Reichstagswahlkampf!

Stillsprämien für unbemittelte Mütter.

Die Stadtverwaltung in Mannheim beschloß die Einführung von Stillsprämien für unbemittelte Mütter. Die Ausmessung der Prämien erfolgt nach der Bedürftigkeit. Insbesondere ist dabei die Kinderzahl der Familie mit ausschlaggebend. Für das Jahr 1912 sind dafür 20 000 M. vorgesehen.

Frauen in der Gemeindeverwaltung.

Nach dem Ausgange der Neuwahlen zu den Kollegien der Stadtverordneten und Stadträte in Mannheim wurden nunmehr auch in die Arbeitskommissionen der Gemeindeverwaltung eine Anzahl Frauen und unter diesen mehrere Genossinnen gewählt. Die Befehung der Kommissionen mit Frauen geschah nach paritätischen Grundätzen hinsichtlich der Parteizugehörigkeit. So eine Genossin ist gewählt in die Kommission für das städtische Arbeitsamt, in die Armenkommission, die Krankenhauuskommission, die Schulkommission und in die Kommission zur Verteilung von Frühstück und Essen für bedürftige Schulkinder, sowie unentgeltlicher Abgabe von Schulutensilien.

Die Wahl weiterer Genossinnen für Kommissionen, die später zu wählen sind, steht noch in Aussicht. Das Recht der Mitarbeit der Frau an kommunalpolitischen Aufgaben ist in Mannheim insoweit anerkannt worden, als nicht gesetzliche Hemmnisse bestehen. Gegenüber dem bisherigen Zustand ist das ein anerkannter Fortschritt, der um so höher zu bewerten ist, als jetzt für Mannheim die Gleichberechtigung der proletarischen Frau neben der bürgerlichen anerkannt ist.

**Aus aller Welt.
Flucht des Hauptmanns Luz.**

Aus der Festung Glatz ist in der Nacht vom 27. zum 28. Dezember der wegen Spionage zu sechs Jahren Festungshaft verurteilte französische Hauptmann Luz entwichen. Der Entflohenen hat einen Eisenstab des Jellenfensters durchgefeilt und sich an zusammengebundenen Stricken an der glatten Festungsmauer aus beträchtlicher Höhe auf die Frankenstein-Strasse herabgelassen. Luz hat die Festung in fremder Kleidung verlassen; seine eigene Kleidung wurde nach Entdeckung der Flucht in seiner Zelle gefunden. Es ist bisher noch nicht festgestellt worden, wie der Entflohenen zu der Kleidung und den Ausbruchswerkzeugen gekommen ist. Die mit Polizeihunden verfolgte Spur des entflohenen Spions führt nach dem Hauptbahnhof, man vermutet daher, daß es Luz gelungen ist, mit einem Zuge nach Oesterreich zu entkommen.

Hauptmann Luz war früher Leiter eines Nachrichtenbureaus in Belfort. Er wurde wegen Spionage verhaftet und am 30. Juni d. J. vom Reichsgericht abgeurteilt, weil er versucht hatte, durch dritte militärische Geheimnisse anzukundschaften.

Schwere Schiffsunfälle.

Die Stürme der letzten Tage haben auf der See zu verschiedenen schweren Unfällen geführt. Im Golf von Biscaya erlitt der englische Dampfer „Hughendon“ Schiffbruch. Die gesamte Besatzung in Stärke von 28 Mann ertrank mit Ausnahme von zwei Matrosen, die sich auf Schiffstrümmern retteten und später aufgefunden wurden. — An der Küste von Kleinasien ist der englische Dampfer „Argo“ gestrandet. Das Schiff ist verloren. Bisher konnten sechs Mann der Besatzung gerettet werden, man hofft jedoch, auch die übrigen Mannschaften vom Schiffe zu bringen. — In der Nähe von Norfolk (Virginia) ist der amerikanische Torpedobootszerstörer „Warrington“ mit einem Schoner zusammengestoßen und dabei stark beschädigt worden. Mehrere Mann der Besatzung wurden verletzt.

Eine Stoffkiste.
Der Magistrat des Hergstädtchens Eulrich hat eine Stoffkiste beschreiben lassen. Die Stoffkiste ist ein unzerstörbares Möbelstück, das in unserem Geschäftszimmer eingesehen werden kann. Jährliche Vergütung 270 M. Nur Ordnungsliebende, fleißige und zuverlässige Bewerber wollen ihre Gesuche umgehend an die unterzeichnete Behörde (Magistrat) einreichen. Bei einer so reichlichen Dotierung der Stelle ist es verständlich, daß der wohlwollende Magistrat nicht dem ersten Besten das Amt anvertraut.

Kleine Notizen.

Für die Reichsverbandsmappe. Wie die „Hogaer Rig.“ meldet, hat der Gutbesitzer Stegemann als Geschäftsführer des landwirtschaftlichen Konsumvereins Wildeshausen (Oldenburg) 120 000 M. unterschlagen.
Schweres Brandunglück bei einer Weihnachtsfeier. Während einer Weihnachtsfeierlichkeit im Grotowskischen Waisenhaus in Lublin (Oberschlesien) entzündeten sich die Kleider von fünf Waisenkindern. Zwei Kinder wurden getötet, drei erlitten schwere Brandwunden.
Verhaftete Räuber. Wie aus Monte Carlo gemeldet wird, verhaftete die dortige Polizei drei Einbrecher, die am hellen Tage in die Villa einer italienischen Künstlerin namens Fanny Liona eingedrungen waren und noch heftigem Widerstand des Zimmermädchens Schmuckgegenstände und Wertpapiere im Betrage von 500 000 Franc geraubt hatten.
Eine Begnadigung. Wie aus Kapstadt gemeldet wird, wird heute der Bure Fischer alias Piet Ferreira, der zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt worden war, weil er im November 1908 von Deutsch-Südwestafrika aus einen Einfall in den Nordwesten der Kapkolonie unternommen hatte, aus dem Gefängnis entlassen werden. Bisher war erst zum Tode verurteilt worden, das Urteil wurde aber später abgeändert.
Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 31. Dezember, vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Rein Vortrag. — Am 1. Januar 1912: Festvortrag von Fr. J. Altmann: „Jahre kommen, Jahre gehen“. — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Todes-Anzeigen
Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todesanzeige.
Am 27. Dezember verstarb unsere Genossin Frau
Elise Grossek
(Schivelbeinerstr. 6)
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Bethemann-Strichhofes in Nieder-Schönhausen, Nordend, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Am 28. Dezember 1911 verstarb unser langjähriges Mitglied, bzw. Zigarrenarbeiter
Peter Sobolewski
im Alter von 48 Jahren an der Brustkrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. Dezember 1911, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Hedwig-Strichhofes, Reinickendorf-W., Berliner Str., aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
188/16 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Franken- und Sterbekasse der Zimmerer.
(E. H. Nr. 2 Hamburg.)
Filiale Berlin III.
Am 27. Dezember starb unser Mitglied
August Schmidt
Folzgerstr. 47.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. d. Dez., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
253/12 Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein Rixdorf.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, Frau
Hedwig Tepper
Schiller-Promenade 9
verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Sonntag, nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
237/12 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Niederharmin Bezirk Rummelsburg.
Am 27. Dezember verstarb unser Mitglied, der Genosse
Leo Luczak
Kantstr. 49/50 (Bezirk I).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhaus aus nach dem Rummelsburger Gemeindebestrafhof statt.
Rege Beteiligung erwartet
8/17 Die Bezirksleitung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler
(E. H. 3. Hamburg.)
Zahlstelle Lichtenberg.
Den werten Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Glasarbeiter
Leon Luczak
am 27. Dezember verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. Dezember, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus (Rummelsburg, Kantstr. 49/50) aus statt.
184/6 Die Ortsverwaltung.
Für die herzliche Teilnahme und zahlreiche Kranzpenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau
Anna Schulze
sage ich allen Verwandten und Bekannten, sowie dem Gelangerten „Germania“ meinen besten Dank. 18112
Der trauernde Gatte nebst Kindern, Reinickendorf, Humboldtstr. 46.

Am Mittwoch, den 27. Dezember vormittags 10 Uhr, verschied plötzlich und unerwartet am Herzschlag an seiner Arbeitsstätte, inmitten seiner Kollegen, der Schriftsetzer
Oskar Vogel
im 54. Lebensjahre. 22866
Wie werden ihm sein ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Kollegen der Buchdruckerei Arthur Scholtem

Am 27. Dezember verstarb mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater, der Porzellanleger
Heinrich Clasen
im Alter von 72 Jahren.
Witwe Clasen nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kayser-Strichhofes (Reinickendorf-West) aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todesanzeige.
Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin
Helene Müller
am 27. d. M. an Unterleibsleiden gestorben ist. 134/14
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. Dezember, nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Strichhofes, Freienwalder Straße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Bei dem Heimgange meines lieben guten Mannes und Vaters, des Gastwirts **Wilhelm John**, sind uns von allen Seiten überwiegend viele Beweise treuer Freundschaft sowie herrliche Kranzpenden für unseren teuren Entschlafenen zuteil geworden.
Allen herzlichsten, herzlichsten Dank allen lieben Freunden und Bekannten, den werten Stammgästen, dem Verein der Gast- und Schankwirte SO., dem Verein Berliner Restaurateure, dem Verein Rotengold, dem Sparverein, dem Lotteriestub Jehner, sowie dem Regellad „Gneissbau“. 2343b
Witwe **Auguste John** nebst Tochter, Jorfier Straße 10a.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders
Wilhelm Grieger
sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie dem Jubelklub und Gelangerten unsern tiefgefühltesten Dank.
13122
Familie Grieger.

Dankfagung.
Allen Verwandten und Bekannten sowie dem Metallarbeiterverband, dem Sozialdemokratischen Wahlverein (Bez. 10) und dem Zentral-Frankenverband sagen wir hiermit für die Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters unsern herzlichsten Dank.
Frau Anna Weese
nebst Kindern.

Reste
Damentuche schwarz und farbig per Meter von 3 Mark an
Kostüme neueste engl. Muster per Meter von 2 Mark an
Seldenplüsch Vel du Nord 80 cm breit per Meter . . . 4 Mark
Engl. Seal 120 cm breit per Meter . . . 10 Mark
Astrachan 120-130 cm breit per Meter . . . 5 Mark
Samt und Seide etc. etc. zu sehr billigen Preisen.
C. Pelz, Kottbuser Straße 5.

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung elegante Herren-Moden fertig und nach Mass. feinste Verarbeitung.
S. Boltuch
Herrn-Schneidermeister
Frankf. Allee 75, I.
Eleganz, Tüchtigkeit, Str.

Inventur
Keine Zeit verlieren!
Preise, Auswahl Ausführungen werden überraschen!
Westmann
Mohrenstrasse 37a (nahe Jerusalemer Str.)
Grosse Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Sonntag geöffnet 8-10, 12-2
:: Neujahr geöffnet 12-2 ::

A. B. KOCH
Kohlen- und Brikett-Großhandlung
Hauptkontor: Berlin O. 84, Petersburger Straße 1.
Telephon: Amt 7, 3040 und 3090.
Lagerplatz 1: O. 84, Rüdersdorfer Str. 71 (Küstriner Platz, alt. Ostb.).
Lagerplatz 2: O. 17, Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof)
Preise für 1a Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:
pr. Ztr. pr. Ztr.
1a Sentenh. Marienflück Salon 84 Pf. 1a Ilse Salon . . . 1.00 M.
1a Sentenh. Gotthold Salon . 87 Pf. 1a Halbsteine . . . 84 Pf.
1a Diamant Salon . . . 1.00 M. 1a Anthracit Cadé . . . 2.25 M.
(Gos. gesch. p. Ztr. 115-120 Stck.) 1a Hoya-Halbsteine . . . 90 Pf.
Holz, zerkleinert, per Zentner 2.00 M.
Bei Frankolieferung je nach Quantum per Ztr. 5-18 Pf. mehr.
Bruchbriketts, Steinkohlen billigst. Koko zu Anstaltspreisen.
Bei größeren Abschüssen in Originalwaggons verlangen Sie meine Spezialofferte.

Stallungen für circa 70 Pferde mit Boden und 2 Stuben und Küche, alles neu in Stand gesetzt, der sofort zu vermieten.
Bermieter beschäftigt event. täglich 1-2 Gespanne. 2212b
Golzplatz Südstraße 55.

Hüte, Mützen, Schirme, Stöcke
In großer Auswahl.
Concurrenz Bedienung!
Hermann Weiner
Kürschnermeister
Greifswalder Straße 33.
Alle Arten Pelzwaren in reichlicher Auswahl zu den billigsten Preisen.

Franz Pfeifer
Inhaber Oskar Kessler
Berlin O. 112, Frankfurter Allee 139.
Eisenwaren-Handlung
Reichhaltiges Lager in Haus- und Küchengeräten
Werkzeugen □ Bauartikeln und Gartengeräten
□ □ Solinger Stahlwaren. □ □ □

Festsäle Sonnabend im Februar frei.
Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59. Amt 21pl. 10155.
Erfahrener Künstler erteilt nach doppelt überprüfter Methode sehr erfolgreich
Violinunterricht.
Eingelunterricht per Stunde 1.25, 1/2 Stunde 1 M., 2 Schüler zusammen per Stunde 1.50. Näheres unter Dferte: W. 4 Expedition des „Vorwärts“.

Arbeiter finden für ihren Beruf
gute und billige Kleidung in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, Otto Heinicke.

Zu den Massenvergiftungen der Obdachlosen.

51 Verstorbene, 109 Erkrankte.

Die Massenvergiftungen unter den Obdachlosen haben entgegen der Donnerstagabend angenommenen Annahme gestern weitere Opfer an Toten und Erkrankten gefordert. Nach den neuesten amtlichen Feststellungen sind bis Freitag nachmittag 48 Männer gestorben. Eingerechnet sind dabei der 48 Jahre alte Lumpenhändler Gottlieb Mecklenburg aus Szagatten, der Donnerstagabend gegen 7 Uhr im Volkstheater- und Speisehaus in der Brückenstraße 9 am Tische sitzend unter Vergiftungserscheinungen erkrankte und nach kurzer Zeit starb, und die beiden Männer, die in der Scheune von Schulze in Hermsdorf ihren Tod fanden. Nicht mitgezählt ist dagegen der Arbeiter Graner, der, wie mitgeteilt, in der Herberge zu Potsdam, wohin er aus Berlin zugewandert war, erkrankte und auf dem Wege nach dem Krankenhaus starb. Die Männer, die zuletzt noch im Krankenhaus am Friedrichshain starben, gehören alle zu denen, die gleich am ersten Abend erkrankt und in das Krankenhaus gebracht worden waren.

Die Zahl der Erkrankungen ist jetzt nach den amtlichen Ermittlungen auf 103 festgestellt. Eingeschlossen sind dabei sechs Männer, die im städtischen Obdach in der Nacht zum Freitag nach Mitternacht noch erkrankten und nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht wurden. Ferner auch ein unbekannter Mann von etwa 35 bis 40 Jahren, der Donnerstagabend gegen 11 Uhr unter verdächtigen Krankheitserscheinungen vor dem Hause Neue Königstraße 91 aufgefunden wurde, und endlich der 21 Jahre alte Handlungsgeselle Josef Geibe aus Wassen im Kreise Ohlau, der in der vorvergangenen Nacht in einem Fremdenlogis in der Grenadierstraße unter Vergiftungserscheinungen erkrankte. Auch diese beiden liegen im Krankenhaus am Friedrichshain.

Wie uns gestern spät abend noch mitgeteilt wird, sind Freitag nachmittag unter den Obdachlosen weitere Erkrankungen vorgekommen, so daß die Zahl der bisher Erkrankten 109 beträgt; 51 Erkrankungen sind tödlich verlaufen.

Die Namen der Toten und Erkrankten.

Von den Toten wurden von der Kriminalpolizei und Angehörigen außer den bereits gemeldeten Namen noch folgende ermittelt:

- Arbeiter Emil August Krüger, geb. 31. 8. 69 in Weistertwig (Kreis Ohlau), Hausdiener Paul Bruno Gerstewitz, geb. 2. 2. 78 in Breslau. Klempner Hermann Emil Martin Kühnel, geb. 20. 10. 63 zu Siffa. Arbeiter Paul Karl Albert Roe, geb. 5. 2. 63 in Neubamm (Kr. Königsberg). Arbeiter Adolf Gustav Schmidt, geb. 1. 2. 73 in Thron. Schlosser Karl Adolf Berner, geb. 2. 8. 75 in Berlin. Arbeiter Emil August Haase, geb. 26. 3. 66 in Stettin. Arbeiter Max Teisner, geb. 20. 6. 78 in Breslau. Schlosser Josef Gregor Weig, geb. 12. 3. 61 in Schwesterwitz (Kreis Neustadt). Drechsler Karl Friedrich Schulze, geb. 22. 1. 72. Bardeleben (Kr. Osterode). Arbeiter Leopold Soenowitz, geb. 11. 7. 78 in Tierberg. Händler Heinrich Domsch, geb. 12. 4. 69 zu Grämpen (Kr. Landenburg). Müller Friedrich Johann Scheide, geb. 22. 2. 77 in Gießberg (Kr. Birnbaum). Zeichner Josef Augustin, geb. 31. 3. 77 in Marburg. August Wehner, geb. 4. 8. 72 in Wittersdorf (Kr. Neustadt).

Sechs Namen hatten falsche Papiere, wurden aber vom Erkennungsdienst mit Hilfe der Dactylografie bestimmt erkannt. Alle anderen Toten sind noch nicht bestimmt erkannt. Sie besitzen aber Papiere, die vermutlich richtig sind. Mehrere haben diese Leute nicht. Die Kriminalpolizei ist bemüht, auf Grund der Papiere etwaige Angehörige zu ermitteln und noch vor der Beerdigung zu benachrichtigen.

Die Namen der zuletzt im Krankenhaus am Friedrichshain gestorbenen sind: Paul Engel, 5. 7. 61 geboren; Karl Albin, 12. 6. 78; Paul Walter, etwa 30 Jahre alt; Helm. Frischhorn, 26. 2. 66; Wilhelm Klumpe, 3. 7. 62; Robert Wolff, 14. 12. 60; Emil Page, 12. 8. 73; Emil Preuß, 28. 9. 58; Martin Kischula, 3. 7. 80; Karl Szekinski, 4. 4. 66; Wih. Roedler, 13. 4. 58; und Karl Wehner, 24. 10. 64 geboren.

Von den neu Erkrankten sind bisher folgende Namen bekannt geworden: Georg Diegel, 30. 7. 76 zu Unterlangenschwalbach geboren; Johann Kwasnowski, 22. 12. 83 zu Dobornil geboren; Wilhelm Lehber, 21. 7. 80 in Wengendorf geboren; Emil Kauf, 6. 6. 62 in Kitzfledland geboren; Wilhelm Paulat, 12. 2. 80 in Rothenburg geboren. In allen diesen Fällen besteht zwar ein Verdacht der Vergiftung, dieser ist aber noch durchaus nicht gewiß.

Obduziert wurde gestern noch die Leiche des 81 Jahre alten Drehers Richard Becker aus Breslau.

Die Feststellung des Krankheitsbazillus.

Im Institut für Infektionskrankheiten sind zehn Herren mit der Färbung der Reinkulturen und der Feststellung des Krankheitsbazillus beschäftigt. Bisher hat sich folgendes ergeben: Die Tiere, Meerschweinchen usw., die mit dem Mageninhalt der obduzierten Personen gefüttert wurden, sind gesund geblieben. Bisher ist nicht ein einziges erkrankt. Die Tiere dagegen, denen der Mageninhalt injiziert wurde, sind alle erkrankt und zum Teil gestorben. Daraus folgt, daß es sich bei dem Massensterben

um nichts anderes als eine Fischvergiftung

(Botulismus) handelt. Ausgeschlossen sind eine Infektionskrankheit und eine metallische Vergiftung. Die Feststellung der Art des Bazillus wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Die Färbung der Bazillen ist unständig. Aus dem Mageninhalt und den sonstigen verdächtigen Gegenständen werden mit einer ausgebrannten Nadel Bazillen herausgeholt und auf Bouillon, Kartoffelstücke und gemischte Nährböden verpflanzt. Die verschiedenen Bazillenarten zeigen auf ihren Nährböden verschiedene Ausdehnungsformen. Die Herstellung der Reinkulturen nimmt etwa fünf bis sechs Tage in Anspruch. Durch Färbung und mikroskopische Untersuchung wird dann die Bazillenart genau festgestellt. Die Reinkulturen aus dem Mageninhalt werden dann auch noch mit denen aus den Speisenerresten, die in den Müllasten des Asyls und anderswo gefunden wurden, verglichen.

Eine Auslassung des Berliner Magistrats.

Der Verein der Fischhändler von Groß-Berlin hat u. a. die Vermutung ausgesprochen, daß die Ursache der Erkrankungen im Asyl für Obdachlose in der Frödelstraße auf den Genuß der Abendsuppe, die vielleicht durch irgendeinen Umstand, durch die Roggeschirre, vergiftet gewesen wäre, zurückzuführen sei. Auffallend

sei jedenfalls, daß niemand erkrankt sei, der sich nicht an dem kritischen Tage in dem Asyl befunden habe.

Hierzu wird aus dem Nachrichtenamt des Berliner Magistrats geschrieben:

Abgesehen von der Feststellung der Tatsache, daß Erkrankungen auch bei Personen vorgekommen sind, die an dem fraglichen Tage nicht im Obdach gewesen sind, scheidet sich die Deputation für das städtische Obdach veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß die Abendsuppe erst um 8 Uhr zur Ausgabe gelangt, während die ersten Erkrankungen schon vor 6 Uhr vorgekommen sind. Auch erscheint die Annahme, daß die Erkrankungen durch verorbene Suppe verursacht sein könnten, bei den vorhandenen Einrichtungen als gänzlich unbegründet. Die für die Obdachlosen bestimmte Mehlsuppe wird in mehreren großen Kesseln, die innen vernickelt sind, zubereitet. Jeder Kessel faßt 800 Liter, so daß aus jedem Kessel 800-900 Portionen verteilt werden können. Die circa 4200 Personen, die jetzt nächtlich im Asyl Aufnahme finden, werden in etwa 40 Sälen untergebracht. Die Suppe aus dem einzelnen Kessel gelangt nicht nur in einem, sondern in mehreren Sälen zur Verteilung. Wenn eine Vergiftung durch die Suppe aus einem Kessel herbeigeführt worden wäre, so hätten sich die Erkrankungsfälle nur in einem Revier, wo aus dem betreffenden Kessel Suppe verabreicht worden ist, zeigen können. Das ist aber nicht der Fall; denn es sind Krankheitsfälle aus allen Revieren des Obdachs gemeldet worden. Es müßten demnach sämtliche oder fast sämtliche Kessel verorbene Suppe enthalten haben, wenn die Ursache der Erkrankung in dem Genuß der Suppe zu suchen wäre. Kommt man zu dieser Voraussetzung, so würde es unerklärlich sein, daß im Verhältnis zu der Anzahl der Portionen, die jeder Kessel enthält, die Zahl der Erkrankungen als verhältnismäßig gering zu bezeichnen wäre. Die Bezirke des Obdachs sowie der in Frage kommenden Krankenhäuser, die jeden Fall genau beobachten, stellen fest, daß die Symptome der Erkrankungen die einer Stomatitis (Fisch-Fleisch-Vergiftung) sind. Von ärztlichen Autoritäten in bezug auf Infektionskrankheiten wird erklärt, daß je nach der Konstitution des Einzelnen die Inkubationsfrist bis zu 5 bzw. 6 Tagen gehen kann.

Das Personal des Obdachs

hat infolge der Massenerkrankungen einen durchaus anstrengenden Dienst gehabt. Doch alle Beamten, Ärzte und Angestellten schwere Tage und Nächte durchgemacht haben, ist ohne weiteres begreiflich. Uns wird gesagt, daß alle, vom ersten bis zum letzten, opferfreudig ihre Pflicht getan haben, um durch ständige Ueberwachung möglichst sofort jede neue Erkrankung zu ermitteln und für schleunigste Hilfe zu sorgen. Alle standen unter dem fürchterlichen Eindruck des Mitleids dieser Massenerkrankungen, die mit der Möglichkeit einer Katastrophe über die Anstalt gekommen waren. Einige Beamte haben infolge von Ueberanstrengung schließlich selber sich krank melden müssen, doch liegt bei keinem eine ernstere Erkrankung vor.

Für die Sensationsucht gewisser Blätter waren die traurigen Vorkommnisse ein willkommenes Stoff. Als kennzeichnend verdient hervorgehoben zu werden, daß zeitweise drei, vier, fünf Photographen vor dem Hauptportal des Obdachs lauerten. Sie warteten auf den Moment, wo wieder ein allerneuester Erkrankter herausgetragen und in den Krankenwagen gepackt werden würde. Das mußte selbstverständlich im Vorfeld festgehalten werden, damit die illustrierte Sensationspresse es ihren Lesern vorsetzen kann.

Die Todesfälle in Hermsdorf.

Zu den Todesfällen der beiden Obdachlosen in Hermsdorf, die in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag in einer Scheune verstarben, wird mitgeteilt, daß die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen sind. Es ist bisher nur gelungen, den Namen des einen Mannes festzustellen. Es handelt sich um den am 1. März 1882 zu Klarsich im Kreise Lublin geborenen Arbeiter Josef Sajons, der, wie es scheint, öfter in Berlin in der „Palme“ genächtigt hat. Ob S. mit seinen beiden Kameraden, mit denen er in Hermsdorf anlangte, gerade in der letzten Zeit das Obdachlofenasyl in der Frödelstraße aufgesucht hat, steht allerdings noch nicht fest. Bisher ist es noch nicht gelungen, den dritten Obdachlosen, der nach dem Tode der beiden anderen geflüchtet ist, festzustellen.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Morgen Sonntag, den 31. Dezember, veranstaltet der Wahlverein im Gewerkschaftshause eine Silvesterfeier unter Mitwirkung des Humoristen Robert Döring und der Artisten-truppe The III Gallos. In beiden Sälen ist Tanz. Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach. Entree inkl. Garderobe 20 Pf. Anfang 7 Uhr.

Fünfter Wahlkreis. Abteilung 1a. Morgen Sonntag, den 31. Dezember, findet ein Extrazahlabend statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt notwendig. Der Abteilungsführer.

Wahlkreis Niederbarum.

Morgen Sonntag, den 31. Dezember, früh 8 Uhr, findet in sämtlichen Orten des Kreises von den bekannten Zahlabendlokalen aus eine allgemeine Flugblattverbreitung statt.

Rixdorf. Dienstag, den 2. Januar, finden bei Petri, Anesebeckstr. 115, Goype, Hermannstr. 48/49, Passage-Damm: Vier öffentliche Versammlungen statt. Tagesordnung: Bürgerium und Sozialdemokratie im Reichstagswahlkampf. Diskussion. Referenten sind die Genossen Barth, Däumig, Hirsch und Weber.

Wir fordern die Parteigenossen auf, die Versammlungen zahlreich zu besuchen und für den Besuch derselben Propaganda zu machen. Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Schwargendorf. Am Sonntag, 31. Dezember, 1/8 Uhr morgens: Flugblattverbreitung vom Lokal Adolf Pötscher, Spandauer Straße 40, aus.

Bogahagen-Kummelsburg. Sonntag früh 8 Uhr treffen sich die Genossen zur Flugblattverbreitung in den bekannten Lokalen. Keiner darf fehlen. Die Bezirksleitung.

Ober-Schönweide. Am Sonntag, den 31. Dezember, von morgens 8 Uhr ab: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Die Bezirksleitung.

Friedrichsfelde und Umgegend. Sonntag, den 31. Dezember, vormittags 8 Uhr: Flugblattverbreitung. Landagitation: 7 Uhr ab Brunf.

Kreuzhagen (Ostbahn). Sonntag, den 31. d. M., früh: Flugblattverbreitung. Material wird bei den Gruppenführern entgegen genommen. Kein Genosse darf fehlen. Nachmittags 4 1/2 Uhr treffen sich die Genossen bei Wortmann zu wichtiger Arbeit. Die Bezirksleitung.

Eichwalde, Bentzen, Miersdorf. Heute Sonnabend, den 30. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in Wittes „Waldschlößchen“, Eichwalde: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die praktische Einweisung der Wahlarbeiten am Wahltag. — Der Januar-Zahlabend fällt hierdurch aus. Der Vorstand.

Pankow. Am Sonntag, den 31. Dezember, Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-Ost und West. Sonntag, den 31. Dezember, früh Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Die Bezirksleitung.

Tegel. Sonntag, den 31. Dezember, vormittags 8 Uhr: Flugblattverbreitung.

Am Mittwoch, den 3. Januar, findet ein Extrazahlabend statt. Die Bezirksleitung.

Krang, Buchholz. Sonntag, den 31. Dezember, von 10 Uhr ab: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus. Die Genossen für Buch und Karow treffen sich um 7 1/2 Uhr beim Restaurateur Nial, Bahnhofsstr. 15.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Sonntag, den 31. Dezember, früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Die Bezirksleitung.

Hohen-Schönhausen. Morgen Sonntag, früh 1/8 Uhr: Flugblatt- und „Fidel“-Verbreitung von den Bezirkslokalen aus.

Wilhelmsruh-Rosenthal. Sonntag, den 31. Dezember, vormittags 8 Uhr: Flugblattverbreitung. Bezirk I und II bei Melbrodt; Bezirk III und IV bei Barth; Bezirk V bei Jander; Bezirk Rosenthal um 9 Uhr im Lokal „Zur Mühle“. Vollständiges und pünktliches Erscheinen unbedingt notwendig.

Wittenau an der Nordbahn. Die Parteigenossen und Sangesbrüder treffen sich Silvester vormittags am Bahnhof. Abfahrt nach Oramenburg 10.50 Uhr. Der Bezirksführer.

Falkenhagen-Seefeld. Morgen Sonntag, den 31. Dezember, mittags 12 Uhr: Öffentliche Versammlung auf der Parkalle Vorgrabenstraße Ecke Schwarzkopffstraße. Referent: Dr. Karl Liebknecht.

Die Genossen wollen sich am Sonntag, früh 7 Uhr, bei den Bezirksführern zur Handzettelverbreitung einfinden. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Reugier von Amts wegen!

Ich atmete befreit auf, als ich endlich in Berlin ankam und den tyrannischen Gewalten meines Vaterlandes, das, wie der Leser vielleicht ahnt, Rußland heißt, entflohen war.

Kaum hatte ich eine kleine gemütliche Wohnung gefunden und mich häuslich eingerichtet, als mir der Portier einen großen Bogen brachte, der allerhand eingehende Fragen über meine Privatverhältnisse enthielt. Da ich eine gute, von der russischen Polizei erzogene Bürgerin bin, beeilte ich mich natürlich, dieselben gewissenhaft zu beantworten.

Nach einigen Tagen, in denen mir Berlin noch sympathischer geworden war, erhielt ich eine Aufforderung, binnen drei Tagen zum nächsten Polizeirevier zu kommen, anderenfalls — —. Na, der Leser kennt ja wohl diese Drohung.

Offen gesagt, bekam ich einen kleinen Schred. Sollte mich jemand fälschlich als „politisch verdächtig“ denunziert haben?! Aber so sehr ich auch nachdachte und mein Gewissen in allen Winkeln durchsuchte, ich konnte nichts finden. Doch halt — vielleicht war es das. Ich hatte mich eines Diebstahls schuldig gemacht. Und das verhielt sich nämlich so:

Während des letzten Jubelgemehls waren wir von befreundeter Seite benachrichtigt worden, daß die Häuser gestürmt werden würden und nur diejenigen, die sich durch den Besitz von Heiligenbildern als Christen ausweisen könnten, von dem Gemebel verschont bleiben sollen. Da hatte ich mich, um unser teures Leben zu retten — ich war noch in den Hitterwochen —, in die Wohnung einer Nachbarin geschlichen und dort von der mit Heiligenbildern übersäten Kommode zwei kleine Nippesfigürchen herabgenommen, die ich für den heiligen Nikolaus und Peter den Großen hielt. Ich bin heute noch nicht ganz sicher, wen sie darstellten. Als nun das Gemebel begann und auch unser Haus bestürmt wurde, sanken mein Mann und ich in die Knie, jeder hielt sein Nippesfigürchen sehr vorsichtig empor, um es vor näherer Betrachtung zu schützen, wobei wir uns mit Todesverachtung und dem gewünschten Erfolg bekreuzigten. Und unser Leben wurde gerettet.

Sollte ich vielleicht deshalb?

Schweren Herzens und banger Ahnungen voll machte ich mich auf den Weg.

„Wie heißen Sie?“ fragte mich ein Beamter mit preussischem Schnurrbart, in einem Ton, bei dem mir das Herz vollständig in die Schuhe sank.

Aber gehorsam und demütig antwortete ich wahrheitsgemäß.

Man begann ein sehr scharfes Verhör, das sich aber so weit ganz glatt abwickelte, denn zufällig wußte ich alle wichtigen Daten meiner Verwandten (ich glaube, das Inquisitionsverfahren ging bis ins dritte Glied meiner Verwandtschaft) und gab sie pflichtschuldigst an. Aber dann kam es zu einer Stodung. Na, ich will lieber das Gespräch gleich ganz wiederholen. Also hier ist es:

„Wovon leben Sie?“

„Rein Mann scheidt mir Geld.“

„So! Warum sind Sie denn eigentlich nach Deutschland gekommen?“

„Ich bin zu Besuch hier, doch möchte ich mich auch erholen und gebrauche eine Kur.“

„Die Adresse Ihres Arztes, bitte.“

„Ich bin nicht in ärztlicher Behandlung.“

„Zeigen Sie uns den Postabschnitt von der Anweisung Ihres Mannes.“

„Rein Mann erledigt seine Geldgeschäfte durch Scheck.“

„Zeigen Sie uns einen Scheck.“

„Bedauere, ich habe denselben eingelöst. Doch kommt mein Mann demnächst zu Besuch; vielleicht kann er Ihnen den gewünschten Beweis verschaffen.“

„Sm! — Ihr Mann hat sich sofort hier zu melden, wenn er kommt.“

„Und darf ich fragen, was er hier tun muß?“

„Er soll uns Geld zeigen, beweisen, daß er über Mittel verfügt.“

„Wenn ich Sie recht verstehe, soll er in die Tasche greifen und Ihnen bares Geld zeigen?“

„Zunächst, ganz recht.“

„Aber, mein Herr, warum haben Sie das nicht gleich gesagt. Das kann ich nämlich auch.“

Und krambholzend entnahm ich meinem kleinen Handtäschchen einen blauen Schein, woraufhin ich in Gnaden entlassen wurde.

Auf dem Heimweg sann ich angestrengt darüber nach, welcher Staat seine Kinder besser bewacht, Rußland oder Deutschland?

Zu einem Resultat bin ich noch nicht gekommen. — Viel leicht hilft der Leser.

Die Ergebnisse des Weihnachts-Paketverkehrs. Der Weihnachts-Paketverkehr hat in diesem Jahre fast überall wieder eine erhebliche Zunahme erfahren. In der Stadt Berlin selbst zeigt der Gesamtverkehr ein erhebliches Wachstum. Dagegen ist seit Jahren zum ersten Mal die Zahl der eingegangenen Pakete etwas zurückgegangen, während die der ausgehenden wieder beträchtlich gestiegen ist. Es rührt dies ohne Zweifel daher, daß Berlin sich immer mehr zum Geschäftsviertel von Groß-Berlin entwickelt. Die Zahl der Sendungen mit Geschenken, die bei den eingehenden Paketen die Hauptmasse zu bilden pflegen, geht damit zurück. Die Zahl der Geschäftspakete schwankt aber immer mehr an. Zu den Orten mit 50 000 Einwohnern sind nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung in Berliner Bezirk Steglitz und Vohagen-Rummelsburg hinzugekommen. In der Zeit vom 12. bis 25. Dezember, die die Post als Weihnachtszeit rechnet, sind nun in Berlin 1911 insgesamt 2 916 976 Pakete ausgegeben worden und eingegangen. Wegen des Vorjahres bedeutet dies eine Zunahme von 87 987. Die Zahl der ausgehenden Pakete betrug 1 914 898, die der eingehenden 1 001 577. Bei der Aufgabe ergibt dies eine Zunahme von 42 223, beim Eingang eine Abnahme von 4288 gegen das Vorjahr. Der Gesamtverkehr betrug in Charlottenburg 170 310, in Niddorf 62 123, in Schöneberg 90 845, in Wilmersdorf 58 467, in Lichtenberg 13 795, in Steglitz 48 654, in Vohagen-Rummelsburg 10 727. Die Zunahme betrug in Charlottenburg 12 880, in Niddorf 4815, in Schöneberg 8410, in Wilmersdorf 6494, in Lichtenberg 1409, in Steglitz 3261. Eine Ausnahme bildet Vohagen-Rummelsburg, wo der Verkehr um 496 Pakete zurückgegangen ist. In Charlottenburg wurden 81 475 Pakete aufgegeben, während 97 835 eingingen, in Niddorf 28 892 und 33 231, in Schöneberg 28 067 und 62 778, in Wilmersdorf 18 788 und 39 794, in Lichtenberg 6923 und 6872, in Steglitz 18 969 und 24 655, in Vohagen-Rummelsburg 8363 und 7364.

Ein Automobil durch Feuer vernichtet. Ein Auto in Flammen rief gestern in der Mühlenstraße Aufsehen hervor. Als das Droschkenautomobil Nr. 9395 mit zwei Insassen die Straße entlang fuhr, erfolgte im Benzinhälter plötzlich unter lauter Detonation eine Explosion. Im nächsten Augenblick schoß eine Stichflamme hervor und setzte den Kraftwagen in Brand. Nur mit knapper Not konnten sich die Fahrgäste sowie der Chauffeur in Sicherheit bringen. Das wertvolle Automobil brannte bis auf das Eisengestell vollständig nieder. Die alarmierte Feuerwehr vermochte nichts mehr auszurichten.

Wästen im Werte von 20 000 Mark gestohlen. Das Wästenhaus „Elite“ in der Leipziger Str. 77 wurde in der vergangenen Nacht von Einbrechern heimgesucht. Die Diebe, die wahrscheinlich mit Nachschlüssel durch die Lüftung in das Geschäftslokal eingedrungen sind, haben unter den vorhandenen Vorräten mit großer Sachkenntnis ihre Auswahl getroffen. Sie haben für etwa 15 000 bis 20 000 M. Wästen mitgenommen. Die gestohlenen Wästen sind in erster Linie Pariser Modelle von seidenen, Tüll- und Samtwästen. Auch die Kasse haben die Diebe erbrochen, sie enthielt jedoch nur 3—4 M. Wechselgeld. Die Diebe müssen dann bei der Arbeit gestört worden sein, man fand in dem Laden die Diebstehrwerkzeuge, mehrere Stemm- und Brecheisen. Von den Dieben fehlt bisher jede Spur. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Auf dem Ausfluge vom Schläge gerührt wurde gestern vormittag der 61 Jahre alte Kunster Friedrich König aus der Wernsdorfer Str. 3, der seit Jahren einen Kienwägen des Magistrats fährt. Gegen 9 Uhr kam er am Brandenburger Tor vom Bod. schlug mit dem Kopf auf das Pflaster auf und zog sich eine schwere Schädelverletzung zu. Bewußtlos wurde er von einem Schuttmann nach der Charité gebracht. Dort konnten die Ärzte nur noch feststellen, daß er schon gestorben war.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich in der Nacht zum Freitag in der Skalitzerstraße. Dort verfuhr gegen 1/1 Uhr nachts die 4jährige Ehefrau des Notbiers Dam 101 wohnhaften Lederarbeiters Baule vor einem in der Richtung nach dem Görtzger Bahnhof heranrollenden Mängelwagen der Großen Berliner Straßenbahn das Gleis zu überfahren. Obwohl der Führer des Wagens sofort die Gefahrenbremse anwandte, konnte er doch nicht verhindern, daß die Frau umgestoßen wurde und unter den Vorderperson geriet. Die Verunglückte erlitt einen Schädelbruch und Bruch des rechten Fußknöchels und wurde in bedenklichem Zustande dem Krankenhaus Bethanien zugeführt.

Niederbarnims neuer Landrat. Nachdem der Niederbarnimer Kreisrat auf sein Vorschlagsrecht bei der Neubestellung des Landratspostens an Stelle des zur Potsdamer Regierung berufenen Grafen v. Noorden verzichtet hat, ist jetzt die Berufung des kommissarischen Verwalters, Finanzrat Dr. Busch zum Landrat des Kreises durch den Kaiser erfolgt. Gleichzeitig ist Dr. Busch zum Bez. Oberregierungsrat ernannt worden.

Feuer in einer Metallwarenfabrik. In der letzten Nacht kam in der Fehrbelliner Straße 47/48 im Norden Berlins in der Metallwarenfabrik von F. A. Schulz ein gefährlicher Fabrikbrand aus, der die Feuerwehr über vier Stunden beschäftigte. Die Fabrik der Firma befindet sich in einem besonderen vierstöckigen Fabrikgebäude auf dem Hofe. Das Feuer entstand vermutlich im ersten Stock in einem Lagerraum und wurde erst bemerkt, als aus den Fenstern schon die hellen Flammen herausströmten. Bei Anbruch der Feuerwehr, die mit den beiden Sägen 13 und 19 ankamte, war der Brand vom ersten Stock auch bereits auf die zweite Etage übergesprungen. Der Brandmeister eröffnete den Löschangriff daher sofort mit drei Hochzern. Trotzdem dauerte es über eine Stunde, ehe das Feuer eingedämmt war. Durch eine eigenartige Ofenanlage hatten die Flammen auch einen Weg nach dem Dachgeschoß gefunden, doch wurde hier nur wenig Schaden angerichtet. Der in den beiden unteren Etagen angerichtete Feuer- und Wasserschaden ist dagegen erheblich, aber durch Versicherung gedeckt. Bei den Löscharbeiten erlitt sich leider ein schwerer Unfall, da der Feuermann Deutschmann vom 19. Zuge durch einen Krampf am linken Fuß verletzt wurde. Der Verunglückte wurde nach seiner Wohnung gebracht. Die vollständige Ablösung und die Aufräumungsarbeiten nahmen dann noch über drei Stunden in Anspruch. Die Brandursache ist noch nicht ermittelt. — Außerdem wurde die Wehr in der letzten Nacht noch nach dem Industriegebäude in der Kommandantenstraße 77/79 gerufen, wo in den Industriekesseln ein Weihnachtsbaum in Brand geraten war. Die Gefahr konnte schnell beseitigt werden.

Zu großen Hörsaal der Treptow-Sternwarte spricht Direktor Dr. F. S. Archenhold am Sonntag, den 31. Dezember, nachmittags 5 Uhr über „Unser Wissen von den Sternwelten“ und am Freitagsabende nachmittags 6 Uhr über „Voten aus den fernsten Himmelsräumen“. Beide Vorträge sind gemeinverständlich und mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattet. Mit dem großen Fernrohr wird der Mond, dessen Gebirge und Krater gerade jetzt in günstiger Beleuchtung zu sehen sind, abwechselnd mit dem Saturn und Mars schon von 4 1/2 Uhr nachmittags an beobachtet. Für den 9. und 12. Januar sind zwei Sonderabende angelegt, die Herr Dr. B. Schulz aus Wien über „Die Anschauung vom Monde und seinen Phasen im Mythos und in der Kunst der Völker“ halten wird. Derselbe hat die Sagen und Mythen der Völker, diese ältesten Gedanken der Menschheit, nach Spuren unmittelbarer Anschauung vom Monde und seinen Phasen, durchforscht und wird diese interessanten prähistorischen Denkmäler in 150 Lichtbildern bringen. Diese Vorträge dürften das Interesse der weitesten Kreise erregen; es werden daher schon jetzt Billets hierzu vom Bureau der Treptow-Sternwarte ausgegeben.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Die Ablehnung der Teuerungszulage durch die Stadtverordnetenmehrheit

lautete das Thema einer großen Protestversammlung, die von dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter am Donnerstag für die Arbeiter, Handwerker und Unterbeamten aller städtischen Betriebe Lichtenbergs nach dem „Kronprinzengarten“ einberufen war. Wie groß das Interesse der betreffenden Arbeiterkategorien in dieser Frage ist, zeigte der auffallend gute Besuch, wobei auch in größerer Anzahl die Frauen beteiligt waren.

Das Referat hatte Stadtverordneter Spiedermann übernommen, der eine erschöpfende Darstellung von den Debatten im Stadtparlament gab und an der Hand der gegenwärtigen Teuerungszulage die Notwendigkeit einer entsprechenden Lohnzulage nachwies. Um so nachhaltiger wirkte die Schilderung des Redners von den Kämpfen unserer Genossen im Lichtenberger Stadtparlament auf die Anwesenden, ganz besonders aber der Umstand, daß die bürgerliche Mehrheit es fertig brachte, angesichts der jetzigen Zustände die beantragte Teuerungszulage abzulehnen. (Der Parlamentsbericht ist im „Vorwärts“ erschienen.) Die große Erbitterung der Anwesenden machte sich denn auch während der Rede Spiedermanns durch treffende Zwischenrufe Luft.

In der anschließenden Diskussion ergänzte der Stadtverordnete Genosse Eisenstädt noch die Ausführungen des Referenten. Gleichzeitig aber stellte er, ebenso wie die nachfolgenden Redner, die Frage, wie es geschehen konnte, daß vier Genossen im Parlament bei dieser Abstimmung fehlten. Stadtverordneter Hedert erklärte hierauf, es sei das erste Mal, daß er in einer Sitzung gefehlt habe, außerdem habe er sich lange vorher bei der Fraktion für die betreffende Sitzung entschuldigt.

Polenke vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband bedauerte auch das Fehlen der vier Genossen an jenem Tage im Parlament, aber insolge der überaus starken Inanspruchnahme aller tätigen Genossen durch die Reichstagswahlen sei es zu entschuldigen. Aber, erklärte der Redner, nicht diese vier Genossen seien die Schuldigen, sondern die bürgerliche Mehrheit, die es trotz der zwingenden Gründe nicht über sich brachte, den städtischen Arbeitern eine kleine Teuerungszulage zu gewähren. Besonders ging Redner, der lebhafteste Zustimmung fand, mit dem Freisinn ins Gericht, dessen Verhalten den Arbeitern gegenüber bei jeder Gelegenheit von Feindseligkeit zeuge. Die richtige Antwort sollten die Arbeiter am 12. Januar geben. (Großer Beifall.)

Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 23. Dezember 1911 im „Kronprinzengarten“ vollzählig versammelten Arbeiter, Handwerker und Unterbeamten der Stadt Lichtenberg erheben schärfsten Protest gegen die Ablehnung ihres Antrages und der Magistratsvorlage auf Gewährung einer Teuerungszulage. Die Versammelten bedauern diese Ablehnung um so mehr, als in einer Reihe von Gemeinden Groß-Berlins, entsprechend dem Antrage des Magistrats, Teuerungszulagen, in einzelnen Gemeinden Lohnerhöhungen, gewährt wurden. Die Versammelten richten das dringende Ersuchen an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung, erneut zur Frage einer Teuerungszulage Stellung zu nehmen, und erwarten von einer nochmaligen eingehenden Prüfung die Gewährung ihres Antrages.“

Die Versammelten beauftragen das Bureau der Versammlung, diese Resolution dem Magistrat und dem Stadtverordnetenkollegium zu überreichen.“

Der zweite Punkt der Tagesordnung bildete die Errichtung einer Betriebskrankenkasse. Auch in dieser Frage hielt Spiedermann an das einseitige Referat und kennzeichnete die Notwendigkeit der Vorlage zur Errichtung einer Betriebskrankenkasse zeitig. Mit aller Schärfe müsse sich die Gesamtheit der städtischen Arbeiterschaft gegen diesen Plan wenden. (Lebhafte Zustimmung.) Sie müsse dafür sorgen, daß die Vorlage im Druck zurückgeht. (Bravo!)

In der nachfolgenden Debatte, in die auch Polenke noch eingriff und an krassen Beispielen zeigte, wie krank Arbeiter rücksichtslos ausgenutzt würden, wandten sich sämtliche Redner gegen die beschlossene Errichtung einer Betriebskrankenkasse.

Auch hier wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 23. Dezember 1911 im „Kronprinzengarten“ versammelten Arbeiter, Handwerker und Unterbeamten aller städtischen Betriebe Lichtenbergs haben im Hinblick auf die Magistratsvorlage, betreffend Errichtung einer Betriebskrankenkasse, erneut zu dieser Frage Stellung genommen.“

Die Versammelten erklären sich auch heute, wie schon vor einem halben Jahre, gegen diese Errichtung. Die dadurch hervorgerufene Herpistierung des Krankenlattenwesens bedeutet in sozialpolitischer Hinsicht eine schwere Schädigung der Gesamtarbeiterschaft.

Die Versammelten richten daher an die städtischen Kollegien einstimmig die dringende Bitte, von der Errichtung einer Betriebskrankenkasse Abstand nehmen zu wollen. Sie beauftragen den Arbeiterausschuß für die städtischen Werke, diese Resolution den städtischen Kollegien zu übermitteln, wie überhaupt alle Schritte zu unternehmen, die geeignet sind, die Errichtung einer Betriebskrankenkasse zu verhindern.“

Unstimmigkeiten bei der hiesigen Polizeiverwaltung scheinen die Ursache verschiedener Personalveränderungen zu sein. Bei aller Schnelligkeit des Polizeipräsidenten ist man „oben“ doch nicht sehr zufriedene. Die allergrößte Unzufriedenheit — und zwar sehr berechtigte Unzufriedenheit — ist aber „unten“, das heißt bei den Wachmeistern und Polizeiführern anzutreffen. Etwas, das bei den Vorgesetzten als Schneid betrachtet, von den anderen Organen aber meist als Schikane empfunden wird, läßt auf die Beamten massenhaft Strafen regnen. Die Verhängung von Arrest soll ein vielbestehendes Nuztmittel unserer Polizei sein. Kein Wunder daher, daß der Beamtenwechsel groß ist. Manche gehen allerdings per Schuß! So kürzlich eine Anzahl Wachmeister. Von der modernen Ansicht der Solidarität und Organisation angeleitet, hatten sie das Verbrechen begangen, eine „Versammlung“ abzuhalten, zwecks Aussprache über ihre Arbeitsverhältnisse und Beratung über den einzuschlagenden gemeinsamen Weg, um zu einer Besserung zu gelangen. Ein Votum soll die Sache verraten haben. Jedenfalls kam sie zur Kenntnis des Polizeipräsidenten und die Sänder waren bald verschwunden. Daß unter solchen Umständen zwischen Vorgesetzten und Untergebenen ein sehr „herzliches“ Einvernehmen besteht, das läßt sich denken.

Röpenitz.

Ein schweres Brandunglück, dem ein Kindesleben zum Opfer fiel, hat sich, wie erst jetzt berichtet wird, am zweiten Weihnachtsfeiertage hier zugetragen. Die am Friedrich-Wilhelm-Platz wohnhafte Witwe Knoll hatte am Nachmittag des genannten Tages auf kurze Zeit die Wohnung verlassen müssen, in welcher sie ihr fünfjähriges Töchterchen Meta allein zurückließ. Während der Abwesenheit der Mutter machte sich die Kleine an dem offenen Ofen der Wohnstube zu schaffen. Hierbei fingen die Kleider des Mädchens Feuer und in wenigen Augenblicken glück das Kind einer lebenden Feuerfäule. Auf das Hilfeschrei des Mädchens eilten Nachbarnsleute hinzu, denen es durch Aufwachen von Kleidungsstücken und Betten gelang, das Feuer zu ersticken. Die kleine Meta hatte aber bereits so schwere Brandwunden am ganzen Körper davongetragen, daß ein hinzugerufener Arzt die sofortige Ueberführung der Verunglückten nach dem städtischen Krankenhaus anordnete. Hier ist das bedauernde-

werte Mädchen in der gestrigen Nacht unter entsetzlichen Schmerzen verstorben.

Adlershof.

Eine Reise nach Island lautet das Thema eines Vortrags, den der bekannte Bremer Lehrer Kurt Sonnemann (Jürgen Brand) heute abend bei Behr, Adlershof, Bismarckstr. 10, abhält. Beginn 8 Uhr. Eintritt für Erwachsene 20 Pf. Jugendliche unter 18 Jahren frei. An den Vortrag schließt sich ein Tanz an. Tanz 25 Pf. Wir bitten um recht regen Besuch.

Der Bildungsausschuß.

Alt-Schadow. (Rr. Teltow-Beeskow.)

Auf einem Spaziergang angeschossen wurde, wie uns nachträglich berichtet wird, am 24. Dezember, vormittags 10 Uhr, der Vorarbeiter Hermann Sprewitz. Sp. hatte sich in Begleitung seines Bruders nach seinem Felde begeben; als beide auf dem Heimweg begriffen waren, kamen ihnen plötzlich zwei Männer aus dem Wald mit dem Rufe „Dall!“ entgegen. Im nächsten Augenblick trachtete auch schon ein Schuß, der dem Hermann Sprewitz in den rechten Lungenlappen drang. Blutüberströmt brach der Betroffene zusammen. Der Schütze soll ein Steuersekretär Schönfeld aus Charlottenburg sein, der sich in Begleitung des Jagdaufsehers Wittig aus Alt-Schadow befand. Der Schwerverletzte wurde nach dem Beeskower Krankenhaus gebracht, wo er in bedenklichem Zustand daniederliegt. Hat sich der Vorfall so abgespielt, wie er uns hier mitgeteilt wird, muß man es als sträflichen Leichtsinns bezeichnen, von der Schußwaffe in einem solchen Augenblick Gebrauch zu machen. Selbst wenn der Sonntagsjäger geglaubt hat, daß es sich bei den beiden um Wilderer handelte, lag keine Veranlassung vor, auf dieselben zu schießen. Wie wir hören, befindet sich der leichtsinnige Schütze noch auf freiem Fuße.

Gerichts-Zeitung.

Ein Boykottprozeß in der Beleuchtung durch das Hanseatische Oberlandesgericht Hamburg.

Der in Hamburg wohnende Schlächtermeister Kotsch, der seinerzeit sich hartnäckig weigerte, die geringen und berechtigten Forderungen der organisierten Gesellen, namentlich Logis außer dem Hause, zu bewilligen, hatte wegen des über sein Geschäft verhängten Boykotts einen Zivilprozeß angestrengt, und zwar 1. gegen den Vorstehenden der Ortsverwaltung Hamburg des Deutschen Fleischerverbandes, Max Fiedler, 2. gegen die Ortsverwaltung selbst, 3. gegen die Hamburger Buchdruckerei Kuer u. Co. Der Kläger verlangte die Unterlassung der im Boykott seines Geschäftes betreffenden Veröffentlichungen, sei es im „Hamburger Echo“, sei es in Flugblättern, und beanspruchte von den Beklagten zu 1 und 2 einen Schadenersatz in Höhe von 6880 M. für den durch den Boykott entstandenen Geschäftsverlust. Das Landgericht Hamburg gab der Klage, insofern sie sich gegen die Veröffentlichung von Bekanntmachungen in Zeitungen und die Verbreitung von Flugblättern richtete, in vollem Umfange statt, falls durch Anwendung allgemeiner, auf das Solidaritätsgefühl der Arbeiter berechneter, aufreißender und verhetzender Schlagwörter das Publikum aufgefordert werde, den geschäftlichen Verkehr mit dem Kläger einzustellen. Der Anspruch des Klägers gegen die Beklagten zu 1 und 2 wurde dem Grunde nach für berechtigt erklärt.

Dieser Urteil wurde von den Betroffenen durch Berufung beim Hanseatischen Oberlandesgericht angefochten. Die Berufungsinanz hob, wie wir bereits seinerzeit berichten konnten, das Urteil der Vorinstanz in vollem Umfange auf, wies den Kläger ab und verurteilte ihn in die familiären Kosten. Außerdem wurde das Urteil für vorläufig vollstreckbar erklärt. — Jetzt ist nun die Urteilsausfertigung erschienen. Aus den Urteilsgründen des achten Zivilsenats, die durchweg von wohlwunder, freiheitlicher Auffassung der sozialen Verhältnisse zeugen, interessieren besonders folgende bemerkenswerte Ausführungen des recht umfangreichen Erkenntnisses: . . . Ob ein Gewerbebetrieb als ein Rechtsgut im Sinne § 823 Abs. 1 B.G.B. angesehen werden kann, darf hier dahingestellt bleiben, weil der rechtswidrige Eingriff in denselben im vorliegenden Falle nur in den nämlichen Umständen würde gefunden werden können, in denen zugleich ein sittenwidriges Handeln im Sinne § 826 B.G.B. erklidit werden kann. Auf § 823 Abs. 2 läßt sich die Klage jedenfalls in Ansehung des § 153 der Gew.-O. nicht stützen; denn selbst wenn der Kläger als ein „Anderer“ im Sinne dieser Bestimmung aufgefaßt und von einem Veruche, den Kläger an einer Verobredung zum Behufe der Erlangung günstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beteiligen, geredet werden könnte, so würde doch die im § 153 verbundene Drohung nicht darin zu finden sein, daß dem Kläger ein Uebel in Aussicht gestellt wird, dessen sich die Beklagten als eines erlaubten Kampfmittels bedienen dürften. Eine gegen die eigenen Verbandsgenossen oder das Publikum begangene Drohung liegt nicht vor; ebensowenig sind Ehrverletzungen begangen worden. Als nur gegen die guten Sitten verstoßende Handlung kann das Vorgehen der Beklagten gegen den Kläger weder im einzelnen noch nach dem Gesamtbilde angesehen werden. Dafür, daß der Boykott aus Nachsicht oder Schikane verhängt sei, liegt nichts vor. Im Gegenteil ergibt sich aus seinen Umständen ein sittlich nicht zu beanstandender Zweck. Zwei Anlässe lassen sich feststellen. Das Bestreben nach günstigeren Arbeitsbedingungen, insbesondere nach Abschaffung des Kost- und Logiszwanges und der damit im Zusammenhang stehenden Regelung der Arbeitszeit spielen im Schlächtergewerbe seit langer Zeit eine wichtige Rolle. Hier setzt auch im vorliegenden Falle der Streit ein. Es läßt sich auch nicht etwa die Auffassung halten, daß dieser Streit hier gegenstandslos geworden sei. . . . In zweiter Linie hat der Verband, wie der dem Kläger vorgelegte Tarifvertragsentwurf ergibt, von vornherein die Forderung aufgestellt, daß der Kläger bei Neueinstellungen seine Gesellen vom Arbeitsnachweis des Verbandes beziehen solle. Auch diese Forderung kann dem Verbande von seinem Standpunkte aus nicht verweigert werden, da ein solcher Arbeitsnachweis offensichtlich geeignet ist, die Macht des Verbandes, die er im Interesse seiner Mitglieder geltend zu machen behauptet, erheblich zu stärken. Diese Forderung bildet neben der parallel gebenden Forderung des Verbandes, als Vertreter der organisierten anerkannt zu werden, im Sinne des Verbandes sogar den Hauptgegenstand des Streits, ungeachtet des Umstandes, daß die Arbeitgeber von ihrem Standpunkte aus berechtigtermaßen ungeachtet Inanspruchnahme und direkten Verkehr mit den Gesellen und dem Gesellenauschuß wünschen. Die Interessen, die zur Verhängung des Boykotts führten, mußten hiernach, und zwar selbst, wenn man von dem alsbald mehr in den Hintergrund getretenen Interessen der Regelung der Arbeitsverhältnisse ganz abseht und nur die Interessen der Anerkennung der Organisation und ihres Arbeitsnachweises im Auge behält, als schwerwiegend genug erachtet werden, um die Verhängung und Aufrechterhaltung des Boykotts zu rechtfertigen. Wenn die Durchführung des Boykotts energisch betrieben wurde und vermöge der strengen Organisation des Verbandes wie der sozialdemokratischen Partei, der die Verbandsmitglieder und die in Frage stehenden Konsumentenkreise durchweg angehören, die Schädigung des Klägers zu einer sehr empfindlichen gestalteten, wie dies aus der Tatsache, daß sein Umsatz in den Monaten April bis Juli 1910 gegen die gleiche Zeit des Vorjahres um ca. 20 000 M. zurückging, erhellt, so kann auch

diese naturgemäße und ohne Zweifel beabsichtigte Folge den Vorkauf nicht zu einem sittenwidrigen Stempeln. Die Art der Rundgebung durch Verteilung von Flugblättern, Abhalten einer Versammlung, Erlass von Erklärungen im „Hamburger Echo“ gibt gleichfalls keinen Grund zur Beanstandung. Im übrigen kann es nicht anerkannt werden, daß es, um das Moment der Sittenwidrigkeit fernzuhalten, erforderlich gewesen sei, das Publikum in den verschiedenen Rundgebungen über den Anlaß des Streites aufzuklären. Es ist nicht einzusehen, inwiefern es gegen die Anschauung aller billig und gerecht Denkenden verstoßen sollte, wenn Ständes- und Klassengenossen, überhaupt alle durch ein gemeinsames kulturelles Band enge mit einander Verbundenen volles Vertrauen zu ihren Führern haben, darauf, daß sie, auch ohne über den vielleicht verwickeltesten Sachverhalt näher aufgeklärt zu sein, der Weisung, in einer bestimmten Lage sich so und nicht anders zu verhalten, gehorchen. Im vorliegenden Falle ist aber das Publikum auch von vornherein über die beiden Anlässe des Streites aufgeklärt worden. Sittenwidrig wäre, wenn eine Aufführung gegeben wurde, die nur eine wahrheitswidrige Darstellung des Sachverhalts oder eine Entstellung desselben gewesen. Im weiteren wird ausgeführt, daß in dem hier vorliegenden Falle die Angriffe gegen den Kläger nicht verlegend und beschimpfend sind. Auch eine Beleidigung komme nicht in Frage. Sollte aber dennoch jemand in irgendeiner Neuerung eine Beleidigung zu erkennen glauben, so müsse dem Beklagten auf alle Fälle der Schutz des § 198 St.G.B. in vollem Umfange zugesprochen werden. Dann heißt es weiter: Der Appell an das Solidaritätsgefühl der Arbeiter allein kann die betreffenden Ausführungen nicht zu sittenwidrigen machen. Der Hinweis darauf, daß, was jeder einzelne von ihnen tun darf, auch alle zusammen tun dürfen, und daß im Sinne der Beteiligten das gemeinsame Handeln der Gesamtheit wie dem einzelnen zum Vorteile gereiche, ist nicht zu beanstanden. Ebenfalls ist das mit dem Gebrauch von Schlagworten als solchen der Fall.

Wir empfehlen diese zutreffenden Ausführungen, die wenigstens ein Vertrauensverhältnis mit dem sozialen Leben widerspiegeln, recht vielen Richtern zur eindringlichen Beachtung.

Ein gefährlicher Jugendverführer

wurde gestern auf längere Zeit unschädlich gemacht. Wegen Einführung einer minderjährigen Person unter Anwendung von List hatte die 1. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Lampe gegen den Kurbedienten Hermann Brunstein zu verhandeln. Der Angeklagte ist ein vielfach vorbestrafter Mensch, der wegen aller möglicher Vergehen und Verbrechen insgesamt ca. 8 Jahre hinter Gefängnismauern zugebracht hat. Außerdem hat er sich wegen Vetteln und Arbeitsscheu mehrere Male im Arbeitsbause befunden. Nach Verbüßung seiner letzten Strafe zog

er zu einer Frau H., mit der er mehrere Beziehungen anknüpfte. Dort überredete er den 12-jährigen Sohn der Frau H. dazu, das Elternhaus zu verlassen und mit ihm ins Ausland zu gehen. Er fuhr mit dem Knaben nach London, wo er mit ihm das deutsche Konsulat aufsuchte und um Unterstützung bat, die er auch erhielt. Er zog dann mit dem Jungen weiter herum und schickte ihn zum Betteln auf die Straßen, bis dieser endlich aufgegriffen und nach Deutschland zurücktransportiert wurde. Bald darauf wurde auch der Angeklagte ermittelt. Im Laufe des Verfahrens stellte es sich heraus, daß der Angeklagte den Jungen auch zu unbilllichen Zwecken mißbraucht hatte.

Vor Gericht benahm sich der Angeklagte trotz mehrfacher Rügen des Vorsitzenden sehr dreist. Als er schließlich auch noch die Zeugin H. in der gemeinlichen Weise beschimpfte, verhängte das Gericht gegen ihn eine sofort zu vollstreckende Ordnungsstrafe von 3 Tagen Haft. Die Sachverständigen, Medizinalrat Dr. Hoffmann und Oberarzt Dr. Julius, bezeichneten den Angeklagten als einen stark degenerierten und geistig minderwertigen Menschen. — Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis. Das Gericht ging jedoch mit Rücksicht auf die hohe Gemeingefährlichkeit des Treibens des Angeklagten weit über diesen Antrag hinaus und erkannte auf 1½ Jahre Gefängnis bei sofortiger Verhaftung.

Brillantenschleier.

Recht zweifelhaftes Geschäft mit sogenannten „Schleierbrillanten“ bilden den Gegenstand eines umfangreichen Strafprozesses, welcher gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber die 8. Strafkammer des Landgerichts I bis in die Nachmittagsstunden hinein beschäftigte. Wegen Betruges in zwei Fällen und Untreue war der Juwelenhändler Heinrich Groth angeklagt.

Der Angeklagte ist seit mehreren Jahren Juwelenhändler und zwar soll er, wie die Anklage behauptet, zu den sogenannten „Brillantenschleibern“ gehören, die in gewissen Cafés in der Nähe der Börse ihr Domizil aufgeschlagen haben. Nachdem er erst kurz vorher den Offenbarungseid geleistet hatte, befand er sich im November 1909 im Besitze von Brillanten und anderen Edelsteinen, die angeblich einen Wert von über 20 000 M. hatten. Um sich Geld zu verschaffen, trat er durch Vermittelung eines Agenten, der sich auf ein Inserat hin gemeldet hatte, mit dem Heilanstaltsbesitzer Haebde in Verbindung, der sich auf seine Witten hin auch bereit erklärte, ihm ein Darlehen von 10 000 M. gegen Sicherheitsleistung zu geben. Haebde erhielt von dem Angeklagten als Sicherheit Brillanten, die angeblich 16 000 M. Wert haben sollten. Die Brillanten sollten dann auf Grund eines sogenannten Rückkaufvertrages gegen Zahlung eines Aufschlages von 1000 M. für Zinsen und Provision nach Rückzahlung des Darlehens von dem Angeklagten wieder zurückgekauft werden. Bei Abschluß dieses Geschäfts gab sich der Angeklagte als sehr vermöglicher Juwelier aus, dem augenblicklich nur das Bargeld fehlte, um andere kostbare Juwelen, die er in Amster-

dam gekauft habe, einzulösen. Da Groth sehr sicher auftrat, halfen H. seine Bedenken, die Brillanten auch ohne vorherige Schätzung anzunehmen. Bald darauf mußte er zu seinem Leidwesen erfahren, daß die Brillanten ganz minderwertige Steine waren, die von Sachverständigen als sogenannte „Schleierware“ bezeichnet wurden. Um sich vor Schaden zu bewahren, wandte der Hereingefallene ein ebenso originelles wie gewagtes Mittel an. Er bestellte den Angeklagten unter dem Vorwande, daß sein Schwiegervater Juwelen kaufen wollte, zu sich in die Wohnung. Als der Angeklagte dann einen größeren Kasten Brillanten ausgepackt hatte, griff H. mit beiden Händen zu und verschwand mit den Juwelen im Nebenzimmer. Der nunmehr selbst hereingefallene Angeklagte begann zu schimpfen und zu toben, machte sich schließlich jedoch bereit finden, einen Wechsel über 5000 M., den er bei sich trug, als weitere Sicherheit zu geben, so daß ihm die Brillanten wieder ausgehändigt wurden. Später allerdings stellte es sich heraus, daß Groth den fraglichen Wechsel vor einem Ingenieur Mathies zum Diskont erhalten und somit selbst gar kein Eigentumsrecht daran hatte. Die Folge war, daß gegen ihn auch noch Anklage wegen Untreue erhoben wurde. Zur Anklage stand außerdem noch ein zweiter Betrugsfall, in welchem der Angeklagte in ähnlicher Weise vorgegangen war. Er hatte von einem Kaufmann Edmund Frankowick ein Darlehen von 2000 M. erhalten und dafür Brillanten verpfändet, die angeblich 7000 M. wert sein sollten, bei dem späteren Verkauf aber noch nicht 1500 M. brachten. — In dieser Sache hatte sich G. schon einmal im Mai d. J. vor der 8. Strafkammer zu verantworten und warz von dieser zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt worden. Dieser Urteil wurde jedoch wegen eines Formfehlers vom Reichsgericht aufgehoben.

In der gestrigen Verhandlung bezeichneten die Sachverständigen, Kommerzienrat Eh. Hülsse und Waltherr die in Frage kommenden Brillanten als minderwertige Schleierware, die keinesfalls den von dem Angeklagten behaupteten Wert von 16 000 bezw. 7000 M. habe. Der von der Verteidigung geladene Juwelier Schlichte bezeichnete die Juwelen im Gegensatz hierzu als gute Mittelware, die bei sachgemäßem Verkauf sehr wohl einen Wert in Höhe des gegebenen Darlehens habe. — Der Staatsanwalt beantragte wiederum eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren und 3 Jahre Ehrverlust. Die Verteidiger, Rechtsanwält Stubei und Dr. Fren, hielten zum mindesten die Freisprechung von der Anklage des Betruges für geboten, da es sich für die Geldgeber, die außergewöhnlich hohe Zinsen berechnet hätten, um ein sogenanntes Risikogeschäft gehandelt, bei welchem sie bei sachgemäßem Verkauf der Steine vor Schaden bewahrt geblieben wären. — Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an und erkannte wegen der Betrugsfälle auf Freisprechung. Dagegen wurde G. wegen der Untreue bezüglich des Wechsels zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, die aber durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden. Der Angeklagte wurde außerdem auf freien Fuß gesetzt.

Milka

Höchste Auszeichnung der Branche



Goldene Medaille

Int. Hygiene-Ausstellung Dresden 1911.



Die sämtl. Verkaufsstellen sind durch nebenstehende Schilder u. Plakate gekennzeichnet



Warnung! Es kommt vielfach vor, dass Händler in Erwartung eines grossen Weltnachtsgeschäfts sich grosse Vorräte angeschafft haben, die dann nicht abgehen und alt werden. Solche altgewordene Margarine ist natürlich nicht mehr gut bekommenlich und sollte man diese keineswegs kaufen. Die Milka-Verkaufs-Stellen haben es nicht nötig, sich Vorräte hinzulegen; denn unsere Ausfahr-Wagen fahren täglich bei jeder Verkaufsstelle vor und liefern nur den Tagesbedarf ab. (Auch jetzt zwischen den Feiertagen.) So ist gewährleistet, dass die geehrten Hausfrauen, welche Milka-Tafel-Margarine verbrauchen, bei unsern Verkaufsstellen immer nur frische Tages-Ware erhalten. Nur muss man darauf achten, dass man auch wirklich echte Milka erhält. Jedes Stück ist mit der Schutzmarke versehen. Alle Verkaufsstellen sind durch unsere bekannten Milka-Plakate gekennzeichnet. Der Verkauf geschieht aus der Glocke auf dem Ständer. Wir vergeben noch Verkaufsstellen in Gegenden, wo noch keine solche ist, an bessere Kolonialwaren- und Mehlgeschäfte und wollen Reflektanten etwaige Gesuche richten an das Milka-Depot, Ostbahnhof.

Milka exquisit



Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69 (Laden).

Für die

Reichstagswahlen 1912

Handbuch
für sozialdemokratische Wähler

Der Reichstag 1907—1911
Preis geb. 5 Mark

Wahlzügen der bürgerlichen Parteien

Eine Sammlung und Widerlegung der von den bürgerlichen Parteien zur Verleumdung der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Vertreter verbreiteten Lügen

Zweite veränderte Auflage
Preis geb. 3 Mark

Die Sozialdemokratie im Urteile ihrer Gegner

Das Buch bringt eine Zusammenstellung von Urteilen, die von gegnerischer Seite über die Sozialdemokratie gefällt worden sind und zwar Urteile günstiger Art. Ein ausführliches Register erleichtert das Nachschlagen

Preis geb. 2 Mark

Wahlkampf!

Die Sozialdemokratie und ihre Gegner

Von Georg Gradnauer
Preis brosch. 2 Mark.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. K. Fabrik, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
W. G. Schmidt, Kirchstr. 14.
O. R. Hagedorn, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Kopenherke 83. R. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 190.
NO. S. Juch, Immanuelstr. 12. A. Neul, Barnimstr. 42.
N. W. Baumann, Rheinsberger Str. 67. R. Trapp, Steinhilber Str. 10.
Karl Wars, Ortelshagenstr. 27. J. Gönisch, Magarstr. 49.
H. Vogel, Lorchingstr. 37. H. Ticy, Invalidenstr. 124.
S. Dechant, Rueschplatz 24.
NW. Karl Anders, Salzweberstr. 8. Lawerenz, Geylandstr. 29.
SW. G. Werner, Onclenaustr. 72. Dachs, Hagelberger Str. 27.
S. St. Fris, Brinckstr. 31. G. Gutschmidt, Rottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lauther Platz 14/15. P. Gorch, Engelstr. 15.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.
Baumschulenweg. G. Hornig, Varienbalestr. 15. I. Borsigwalde. Paul Riensch, Rühlstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharberg, Selenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Fiedler, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst. Richard Küter, Adelsstr. 9. H. Köpenick. Emil Wölfer, Kieperstr. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Zeisel, Wartenbergstr. 1.
Nieder-Schöneweide. Gehrt, Bräger Str. 6.
Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelmshofstr. 17 II.
Pankow. Otto Rihmann, Mühlentstr. 50.
Reinickendorf. P. Gurich, Brodowstr. 56, Laden.
Rixdorf. W. Heinrich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.
G. Rohr, Sieglitzstr. 28/29.
Rummelsburg. H. Rosenkrans, Alt-Bochoggen 56.
Schöneberg. Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau. Köppen, Breiterstr. 64.
Steglitz. G. Bernice, Wiesenstr. 5.
Tempelhof. Franz, Berliner Str. 76, Laden.
Treptow. Robert Gramenz, Riesholzstr. 412, Laden.
Weißensee. Rührmann, Sedanstr. 105. Schiller, König-Thausen 39a.
Wilmsdorf. Paul Schubert, Wilhelmshaus 26, Hofpartee

Die reellsten und billigsten

Möbel

und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 33 Jahren bestehenden Möbel-fabrik unter 10jähriger Garantie

A. Schulz, Reichenberger Straße 5.

Teilzahlung 1 Mark

Puppenwagen, Zithern, Mandolinen,
Grammophone
(Platten zu jedem Apparat gratis).
F. & H. Schmidt, Petersburger Str. 23, nur I. Etage.

Ein Hausbuch für jede Arbeiterfamilie!

Viele Wünsche folgend, hat sich der unterzeichnete Verlag entschlossen, die im Rahmen der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek erscheinenden Hefte zu Bänden zu vereinigen. Vorerst ist erschienen:

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek Band I.

Der erste Band enthält die ersten zwanzig Hefte der mit so großem Beifall aufgenommenen Bibliothek. Das Buch ist auf gutem Papier gedruckt, enthält viele Illustrationen, und präsentiert sich in einem schmucken Einband. Behandelt werden folgende Gebiete:

Die erste Hilfe bei Unfällen. — Das erste Lebensjahr. — Gesundheitspflege des Nervensystems. — Der Kahlkopsentzug. — Alkoholfrage und Arbeiterfrage. — Das Schulkind. — Geschlechtsverbreitung und Geschlechtskrankheiten. — Nahrung und Ernährung. — Die sollen wir uns kleiden? — Der Arbeiterhaushalt. — Frauenleiden und deren Verhütung. — Die Verhütung der Schwangerschaft. — Vom medizinischen Aberglauben. — Das Kaiserliche Verordnen in der Gesundheitspflege des Arbeiters. — Verhütung und Heilung des Stotterns. — Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. — Hämorrhoiden und Hämorrhoiden. — Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers. — Der Geschlechtstrieb. — Die Krankenpflege im Hause. — Die Proletariatentransport.

Preis 4,50 Mark.

Buchhandlung Vorwärts, SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

Linoleum u. Wachs. Haase, Riadorf, Bergstr. 62. Häntsch, Wellense, Berliner Allee 228, Tapeten. Rausch, Rich., Linoleum-Niederlage, Warschauerstr. 6.

Daehne, P., Ri., Neue Jonast. 26. A. Dohmann, Stromstr. 44. Wilh. Gahbert, Brunnenstr. 102. Geppert, Paul, Zossenerstr. 32. Gericke, Fritz, Müllerstr. 145.

Molkereien. Molkeri, Nord-West, Brunnenstr. 50. Milchkuranstalt am Viktoriapark. Kreutzbergstr. 27-28, T. A. VI. 1070.

Pfandleihen. Rixd. Pfandleihe, Rixdorf, Bergstr. 58. Schworsener, Turmstraße 48. Alb. Seeger, W., Lortzingstr. 6.

R. Schmelz, Reichenbergerstr. 143. Gustav Scholz, Schöneberg Hauptstr. 155. Schönmann, G. Ri., Berl.-Str. 72.

Wachmittel. Verlangen Sie „Edelweiß“ Krone aller Waschmittel. Wolf, Wollw., Trikot. Abischer, Gust., Chobinerstr. 75.

M. Schaefer, S.W. Hohlmannstr. 43. Ad. Schaefer Nchf., 50. Admiralstr. 4. C. Dittmann, Rixdorf, Berliner Str. 42.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zuletzt 12 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg. das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 13 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Seien Prozent Rabatt Vorwärts-leien. Teppiche, Farbenbilder, jetzt abgelassen billig. Riesenfabriklager, Große Frankfurterstr. 125, im Hause der Möbelfabrik; billiger wie überall.

Herminianus o. Wandbleibhaus. Federmanns allehülliger Baren-einfaß. Kleinauswahl Belgischen. Herrenpaletots, Jackettanzüge, Herodanzüge.

Gardinen, Vorhänge, Teppiche etc. außerordentlich günstige Angelegenheit. Gardinenhaus Bernhard Schwarz, Waldstr. 18.

Nußbaumwirtschaft, passend für Beamtente, Stube, prächtige Küchenmöbel, Küchengeräte, Teppich 200,00 verkauft.

Unterricht. Klavier, Violine, Orgel, (Stimm-bildung), Violoncello, Blasinstrument, Mandoline, Gitarre, Rhythmusunterricht, Monatskonzert 4,00 an. Tageskurse, Abendkurse, Gormannstr. 1 (Königsplatzstr.). 248/19*

Schlafstellen. Möblierte Schlafstelle, Herrn, feinst, ruhig, Raderdorferstr. 7, Borsdorferstr. 1 links, Dönhofspl. 4.

Mietsgesuche. Einfach möbliertes Vorderzimmer, eigenes Teilgelde, sucht junger Handwerker zum 1. Januar zu mieten, Regend. Kamin oder Kachelofen, Preisoffert bitte unter „S. 100“ Postamt 31 zu richten. 112

Vorort - Nachrichten.

Schöneberg.
Die Schöneberger Untergrundbahn hat im Laufe des ersten Betriebsjahres (Dezember 1910 bis Dezember 1911) eine alle Erwartungen übersteigende Verkehrszunahme aufzuweisen. Nach einem während der Sommermonate naturgemäßen Rückgang der Verkehrsziffer auf 467 000 Fahrgäste im August, hob sich diese Zahl vom September bis November auf 599 000, 741 000 und 749 000. Der Verkehr im Dezember ist noch erheblich stärker und übersteigt den des gleichen Monats im Vorjahre (erste Vergleichsmöglichkeit) bereits um 21 Prozent. Die kürzlich von einem hiesigen Blatte gebrachte Notiz über eine Verkehrsabnahme ist infolgedessen irrtümlich, als es sich nur um den naturgemäßen Rückgang des Verkehrs während der Reise- und Ferienzeit handelt. Bei der Berliner Hoch- und Untergrundbahn ging der Verkehr von 6 092 000 im Dezember 1910 auf 4 067 000 im August 1911, also um 33 1/2 Prozent, bei der Schöneberger Untergrundbahn von 677 000 im Dezember 1910 auf 467 000 im August 1911, d. i. um 31 Prozent, zurück.

Stadtbaurat Egeling bestätigt. Stadtbaurat Egeling, dessen Amtsperiode Ende dieses Jahres abläuft, ist, wie berichtet, vor kurzem auf weitere zwölf Jahre wiedergewählt worden. Diese Wahl, die zu Differenzen in der liberalen Fraktion des Schöneberger Stadtverordnetenkollegiums Veranlassung gab, ist jetzt von der Potsdamer Regierung bestätigt worden.

Einen tragischen Tod fand gestern das ein Jahr alte Töchterchen der Witwe Werner aus der Gherusstr. 12. Die Kleine lag in ihrem Bette, während die Mutter daneben saß und an eine Jade Knöpfe nähte, die sie auf das Bett des Kindes gelegt hatte. Das Kind spielte mit den Knöpfen und steckte einen derselben in den Mund. Wählich bekam das Mädchen einen Hustenanfall, wobei der Knopf in die Luftröhre der Kleinen geriet. Die Mutter holte sofort einen in der Nähe wohnenden Arzt herbei; doch ehe derselbe eintraf, war die Kleine bereits erstickt. Die Leiche des bedauernswerten Kindes wurde polizeilich beschlagnahmt und nach der Halle in der Platzstraße gebracht.

Spandau.
Stadtverordnetenversammlung. Zunächst wurden die Wahlen der Herren Bied, Schob, Walter und Veslin für gültig erklärt. Eine längere Debatte rief die Weiterverpachtung des Pferdemarktgrundstückes hervor. Bisher war die Unionsbrauerei Pächterin des Grundstücks für jährlich 5200 M. Sie hatte dasselbe an den Restaurateur Guskel weiter verpachtet. Da nun der Pachtvertrag im Jahre 1912 abläuft, so hatte der Magistrat bei der Brauerei angefragt, ob sie den Pachtvertrag verlängern wolle. Diese lehnte ab, weil die Pacht angeblich zu hoch war. Der Restaurateur Guskel, der hierin wohl Kenntnis erlangt hatte, reichte nun selber ein Pachtgebot, und zwar in Höhe von 5000 M. jährlich ein. In der vorigen Sitzung hatte der Magistrat die Vorlage eingebracht, das Grundstück an Guskel zu verpachten. Die Versammlung gab die Vorlage wegen Feststellung der notwendigen Reparaturarbeiten an die Baudeputation zurück. Inzwischen erschien nun ein Vertreter der Unionsbrauerei beim Magistrat und erklärte, sie wolle den Pachtvertrag für denselben Preis, den Guskel geboten, also 400 M. mehr, verlängern. Der Magistrat, dem die Brauerei wohl sicherer war als der Restaurateur, machte nunmehr eine neue Vorlage, und zwar dahingehend, das Pferdemarktgrundstück an die Unionsbrauerei für den erhöhten Preis zu verpachten. Die Versammlung mißbilligte aber ein solches Hin und Her des Magistrats und beschloß, das Grundstück an den Restaurateur Guskel zu verpachten. Somit ist die Brauerei auf den Witz gelegt. Die Versammlung beschloß, die alten hundertjährigen Kastanienbäume in der Heißstraße, welche den dortigen Anwohnern viel Licht und Luft wegnehmen, da sie zu dicht an den Häusern stehen und auch teils schon absterben, niederzulassen und durch Neuanpflanzungen zu ersetzen. Daß die Herren Hausbesitzer stets ihr Interesse wahrzunehmen verstehen, bewies eine Vorgartenangelegenheit in der Rolkestraße. Dort sind noch zwei Vorgärten vorhanden. Der eine gehört dem Schlossermeister Lehnschade und der andere dem Tischlermeister Stadtvordn. Grunow. Ersterer will seinen Vorgarten jetzt hergeben, wenn ihm die Stadt auf sein Grundstück eine 1. Hypothek von 100 000 M. auf 15 Jahre gibt. Der Magistrat hatte beantragt, darauf einzugehen, und die Versammlung erklärte sich gleichfalls damit einverstanden. Gelegentlich dieser Verhandlung erklärte nun auch der Stadtvordn. Grunow, gegen den schon das Enteignungsverfahren eingeleitet ist, wenn man ihm einen gewissen Dispens für sein Fabrikgrundstück gebe, werde auch er den Vorgarten hergeben. Der Oberbürgermeister Koelke sagte auch diesen Dispens zu, und so wird denn auch der letzte Vorgarten in der Rolkestraße fallen, und die beiden hartnäckigsten Gegner haben doch noch etwas für sich herausgeschunden. Einen Hauptteil der Beratungen bildete die Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe von 305 000 M. zum Ankauf des Gutes Wandsdorf. Die von sachverständiger Seite erklärt wurde, ist ein Teil der 5000 Morgen großen Güter für Rieselungsanlagen gut zu verwerten. Der Hauptpreis beträgt 2 550 000 M. Da man vor Ablauf von drei Jahren nicht dazu kommen wird, die Rieselungsanlage zu errichten, da noch verschiedene Vorarbeiten und event. Einsprüche zu erledigen sind, so hat man die Zinsen für die drei Jahre gleich mit auf die Anleihe gepackt. Ueber die Verwertung des Grundstücks bis zu dieser Zeit ist man sich noch nicht recht klar geworden. Der Stadtvordn. Dr. Kantorowicz schlug vor, Heimstätten und Erholungsstätten dort zu errichten und diese dort dauernd, auch wenn die Rieselung erfolgt, zu belassen. Er meinte, die Düste der Rieselung schaden den Erholungsstätten nichts. Für einen Arzt allerdings eine sonderbare Ansicht. Der Stadtvordn. Dr. Baumert meinte, durch den Ankauf des Gutes Wandsdorf habe die Stadt das an das Johannisstift verkaufte Waldgelände wieder ersehnt und nun könnte man event. noch weiteres Stadtwaldgelände verkaufen. Da wird es schließlich so kommen, daß die Spandauer Einwohner in den düstigen Rieselwäldern in Wandsdorf Erholung suchen können, während ihr schöner Waldbestand in die Hände von Privatbesitzern geht und mit einem großen Jaun umzogen wird. Beide Vorlagen wurden nach langer und eingehender Debatte genehmigt. Gelegentlich der Beratung der Vorlage über die Aenderung der Geschäftsordnung kam es auch zu Ausprüchen, die immer noch davon zeugen, daß verschiedene Leute meinen, sie haben ein Privileg für die Stadtverordnetenmandate. Während die vorgeschlagenen Aenderungen der Geschäftsordnung an und für sich unbedeutend sind, wurde aus der Versammlung ein Antrag gestellt, die Stadtverordnetenversammlungen künftig statt 4 Uhr nachmittags um 6 Uhr beginnen zu lassen. Begründet wurde der Antrag damit, daß viele Stadtvordn. durch den frühen Anfang einen Verdienstausschlag haben. Der Stadtvordn. Tischlermeister Grunow erklärte rund heraus, wer keine Zeit habe, solle ein Stadtvordn. mandate nicht annehmen. Er wurde zwar von einigen Seiten hierfür heimgelächelt, aber die Abstimmung ergab, daß die Mehrheit auch dieser Ansicht zuzuneigen scheint, denn man lehnte den Antrag mit 17 gegen 16 Stimmen ab. Nach Erledigung dieser Vorlage kam plötzlich ein Schlußantrag, der auch angenommen wurde, trotzdem noch eine ganze Anzahl von Vorlagen zu erledigen waren. Dinterher erfuhr man, daß beim Kollegen Matthies ein Eisbeinchen veranfaßt war, zu welchem die Stadtvordn. eingeladen waren. Dies Essen sollte gegen 1/2 5 Uhr beginnen. Deshalb wurde rasch Schluß gemacht.

Friedrichsthal bei Dranienburg.
Durch einen Stich in den Hals hat sich der Kolonialwarenhändler Hermann Buchand von hier getötet. Er war vor einiger Zeit von einem Wagen heruntergestürzt und hatte dabei eine schwere Gehirnerschütterung davongetragen. Seitdem zeigte er Spuren von Geisteskrankheit. In diesem Zustand hat er auch Hand an sich gelegt. Vorgefunden fand man ihn in seinem Laden mit durchgehendem Halse tot auf.

Zur Bekämpfung der Schundliteratur

und zur Förderung des Vertriebes guter Unterhaltungsliteratur hat das „Gewerkschaftshaus“ folgende Einrichtungen getroffen:
1. Anerkannt gute Jugendschriften zum Preise von 10-20 Pf. sind in größerer Anzahl angeschafft worden und werden leihweise gegen Deponierung des Preises zur Verfügung gestellt.
2. Jedermann erhält in den nachstehend angeführten Ausgabestellen ohne Legitimation so viele Bücher wie er will. Er hat entweder den Wert der Bücher zu deponieren oder bereits früher entnommene Bücher zurückzugeben. Eine Leihgebühr wird nicht erhoben.
3. Wer die Bücher behalten will, hat dazu das Recht, er hat dann bei Entnahme neuer Bücher wiederum den entsprechenden Betrag zu deponieren.
Zunächst sind folgende

- Ausgabestellen**
- eingerichtet:
 - Kronstr. 34. Zigarrengeschäft von Kriegermann. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonntags.
 - Planfenfelde Str. 10. Verband der Schuhmacher. Dienstags und Mittwochs von 5-7 1/2 Uhr.
 - Brunnenstr. 115. Arbeiter-Jugendheim. Von 6-10 Uhr.
 - Garnfauer Str. 31. Zigarrengeschäft von Gotschial. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonntags.
 - Glückstr. 11. Verband der Fleischer. Von 10-1 Uhr und 5-7 Uhr.
 - Endener Str. 20 bei Borsch. Montags von 8-9 1/2 Uhr.
 - Engelstr. 15. Zigarrengeschäft von Borsch. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonntags.
 - Fehmannstr. 5. Tabakarbeitergenossenschaft. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonntags.
 - Gartenstr. 101. Verband der Kupferschmiede. Von 10-11 Uhr und 6-7 Uhr.
 - Gr. Frankfurter Str. 126. Arbeiter-Jugendheim. Von 6-10 Uhr.
 - Kopernikusstr. 11. Tabakarbeitergenossenschaft. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonntags.
 - Vinkenstr. 73. Verband der Schmiede. Von 9 1/2-12 Uhr und 6 1/2 bis 8 Uhr, mit Ausnahme des Sonntags.
 - Vipshener Str. 15. Zigarrengeschäft von Herfort. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonntags.
 - Weichstr. 28. Verband der Maler. Von 9-1 Uhr.
 - Pappelallee 15/17. Bureau der Reichshilfen Gemeinde. Sonntags 10-12 Uhr, nachmittags außer Donnerstags von 12-5 Uhr.
 - Peterburger Str. 5. Tabakarbeitergenossenschaft. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonntags.
 - Rotherstr. 1. Zigarrengeschäft von Palm. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonntags.
 - Sebastianstr. 37/38. Verband der Schn. über. Von 9-1 Uhr.
 - Weinstr. 8, part. Verband der Kürschner. Von 9-1 Uhr und 3-7 Uhr.
 - Verein der Frauen und Mädchen der arbeitenden Klassen. Vor und nach jeder Vereinsversammlung.

Vorort:
Vorzagen-Kammelsburg, Neue Bahnhofstraße 1 IV, bei Schellenhuber. Dienstags und Freitags von 6-9 Uhr.
Charlottenburg, Arbeiter-Jugendheim, Kohnenstr. 8. Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag von 7-9 1/2 Uhr.
Hermesdorf, Waldmannslust, Vorposten, Tegel. Ausgabestelle: Freie Schöke Nr. 4, Sonntags vormittags.
Pankow, Nordwärts-Expedition, Wäldchenstraße 30. Täglich 10-1 und 4 1/2-7 Uhr.
Pankow, Brechmstr. 60. Zigarrengeschäft von Köhner. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonntags.
Schöneberg, Zigarrengeschäft von Dräger. Von 8-6 Uhr, mit Ausnahme des Sonntags.
Stralau, Alt-Stralau 70, Seitenf. III, bei Rudolph. Montag und Donnerstag von 3 1/2-5 Uhr, Sonnabends von 4-8 Uhr.
Treprow, Grenzstr. 16. Zigarrengeschäft von Brize. Täglich mit Ausnahme des Sonntags von 8-3 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.
Die Luftschiffahrt von Ingen. Lanus. (Bd. 5. Die junge Welt.) 20 Pf. J. Brandt u. Co., Wien VI.

Der Weltfreund. Gedichte von J. Werfel. 3 M. - Die Sonette aus dem Portugiesischen und andere Gedichte von Elisabeth Barrett Browning. Deutsch von Helene Scheu-Riech. 2 M. K. Gunder, Charlottenburg, Spittelstr. 11.
Reichsversicherungsordnung nebst Einführungsgezet mit Erläuterungen von Dr. L. v. Köhler, J. Bieleberger, J. Schäfer und Dr. E. Schall. Sechste Lieferung: Einführungsgezet. 1,20 M. W. Rothhammer, Verlag, Stuttgart.
In Deutschland durch seine finanzielle Lage an der Ausübung seiner ganzen Volkshilfe im Landheere behindert? Von J. C. Westfal. 60 Pf. Selbstverlag. Vertrieb Ostdeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Wejen.
Versicherungsgesetz für Angestellte. Textausgabe. 1 M. C. Heymann, Berlin W. 8.
Der Arbeitmarkt. Nr. 2, Monatschrift des Verbandes Deutscher Arbeitnehmende (herausgegeben von dessen Geschäftsführer, Verlag W. Reimer, Berlin).
Gartenstadt Kelleran. Ein Bericht über den Zweck, die Organisation, die Anstellungsbedingungen, Erfolge und die Ziele. 71 S. Selbstverlag, Kelleran bei Dresden.
Kalender für Kornbrenner und Brechhefefabrikanten. 1912. Bearbeitet von Prof. Dr. J. Lange. Verlag: Verein der Kornbrennermeister, Berlin W. 9.
Anfänge und moderne Gedanken über die Arbeit, dargestellt von Weinand. Apologisches Tagesfragen. 10. Heft. R. Glöckner, Völsdörferverlag, 1,20 M.
Nord und Süd. Halbmonatsschrift, herausgegeben von A. Stein. 1. Januarheft. 1 M. J. Schottländer, Breslau III.
Wie mache ich mein Testament ohne Rechtsanwält und ohne Notar? Das Erbrecht. Testamentenswürde und -Beispiele von R. Lustig. Metz, Selbstverlag, 1,10 M.
Der Kulturfortschritt und die Reichstagswahlen. Von Dr. H. Grabowsky. Berlin SW. 48, „Politik“, Verlagsanstalt und Buchdruckerei. 40 Pf.

Marktpreise von Berlin am 28. Dezember 1911, nach Ermittlung des Königl. Volkshilfsbüros. Kartoffellendpreise (Kleinhandel), 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 35,00-36,00. Speldeböhen weiß, 40,00-42,00. Weizen 40,00-42,00, Hartweizen 3,00-11,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,80. Schweinefleisch 1,20-1,80. Kalbfleisch 1,50-2,40. Hammelfleisch 1,20-2,20. Butter 2,90-3,20. 60 Stück Eier 3,80-6,40. 1 Kilogramm Karotten 1,20-2,40. Kote 1,20-2,80. Gander 1,40-3,60. Gänse 1,20 bis 2,60. Parfische 1,00-2,00. Schote 1,40-3,20. Mele 0,80-1,40. 60 Stück Krefle 2,40-24,00.

Witterungsübersicht vom 29. Dezember 1911.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Stromede	751	SSO	4	Schnee	1	Caparanda	749	SS	4	halb dd	-4
Damburg	756	SSO	5	Dunst	7	Petersburg	761	SSO	1	Schnee	-8
Berlin	763	SS	5	bedeckt	6	St. Petersburg	765	SS	4	bedeckt	0
Frankfurt a. M.	762	SS	3	Regen	8	Udskuden	762	SS	1	bedeckt	3
München	764	SS	6	bedeckt	7	Paris	768	SSS	2	bedeckt	9
Wien	762	S	1	Schnee	1						

Wetterprognose für Sonnabend, den 30. Dezember 1911.
Zunächst kühl, zeitweise heiter bei ziemlich kalten westlichen Winden; später neue Erwärmung, Trübung mit etwas Regen.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 29. 12.		am 27. 12.	
	29. 12.	27. 12.	29. 12.	27. 12.
Remsl. Mühl	171 1/2	-5	124	+14
Regel, Antersburg	-50	-4	56	0
Reichel, Thon	82	0	29	-4
Ober, Kallber	145	0	78	0
Krollen	75	-1	79	+2
Frankfurt	93	-1	293	+25
Wärthe, Schrimm	22	-1	298	+6
Landberg	2	+1	485	+9
Rehe, Bardamm	8	+2	315	+25
Elbe, Zeitmeritz	-12	+6	473	+30
Dresden	-143	-5	230	+4
Bergh	48	+3	195	+15
Magdeburg	47	-1	-	-

+) + bedeutet Hoch, - Fall. *) Unterbeleg. *) Eisstand.

Feine Herren-Maß-Schneiderei

Sakko - Anzüge 55 - 64 - 75 -
Paletots u. Ulster 50 - 60 - 75 -

Spezialität:
Gehrock-, Frack- u. Smoking-Anzüge

Meine Stoffe sind die besten Fabrikate der Tuchindustrie. Bei Lieferung feinsten Schneiderarbeit (Tariflohn in eigener Werkstatt) übernehme ich weitgehendste Garantie für ta dellose Ausführung aller Bestellungen

Ein Versuch wird Sie zu meinem ständigen Kunden machen!

A. Schega Kottbuser Damm 77
vorm. A. WORMANN, G. m. b. H.

Zur Silvesterfeier

ganz besonders preiswert

Liköre

Halb und Halb	1/2 Flasche	1.05
Stonsdorfer	1/2 Flasche	1.05
Alpenkräuter	Flasche	98 Pf.
Steinhäger König	1/2 Flasche	2.25
Cherry Brandy	Flasche	1.35
Sortiments-Liköre	Flasche	95 Pf.
Tafel-Kümmel	1/2 Flasche	1.15
Rum „Façon“	1/2 Flasche	1.10
Rum Verschnitt	1/2 Flasche	1.40
Arrac Verschnitt	1/2 Flasche	1.40
Kognak Verschnitt	1/2 Flasche	1.35

Liköre, Holländische Art

Halb und Halb	1/2 Fl.	1.35
Anisette	1/2 Fl.	75 Pf.
Cherry Brandy	1/2 Fl.	75 Pf.
Curacao	1/2 Fl.	75 Pf.

Original Danziger Liköre

Silvester-Punsch	1/2 Fl.	1.70,	1/2 Fl.	90 Pf.
----------------------------	---------	-------	---------	--------

Weine

Oberhardter	1/2 Flasche	88 Pf.
Montagne fr. Rotwein	1/2 Flasche	1.00
Roussillon fr. Rotwein	1/2 Flasche	90 Pf.
Taragona-Portwein	1/2 Flasche	1.05
Duro-Portwein	1/2 Flasche	1.75
Otto Kempinski Sekt Privat Couvre rot	1/2 Flasche	2.95

Neujahrskarten

Neujahrskarten l. Kuvert Dtz.	20-50 Pf.
Neujahr-Postkarten St.	10, 8, 7, 5 Pf.
Neujahr-Postkarten 3-10 Stück	10 Pf.

Knallbonbons

Knallbonbons mit Mütze und Scherzeinlagen	Dtz 28 Pf. bis 2.50
--	---------------------

Lebende Karpfen 93, 83 Pf.

Spiegel oder Schuppen Pfund

Glaswaren

Bierbecher Viktoria mit Goldrand, 1/2 Liter oder 0,3 Liter	17 Pf.
Bierbecher mit Goldrand, 1/2 Liter	8 Pf.
Teebecher mit Bordüre	10 Pf.
Punschgläser gross	13 Pf.
Punschgläser klein	8 Pf.
Sektgläser	7 Pf.
Punschgläser geschliffen	28 Pf.

Weinrömer glatt, geätzt und graviert	60, 45, 35, 25 Pf.
Punschbowlen	4.50 3.50 2.25
Bowlenkannen	1 65 85 Pf.
Weingläser Mathilde	25, 18 Pf.
Likörgläser Viktoria	Stück 10 Pf.
Ulklörflaschen in grösster Aus- wahl	95 Pf.

Scherz-Artikel

Scherz-Nasen	Stück 15, 9, 6 Pf.
Lorgnetten	Stück 10 Pf.
Feuerzeuge auseinanderfallend, Stück	95 Pf.
Witz-Zettel in Heften sortiert, Stück	25 Pf.
Drehkarten Fragezeichen	Stück 10 Pf.
Blaues Auge	Stück 23 Pf.
Zigarren mit Scherzeinlage	Pack 30 Pf.
Scherzhafte Figuren zum Aufblasen	Stück 95 Pf.
Giesblei mit Löffel	Karton 78, 48 Pf.
Spritz-Revolver	Stück 48 Pf.
Blutige Finger	10 Pf.
Glücks-Orakel	28 Pf.
Knallerbsen	Pack 10 Pf.
Scherz-Streichhölzer	Pack 4 Pf.
Rüssel	Stück 10, 8, 3 Pf.
Pfannkuchen	Dutzend 38 Pf.
Luftschlangen	Pack 10 Pf.
Schreckliche Schlangen	Stück 10 Pf.

HERMANN HERZFELD

Wilmsdorfer Str. 55-56 CHARLOTTENBURG Wilmsdorfer Str. 55-56

Herrn- u. Damenschirme

praktisches Weihnachtsgeschenk
empfiehlt zu ganz besonders billigen Preisen

Max Klünder

Spezialgeschäft für Schirme

Berlin S., Kottbuser Damm 13.

Erfahrungsgemäß kaufen Sie



Uhren und Goldwaren

am vorteilhaftesten bei

Werner & Fleckinger,

Rixdorf, Hermannstr. 65.

Eigene Reparatur-Werkstätte, eingerichtet mit elek-
trisch, Kraftbetriebe.

Vorwärts-Leser erhalten 5 Proz. Rabatt.

Klassiker

Gelegenheitskäufe. Restauflagen.

Freiligraths sämtliche Werke. 3 Leinenbände. Preis früher 5,—, jetzt 3,—.
Grillparzers sämtliche Werke. 2 Bände. Neue illustrierte Ausgabe. Preis 3,50.
Hauffs sämtliche Werke. Mit dem Bild des Dichters und einer Einleitung. 4 Leinenbände. Preis nur 4,—.
Heines sämtliche Werke. Mit einem Bildnis Heines. 4 Leinenbände. Preis nur 4,50.
Schillers Werke. Illustriert. In 4 Leinenbänden. Preis früher 6,—, jetzt 4,50.
Shakespeares sämml. dramatische Werke. Übersetzt von A. W. v. Schlegel und L. Tieck. In 3 Leinenbänden. Preis nur 3,50.

Ferner sind noch vorhanden:

Gerstäckers Werke. 2 Bände, illustriert	3,50.
Hackländer Werke. 2 Bände, illustriert	3,50.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69.



Verkaufs-Stellen:

- Nogatstraße 19-20
- Weisestraße 32
- Weisestraße 9
- Steinmetzstraße 102
- Zietenstraße 80
- Boddinstraße 60
- Reuterstraße 7-8
- Hobrechtstraße 77
- Friedelstraße 21
- Sanderstraße 20
- Donastraße 114
- Weserstraße 52
- Wipperstraße 20
- Niemetzstraße 4

Nicht für Wiederverkäufer.
Nur solange Vorräte reichen.

Ausnahme-Preise für

Sonnabend und Sonntag

Roh-Schmalz	Pfd. 54 Pf.	ohne Rabatt
Pflaumenmus	" 18 "	} mit 10 Proz. Rabatt- Marken
Marmelade	" 26 "	

- auf Wallnüsse
- Haselnüsse
- Pfeffernüsse
- Pflastersteine

Doppelte Rabattmarken

Gebser, Schwanke & Co.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Inhaber der Reik-Läden.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68
Lindenstr. 69 (Laden).

Siehe auch:

Die Sozialdemokratie im
Urteile ihrer Gegner
von
Dr. Ang. Erdmann.
Preis gebd. 2 M.

Beitfedern und Betten
kaufen Sie recht und billig bei
Carl Müller, Rixdorf,
Berliner Straße 44/46,
bis an's dem Rathaus.
Dampf-Beitfedern-Reinigung
mit elektrischem Betrieb.
Fernsprecher: West-Rede Nr. 9608.

1912

Arbeiter- Notiz- Kalender

Reichhaltiger Inhalt. U. a. i.
Alle für Arbeiter wic-
tigen Adressen
Porträts der im letzten
Jahre gestorbenen Ge-
nossen Hermann Borg-
mann :: Emma Ihrer ::
Gabriel Loewenstein
und Paul Singer
Invaliden- und Hinter-
bliebenenversicherung
nach der Reichsver-
sicherungs-Ordnung
Winke für die Reichs-
tagewahlen
Die Gewerkschaften im
Jahre 1910
Kalendarius sowie Ge-
schichts-Kalender ::
Portotaxe, Notizbuch
Preis gebunden:
50 Pfennig
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).